

nerung | Bündnis, breites | Dingen, ...
t | Frauenfeindlichkeit | Gedankengut
erungen | Homophobie | Integration |
Mitte der Gesellschaft | multikulturell
rechts, Kampf gegen | Sexismus | Stam
e | Verhöhnung der Opfer | Vielfalt | W
weltoffen | Willkommenskultur | Zivil

Manfred Kleine-Hartlage

DIE SPRACHE DER BRD

131 Unwörter und ihre
politische Bedeutung

Verlag  Antaios

Über den Autor:

Manfred Kleine-Hartlage, Jahrgang 1966, ist Diplom-Sozialwissenschaftler in der Fachrichtung Politische Wissenschaft. Er veröffentlicht politische Kommentare in Zeitschriften und im Internet. Sein Standardwerk über den Islam, *Das Dschihad-System*, ist im Resch-Verlag erschienen. Bei Antaios liegen vor: *Neue Weltordnung - Zukunftsplan oder Weltverschwörungstheorie?* (reihe kaplaken, Bd. 30, 4. Auflage 2014), *Warum ich kein Linker mehr bin* (reihe kaplaken, Bd. 33, 3. Auflage 2014) sowie *Die liberale Gesellschaft und ihr Ende. Über den Selbstmord eines Systems* (antaios thema, 2013).

Manfred Kleine-Hartlage

Die Sprache der BRD

131 Unwörter und ihre
politische Bedeutung

Verlag  Antaios

Impressum

Bibliographische Informationen
der Deutschen Nationalbibliothek,
abrufbar unter <http://dnb.ddb.de>

Buchgestaltung und Satz: impulsar-werkstatt.de

Druck: Koppdruck, Heidenheim

Kleine-Hartlage, Manfred

Die Sprache der BRD. 131 Unwörter und ihre
politische Bedeutung

240 Seiten, 2. Auflage, Schnellroda 2015

© Verlag Antaios, Schnellroda 2015

ISBN: 978-3-944422-27-5

Gedruckt in Deutschland

Inhalt

Einleitung 9

Lexikon der Unwörter 17 - 230

Ängste der Menschen ernstnehmen 17 alternativlos 18
anders aussehen 20 anti- 22 Antidiskriminierungsgesetz 23
Antifaschismus 23 Antirassismus 25 Antisemitismus 25
auf das eigene Volk schießen 29 Aufarbeitung 31
Aufgabe, gesamtgesellschaftliche 34 Aufmarsch 40
Auschwitz 43 Ausgrenzung 47

Befreiung 52 Benachteiligte 54 Bereicherung 55
Bevölkerung 57 braun 59 Bündnis, breites 59 Bürger,
mündige 61 bunt 62 Deeskalation 63 Dekonstruktion 64
Demokratie 66 Deutscher 69 Dialog 73 Dialog, inter-
religiöser 73 Dialog mit dem Islam 75 Diskriminierung 76
Diversity Management 82 dumpf 83

einfache Antworten auf schwierige Fragen 83 Erinnerung 84
Erinnerungskultur, Erinnerungspolitik 88 Europa 88
Extremist 90 Fachkräftemangel 93 Frauenfeindlichkeit
96 Fremdenfeindlichkeit 97 Fundamentalist 98
Gedankengut 99 Gender 101 Gender Mainstreaming 103
Generalverdacht 103 Gesicht zeigen 103 Gewalt, rechte 104
Globalisierung 105 Gutmensch 113

Haß 118 Herausforderungen 121 Herausforderungen,
globale 122 Holocaust 123 Holocaustleugner 128
Homophobie 130 Intervention, humanitäre 133
Integration 136 Internationale Gemeinschaft 139
Intoleranz 142 Islamophobie 142 Jugendliche 143
Karneval der Kulturen 144 kein Forum bieten 145
kein Platz für 146 Klimawandel 147 Klischee 148
krude 149 Kultur 149

Menschen 150 Menschen, jüdische 151 Menschenfeind-
lichkeit, gruppenbezogene 153 Menschenrechte 154
menschenverachtend 157 Menschheit 159 Migranten
haben unser Land aufgebaut 161 Mitte, Extremismus
der 162 Mitte der Gesellschaft 163 multikulturell 164
Muslime unter Generalverdacht stellen 165 Mut gegen 167
Nazi 167 Nichtregierungsorganisation 167 Offenheit 169
Opfer 170 Patchworkfamilie 175 Post-176 -phobie 177
Pro Familia 178

Rassismus 179 Rassismus, kulturalisierter 181 rechts 182
Rechtsextremist 183 Rechtspopulismus 184 rechts, Kampf
gegen 184 Reichspogromnacht 18s Respekt 187
Revisionist 188 Sexismus 189 Shoah 190 Sinti und
Roma 191 Sonderweg, deutscher 193 Stammtisch 195
Sprachwandel 196 Staatsraison 197 Stabilitätsmechanismus,
europäischer 200 Standort Deutschland 200 Stereotyp 201
Toleranz 202

Überfall auf Polen 204 Verantwortung, besondere 206
Verantwortung, historische 207 Verantwortung, immer-
währende 208 Verfassungsschutz 208 Verhöhnung der
Opfer 209 Vergangenheitsbewältigung 209
Verschwörungstheoretiker 209 Versöhnung 210 Volksver-
hetzung 211 Vielfalt 215 Vorurteil 216 Wandel,
demographischer 217 Welt, bessere 218 Welt, zusammen-
wachsende 219 Weltethos 219 weltoffen 220 Werte des
Grundgesetzes 220 Wertegemeinschaft, westliche 221
Willkommenskultur 224 Zeichen setzen 226 Zivil-
courage 228 Zuwanderung 229

Anmerkungen 231

Einleitung

Die Sprache der BRD

Jedes Gemeinwesen entwickelt einen bestimmten Stil öffentlichen Sprechens, an dem man ablesen kann, welche Ideologien und Interessen in ihm maßgebend sind. Jeder Begriff, in dem politische und soziale Sachverhalte benannt werden, enthält den impliziten Bezug auf die Ideologie, in deren Kontext er einen Sinn ergibt.

In einer Gesellschaft, die sich als pluralistisch versteht, sollte man daher erwarten, daß ihre öffentliche Sprache sich durch eine Pluralität an theoretischen oder auch ideologischen Zugriffen auf soziale Themen und eine entsprechende Vielfalt des Vokabulars auszeichnet. Nun gehört zwar das Wort »Vielfalt« zu den Standardfloskeln der Sprache der BRD; offensichtlich ist ideologische oder politische und die entsprechende begriffliche Vielfalt damit jedoch in aller Regel gerade nicht gemeint.

Die öffentliche Sprache der BRD zeigt vielmehr seit etlichen Jahren eine deutliche Tendenz zur Zunahme stereotyper Floskeln, Phrasen und - meist inoffizieller - Sprachregelungen, an denen sich die immer stärkere Verengung des ideologischen Spektrums ablesen läßt, das innerhalb der meinungsbildenden Eliten noch als akzeptabel gilt. Ob ein Politiker der CDU oder der SPD angehört, ein Journalist für die *FAZ* oder die *Süddeutsche Zeitung* schreibt, ein Bischof katholisch oder evangelisch ist, ein Verbandsfunktionär die Arbeitgeber- oder die Gewerkschaftsseite repräsentiert: Die Begriffe

sind austauschbar, und die wenigen verbliebenen Meinungsverschiedenheiten, die in diesen Begriffen artikuliert werden, sind erkennbar bloße Varianten ein und desselben ideologischen Universums. Eine solche ideologische Konformität innerhalb der gesellschaftlichen Funktionseliten kann sich nur dort einstellen, wo die jeweils vertretenen Interessen vielleicht nicht unbedingt gleich, aber miteinander kompatibel sind.

Der denunziatorische Eifer, mit dem Abweichungen von etablierten Sprachregelungen skandalisiert werden, zeigt bereits für sich genommen, daß diese Konformität zwar zwischen den verschiedenen Fraktionen der Funktionseliten *untereinander*, keineswegs aber zwischen ihnen und dem von ihnen regierten und (des-)informierten Volk besteht, daß die Interessen, die in dieser ideologischen Sprache zum Ausdruck kommen, keineswegs die der gesamten Gesellschaft oder auch nur einer Mehrheit sind, und daß die herrschende Ideologie ihre Monopolstellung keineswegs der Schlüssigkeit oder Wahrhaftigkeit ihrer Argumente verdankt, sondern darauf angewiesen ist, ideologisch nonkonforme Positionen aus dem öffentlichen Diskurs auszuschließen.

Wenn jeder, dem seine Karriere lieb ist, gezwungen ist, ideologische Konformität zu demonstrieren, wenn also zur »Elite« nur noch diejenigen gehören dürfen, die diese Ideologie bejahen (in welchem Punkt sich die BRD von der DDR längst nicht mehr unterscheidet), dann können sich Gegeneliten zwar trotzdem noch herausbilden; in Ermangelung öffentlichen Gehörs fällt es der veröffentlichten Meinung der Herrschenden aber leicht, ihre Existenz zu ignorieren und alternative Positionen

als »Stammtischparolen« abzuqualifizieren, über die eine Diskussion sich überhaupt nicht lohne.

Je schwieriger dieser Ausschluß wird, weil die Unvereinbarkeit der Interessen des herrschenden Kartells mit denen des Volkes und die Unvereinbarkeit der Kartellideologie mit der Wirklichkeit immer deutlicher zutage tritt, desto aggressiver wird die dem ideologischen Gegner geltende Polemik, desto kleinlicher werden ideologische bzw. sprachliche Abweichungen skandalisiert, desto repressiver werden die Meinungsgesetze, und desto mehr nimmt das Gesamtsystem aus formellen und informellen Mitteln des Ausschlusses den Charakter ideologischer Apartheid an.

Unter der Prämisse solcher Machtverhältnisse, das heißt der Existenz eines Elitenkartells, das zum eigenen Volk und zum eigenen Land in demselben Verhältnis steht wie eine Armee zum besetzten Feindesland, mußte die öffentliche Sprache der BRD, nicht weniger als die der DDR, *polemischen* Charakter annehmen: Sie ist eine Kampfsprache. Eine Kampfsprache ist als solche daran zu erkennen, daß man in ihr nicht versucht, den Andersdenkenden in der *Sache* zu widerlegen, sondern ihm die Artikulationsmöglichkeiten zu verbauen. Man will nicht Recht *haben*, man will nur Recht *behalten*. Dabei beschränkt man sich in geistig steriler Zensorenmanier darauf, die Unvereinbarkeit der nonkonformen Positionen mit der herrschenden Ideologie darzulegen. Dies aber nicht in Gestalt einer nüchternen Analyse und Kritik, sondern in einer Sprache, deren Funktion darin besteht, den Andersdenkenden intellektueller (»dumpf«, »krude«, »Stammtisch«), psychischer (»-phobie«) oder

moralischer («Haß«, »Menschenfeindlichkeit«) Defizite zu bezichtigen und ihn als öffentlichen Feind zu markieren, um seinen Ausschluß aus dem veröffentlichten Diskurs weiterhin zu rechtfertigen.

Eine seriöse, durchaus ideologiekritische Auseinandersetzung mit den Inhalten nonkonformer Positionen dagegen müßte mindestens aufzeigen, welche Prämissen und Interessen den Argumenten des Außenseiters zugrundeliegen, dabei aber nolens volens auch die *eigenen* Prämissen und Interessen thematisieren: eine Peinlichkeit, die um jeden Preis zu vermeiden der Sinn und Zweck der BRD-Kampfsprache ist.

Die Wissenschaft, die - nicht anders als die der DDR - wenigstens in den gesellschaftskundlichen Sparten einen *Kampfauftrag* hat und verpflichtet ist, *parteiliche* Wissenschaft zu sein, entwickelt in Vollzug dieser Vorgaben neues »Fachvokabular«, in dem die umzusetzenden ideologischen Vorgaben bereits als Prämissen enthalten sind (z.B. »gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit«, »Islamophobie«), um sich dann - o Wunder! - in den Ergebnissen wiederzufinden. Wird die ideologische und politisch-polemische Manipulation allzu offenkundig, so greift man auch gerne zum Mittel der Pseudodifferenzierung («rechtspopulistisch«, »faschistoid«, »kulturalisierter Rassismus«). Die Medien speisen dieses vermeintlich wissenschaftliche Vokabular, das deswegen (weil das Publikum irrtümlich glaubt, Wissenschaft werde wertfrei und objektiv betrieben) als besonders seriös gilt, in den öffentlichen Diskurs ein.

Mit dem tradierten, offiziell liberalen Selbstverständnis der BRD ist eine solche politische und sprachliche

Unkultur kaum zu vereinbaren. Das Verschwinden der politischen und begrifflichen Pluralität ist vielmehr der Vorbote des totalitären Regimes, das auf europäischer wie auf globaler Ebene im Entstehen begriffen ist und dessen willige Handlanger in deutschen Ministersesseln, Redaktionen und Chefetagen sitzen, von wo aus sie sich als Elite ausgeben.

Die Sprache der BRD ist die Sprache eines Regimes im Übergang. Da das liberale und demokratische Vokabular, auf dem das Grundgesetz beruht, nach wie vor als verbindlich gilt und der schleichende Staatsstreich gegen eben dieses Grundgesetz mindestens so lange verschleiert werden muß, bis unumkehrbare Fakten geschaffen sind, müssen diese Begriffe im öffentlichen Gebrauch umgedeutet werden: Da bedeutet »Demokratie« eben nicht mehr die kollektive Selbstbestimmung des souveränen Volkes, ein »Extremist« muß kein Verfassungsfeind sein, der »Verfassungsschutz« alles schützen, nur nicht die Verfassung, und der Gleichheitsgrundsatz, also das *Verbot*, gleichartige Sachverhalte ungleich zu behandeln, verwandelt sich in ein *Gebot*, eben dies zu tun. Selbstredend nur im Namen einer Antidiskriminierungspolitik, zu deren notwendigen Mitteln nun einmal die Diskriminierung gehört. Die Sprache der politischen Klasse trieft nur so von semantischen Lügen.

Die rhetorischen Mittel dieser Lügensprache sind vielfältig. Da ist die **orwellsche Verdrehung** vom Kaliber »Krieg ist Frieden«: Man spricht von »Zivilcourage« und meint demonstrativen Konformismus, von »humanitärer Intervention« und meint völkerrechtswidrige Angriffskriege, von »Staatsraison« und meint die Hint-

anstellung deutscher Staatsinteressen, von »Toleranz« und meint damit, daß Andersdenkende nicht zu Wort kommen sollen, vom »Stabilitätsmechanismus« und »Rettungsschirm« und meint damit die bewußte Inflationierung der Währung.

Eine Variante der Orwell-Sprache ist das **Trojansche Pferd**, das heißt die Verwendung von Worten, die einen anderen Inhalt haben als das durch sie hinters Licht geführte Publikum unterstellt. Solches Vokabular kann man sowohl affirmativ (»Europa« sagen, die EU meinen) als auch polemisch (»Rassisten« sagen, Gegner von Masseneinwanderung meinen) verwenden.

Da ist der **Ohrwurm**: eine offenkundig falsche, mindestens aber fragwürdige Behauptung (»Klimawandel«, »Fachkräftemangel«, »Migranten haben unser Land aufgebaut«), die aber so oft wiederholt wird, bis sie nicht mehr wahrgenommen wird, dafür aber als Gemeinplatz ins kollektive Bewußtsein einsickert.

Da ist die **Tantensprache**, die eine knallharte Interessenpolitik gegen das eigene Volk mit Einluffloskeln und süßlich klingenden scheinmoralischen Phrasen verbrämt und als besorgtes Wohlwollen für Minderheiten (»Willkommenskultur«), als mütterliches Verständnis für unmündige Bürger (»Ängste der Menschen ernstnehmen«), als moralische Sensibilität (»immerwährende Verantwortung Deutschlands«), als Appell an Harmoniebedürfnisse (»gesamtgesellschaftliche Aufgabe«) oder als Fröhlichkeit (»bunt«) tarnt, in jedem Fall aber infantile Urteilsmaßstäbe propagiert, deren ernsthafte Befolgung zum Untergang des Landes führen muß.

Eng verwandt damit ist das **Reframing**, das heißt die bewußte Ablenkung von den Themen, um die es geht, durch Wechsel des Referenzrahmens und Bezugspunktes: Da verwandelt sich die Frage, ob unff wieviel Einwanderung wir wollen oder brauchen, das heißt die Frage nach den *eigenen* Interessen, in die Frage nach den Bedürfnissen *der Einwanderer*, deren in Wahrheit nicht existent es Recht auf Einwanderung bereits stillschweigend vorausgesetzt, das eigene dagegen ebenso stillschweigend delegitimiert wird.

Von diesem Reframing ist es nur ein Schritt zur »**Anti**«-**Sprache**, das heißt zur Vermeidung der Benennung politischer Interessen durch Benennung ihres scheinbaren Komplements, wodurch man der Verlegenheit entkommt, sich zu den Zielen und Interessen zu bekennen, die man tatsächlich vertritt: Man ist nicht etwa *für* Masseneinwanderung, man ist »gegen Rassismus«; der Andersdenkende hingegen ist nicht etwa *gegen* Masseneinwanderung, weil er das eigene Volk liebt, sondern weil er »Rassist« und von »Haß« und »Menschenfeindlichkeit« beseelt ist. Man handelt nicht etwa im Interesse fremder Mächte gegen deutsche Interessen, vielmehr dient man der »internationalen Gemeinschaft«, wenn nicht gleich der »Menschheit«; der Andersdenkende dagegen ist »antieuropäisch« und »menschenverachtend«, bestenfalls Nationalist, wahrscheinlich aber ein »Nazi«. Man ist kein Bolschewist, man ist »Antifaschist«, was automatisch jeden Andersdenkenden zum »Faschisten« (was immer das sein mag) stempelt.

Es gibt die **Geßlerhutbegriffe**, durch deren Verwendung (»Sinti und Roma«) bzw. Vermeidung (»Zigeuner«)

man ideologische Konformität demonstriert, während man sich durch ihre Mißachtung als Abweichler offenbart; die **Pawlowschen Glöckchen**, durch deren Betätigung man erwünschte Reaktionen hervorruft, etwa indem man den Andersdenkenden als »Antisemiten« in Verruf bringt; die **verschleiern den Anglizismen** (»Gender Mainstreaming«), wo jede deutsche Übersetzung verräterisch wäre (»Geschlechtergleichmacherei«); das **Totschlagwort** (»alternativlos«, »Nazi«).

Es gibt also verschiedenste rhetorische Ausprägungen der allgegenwärtigen Lüge, aber jede dieser Ausprägungen enthält, wenn man genau hinsieht, ihr eigenes Dementi und die unfreiwillige Selbstbezichtigung des Lügners. Dieses Hinsehen ist allerdings eine typische Intellektuellenbeschäftigung und nicht jedermanns Sache. Es gehört zur Grundausstattung des Menschen, Sprache als soziale Gegebenheit anzunehmen, sie eben *nicht* zu hinterfragen und sich des angebotenen Wortmaterials zu bedienen.

In dem Maße, in dem man dies tut, billigt man freilich auch die hinter den Worten stehende Ideologie. Selbst derjenige, dem die Ideologie instinktiv zuwider ist, kann seinen Widerwillen oftmals nicht begründen, weil ihm hierzu ganz einfach die Worte fehlen. Da fällt es der Gegenseite leicht, ihn als »dumpf« und seine Ansichten als »krude« darzustellen, weswegen er im Zweifel auf deren Artikulation verzichten und beschämt schweigen wird.

Für die oben erwähnten Gegeneliten kommt es daher darauf an, dem Kartell die Herrschaft über die Sprache zu entreißen und eine Auseinandersetzung über die *wirklichen* Inhalte dieser Sprache zu erzwingen. Hierzu soll dieses Buch einen Beitrag leisten.

Lexikon der Unwörter

• ÄNGSTE DER MENSCHEN ERNSTNEHMEN

Die Liste der mal mehr, mal weniger verrückten technologischen Großprojekte, die von deutschen Politikern für -»**alternativlos** gehalten werden, ist lang und betrifft alle nur erdenklichen Politikbereiche: Sie reicht von Stuttgart 21 bis zum Euro, von der Datenschnüffelei bis zur Masseneinwanderung. Wann immer ein solches Projekt auf die öffentliche Kritik seitens derer stößt, die seine Folgen auszubaden haben, findet sich zuverlässig ein Politiker, der fordert oder versichert, man müsse oder werde »die Ängste der Menschen ernstnehmen«.

Indem er von ihren »Ängsten« spricht, sagt er zugleich, daß er sich *nicht* mit ihren Warnungen, Interessen und Argumenten auseinanderzusetzen gedenkt, deren Nichtexistenz oder auch Gegenstandslosigkeit er somit en passant als Selbstverständlichkeit unterstellt. Bevor noch irgendeine Debatte geführt werden kann, hat er bereits als deren Prämisse festgezurrert, daß er selbst recht hat und die Bürger nicht.

Da ist es folgerichtig, daß er diese Bürger nicht »Bürger« nennt, sondern »Menschen«, ihnen also keinen politischen, sondern bloß einen biologischen Status zuerkennt. Und folgerichtig ist auch, daß er ihnen nicht zugehen kann, »Furcht« oder »Sorge« zu empfinden, weil Furcht und Sorge sich nach landläufigem Verständnis auf etwas Konkretes beziehen: Vor Schlangen hat man Furcht, vor Gespenstern Angst.

ALTERNATIVLOS

Nachdem unser Politiker in dieser Weise als Ursache der Mißstimmung die Gefühle »der Menschen« (und nicht etwa seine eigene Politik) dingfest gemacht hat, geht er - um auch wirklich jedes Mißverständnis auszuschließen - auf Nummer Sicher und erklärt deren Furcht nicht nur zu »Angst«, sondern zu »Ängsten«, damit niemand über deren diffusen, irrationalen und therapiebedürftigen Charakter im Unklaren gelassen wird.

Er erklärt also die Bürger zu Kindern, insofern sie wohl Menschen-, aber keine Bürgerrechte haben, sich vor Gespenstern ängstigen, deswegen der psychotherapeutischen Betreuung bedürfen, in jedem Falle aber zu einem begründeten politischen Urteil nicht in der Lage sind. So legt er in nur zwei Worten gegenüber seinen Mitbürgern und Wählern eine Verachtung an den Tag, die kaum anders erklärbar ist als dadurch, daß er selbst seinen eigenen Charakter am besten kennt und daher naturgemäß jeden verachten muß, der ihn trotzdem wählt. Und so ist es wiederum folgerichtig, nicht etwa die verachteten Bürger »ernstzunehmen«, sondern lediglich deren »Ängste« - und auch die nur in dem Sinne, in dem man auch eine faulende Bananenschale »ernstnimmt«, auf der man nicht ausrutschen möchte.

Man könnte dies ->**menschenverachtend** nennen, wenn dieser Ausdruck nicht bereits anderweitig besetzt wäre.

• ALTERNATIVLOS

Dieses Totschlagwort wird ausschließlich von Regierungen und regierungsnahen Institutionen gebraucht, wäh-

rend oppositionelle oder zumindest staatsferne Kräfte offenbar keine Verwendung dafür haben. Bereits daran ist es als Herrschaftsinstrument erkennbar.

Ferner wird es ausschließlich als Reaktion auf *Kritik* vorgetragen, das heißt in Kontexten, in dem Alternativen zumindest als gedankliche Entwürfe vorliegen, die Behauptung der »Alternativlosigkeit« mithin von vornherein das Eingeständnis enthält, eine Lüge zu sein.

Allenfalls könnte man behaupten - müßte dann aber auch mit Argumenten belegen -, daß die vorgeschlagenen Alternativen nicht zu den gewünschten Ergebnissen führen, müßte dann wiederum begründen, welche Ergebnisse man aus welchen Gründen für wünschenswert hält. Das Wort »alternativlos« (und sein englisches Äquivalent »TINA« - »There is no alternative«) wäre aber ganz überflüssig und würde nicht als Herrschaftsinstrument taugen, wenn es seinerseits mit Argumenten untermauert werden müßte. Eine politische Funktion erfüllt es nur dort, wo eine Regierung in Argumentationsnot gerät und es daher nötig hat, sich von der Beweisspflicht zu entlasten und anstelle des an sich geforderten Arguments eine apodiktische Behauptung vorzutragen.

Diese Behauptung impliziert eine ganze Reihe von höchst problematischen Annahmen: erstens, daß die von der Regierung favorisierten Interessen gleichbedeutend mit dem Interesse der Gesellschaft *schlechthin* seien; zweitens, daß daher Interessen, die mit dem jeweiligen für »alternativlos« erklärten Projekt kollidieren, von vornherein illegitim seien und daher nicht nur nicht beachtet, sondern strenggenommen nicht einmal vertreten werden dürften; drittens, daß die Regierung - und sie allein -

ANDERS AUSSEHEN

über hinreichende Einsicht verfüge, um zu beurteilen, welche Alternativen existieren und welche nicht; weswegen viertens Kritik nur auf Dummheit oder bösem Willen beruhen könne; fünftens, daß demokratische Verfahren *überflüssig* seien, sofern das Volk die »Alternativlosigkeit« einsieht, und *schädlich*, sofern es sie *nicht* einsieht.

Wo die Alternativlosigkeit herrscht, dankt die Demokratie ab, und Regierungen, die geradezu gewohnheitsmäßig bei allen relevanten politischen Themen das Wort »alternativlos« verwenden, erklären die Demokratie zu einer bestenfalls dekorativen Fassade, hinter der tatsächliche Herrschaftsverhältnisse verschwinden sollten.

• ANDERS AUSSEHEN

In dem Paralleluniversum, in dem die meisten Meinungsmacher unseres Landes beheimatet sind, ist Kritik an Masseneinwanderung niemals auf niederschmetternde Erfahrungen mit deren Ergebnissen zurückzuführen, sondern stets auf simplen ->**Haß** auf Menschen, die »anders aussehen«.

Solche Behauptungen, verbunden mit dem tantenhaft besorgten Tonfall, in dem Politiker sie vorzutragen pflegen, dienen diesen dazu, sich als selbstlose Beschützer unschuldig Verfolgter in Szene zu setzen. Man mißbraucht Einwanderer als Objekt einer angeblichen Fürsorge, um nicht in die Verlegenheit zu geraten, die eigene Einwanderungspolitik gegenüber dem davon betroffenen eigenen Volk rechtfertigen zu müssen.

In der Psychologie nennt man diese Technik »Reframing«: Indem man den angeblich erforderlichen Schutz

von Migranten thematisiert, entgeht man dem Thema, um das es den Kritikern der herrschenden Einwanderungspolitik vorrangig geht, nämlich den Schutz des eigenen Volkes und seiner Interessen. Die Frage, woher Politiker das Recht nehmen und wer sie dazu ermächtigt hat, via Masseneinwanderung die Lebenswelt jenes Volkes auf den Kopf zu stellen, von dem Schaden zu wenden sie geschworen haben - diese Frage darf auf keinen Fall zum Thema gemacht werden, weil die Antwort eindeutig und vernichtend ausfallen müßte.

Weil sie dies wissen, können sie weder zugestehen, daß Kritik an Masseneinwanderung Ausdruck legitimer Interessen ist, noch dürfen sie die Auseinandersetzung mit dieser Kritik auf einer argumentativen Ebene führen. Die Rede vom angeblichen »Haß« auf Menschen, die »anders aussehen«, dient dazu, den Andersdenkenden bis an die Grenze der Entmenschlichung herabzusetzen: Man unterstellt ihm nicht nur einen ethischen Defekt und ein daraus resultierendes irrationales Denken, man geht noch einen Schritt weiter und stempelt den Kritiker zum atavistischen Primitivling, bei dem »Haß« allein schon dadurch ausgelöst wird, daß Menschen »anders aussehen« als er.

Und dieser Andersdenkende - das sind praktisch wir alle, da aus derselben Ecke und im selben Zusammenhang regelmäßig versichert wird, »wie tief -»**Rassismus** in unserer Gesellschaft verankert ist« (-»**Mitte, Extremismus der**), so Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Rede zum Integrationsgipfel 2013.¹

Was so süßlich, so rührend und gutmenschlich besorgt daherkommt, ist die knallharte Demagogie einer

ANTI-

herrschenden Klasse, die ihr eigenes Volk jahrzehntelang belogen und verraten hat; die es sich deshalb nicht leisten kann, ihren Kritikern mit Argumenten zu begegnen, sondern sie zu Untermenschen erklären muß.

• ANTI-

Dieses Präfix ist nicht per se ein Unwort, hat aber Implikationen, die zu demagogischem Mißbrauch einladen, und man sollte ihm deshalb mit Mißtrauen begegnen, zumal es in der politischen Sprache der BRD und insbesondere der Linken (-»»**Antifaschismus**«, -»»**Antirassismus**«, »Antimilitarismus«) nahezu allgegenwärtig ist. Wer kein Interesse daran hat, von findigen Propagandisten manipuliert zu werden, sollte sich daher über diese Implikationen im Klaren sein:

Zunächst fällt auf, wie häufig dieses Wort, obwohl es doch eine Negation darstellt, zur Umschreibung der *eigenen*, nicht etwa der *fremden* Position benutzt wird. Wer die eigene Position durch eine Negation definiert, also durch das, was sie *nicht* ist und *wogegen* sie sich richtet, braucht nicht zu sagen, *wofür* er ist und entrückt die eigene Position dadurch der Kritik.

Er zieht zugleich eine politische Grenze und definiert eine Front: Die Kehrseite der Selbstbeschreibung als »Antifaschist«, »Antirassist« oder »Antimilitarist« ist die Beschreibung des Andersdenkenden als »Faschist«, »Rassist« und »Militarist«. Indem diese Zuschreibung nicht explizit ausgesprochen, sondern in der Negation »Anti-« versteckt wird, entzieht sie sich wiederum der Kritik und dem Begründungszwang.

Es kommt dann weder darauf an, ob diese Etikettierungen wahr oder wenigstens nachvollziehbar sind, noch darauf, ob sie dem Selbstverständnis der Betroffenen entsprechen. Dies kann im Einzelfall so sein, weswegen das Wort »Anti-«, wie oben erwähnt, nicht *zwangsläufig* ein Unwort sein muß. Oft aber ist es eines, und dann handelt es sich einfach um eine Feinderklärung. Die Etikettierung ist in diesem Fall nicht etwa Mittel oder Resultat politischer Analyse, sondern Waffe eines politischen Kampfes, der nicht einmal der Form nach ein Kampf der Argumente ist.

- **ANTIDISKRIMINIERUNGSGESETZ**

- > **Diskriminierung**

- **ANTIFASCHISMUS**

Dieses Wort entstand in den zwanziger Jahren und erlebte seinen ersten Boom in den Dreißigern, als die Komintern auf eine Volksfront-Strategie setzte und das Bündnis mit nichtkommunistischen Kräften suchte. »Antifaschismus« war der Begriff, der es erlaubte, diesen heterogenen und in vieler Hinsicht widersinnigen Bündnissen ein Etikett aufzukleben, das die Gegensätze und insbesondere den Machtanspruch der Kommunisten überdeckte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Konzept fortgeführt und etablierte sich endgültig als Tarnideologie der herrschenden Kommunisten, die damit in Osteuropa die nichtkommunistischen Kräfte disziplinierten und als Blockparteien in ihr Regime in-

tegrierten. In der DDR war eine »antifaschistische« Haltung identisch mit einer regimekonformen, und selbst die Berliner Mauer erfuhr als »antifaschistischer Schutzwall« noch eine ideologische Verbrämung.

In der heutigen BRD ist »Antifaschismus« das Etikett von politischen Gruppen der extremen Linken, die ihre offenkundige Feindschaft gegenüber der liberalen Demokratie camouflieren, indem sie ihre Feindschaft gegenüber dem »Faschismus« hervorheben und auf diese Weise bis ins bürgerliche Lager hinein salonfähig und vor allem subventionswürdig werden. Zugleich erheben sie unter Berufung auf ihren »Antifaschismus« Anspruch auf zumindest wohlwollende Duldung durch nichtkommunistische Kräfte in Politik und Medien, und sie haben damit häufig selbst dann Erfolg, wenn ihre Methoden offenkundig kriminell sind. Wann immer sich ein -»**breites Bündnis**« zusammenschließt, um rechte Gruppierungen an der Ausübung ihrer Grundrechte zu hindern, kann man sicher sein, daß »antifaschistische«, das heißt linksextreme Gruppen mit von der Partie sind und die Gelegenheit zu gewaltsamen Ausschreitungen sowohl gegen politische Gegner wie gegen Polizeibeamte nutzen, ohne damit ihrer Salon- und Bündnisfähigkeit erkennbar Abbruch zu tun.

Etablierten politischen Kräften wiederum verschafft das Etikett des »Antifaschismus« einen hinreichenden Vorwand, die politisch motivierte Gewaltkriminalität dieser Gruppen mit Nachsicht zu behandeln. Dieser Vorwand ist erwünscht, und die Gewalt wird geduldet, nicht weil die von ihr Betroffenen in irgendeinem seriösen Sinne des Wortes »Faschisten« (was immer man

sich darunter vorstellen mag) wären - das sind sie in den seltensten Fällen, es handelt sich vielmehr meist um Kräfte, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen -, sondern weil sie weitverbreitete Unzufriedenheit zum Ausdruck bringen und damit das Machtoligopol der etablierten Parteien bedrohen. Folgerichtig dulden sie auch die exzessive Ausweitung des Wortes »faschistisch« auf jede Bewegung, die ideologisch nonkonform ist und Interessen artikuliert, die der Politik des Establishments lästig sind.

Das Wort »Antifaschismus« illustriert exemplarisch die Fußangeln, die in dem Präfix ->»**Anti**« enthalten sind. Es dient dazu, die eigene Position hinter einer Negation verschwinden zu lassen und damit unkritischbar zu machen, und zugleich dazu, dem Andersdenken den willkürlich ein pejoratives Etikett aufzulegen, wiederum ohne sich der Kritik stellen zu müssen. Es handelt sich um eine semantische Lüge: Dem Wortsinne nach bedeutet »Antifaschismus«, daß man gegen Faschismus ist. In der politischen Praxis dagegen bedeutet es, den, gegen den man ist, zum »Faschisten« zu erklären.

- **ANTIRASSISMUS**

ist —> **Rassismus** gegen Weiße.

- **ANTISEMITISMUS**

Es ist heute kaum noch geläufig, daß das Wort »Antisemitismus« bzw. »Antisemit« nicht immer schon abwertenden Charakter hatte, sondern bei seinem Auftauchen

in der politischen Sprache Deutschlands im letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts die *Selbstbeschreibung* von Bewegungen war, die die Bekämpfung des gesellschaftlichen Einflusses von Juden ins Zentrum ihrer Programme stellten. Auch dieser Begriff trug damals die Tücke aller Selbstbeschreibungen in sich, die mit dem Präfix -»»**Anti**-« beginnen: Wer *gegen* Antisemitismus war, mußte wohl *für* die Juden und womöglich deren Agent sein. In einer Zeit, als ethnische Interessengegensätze noch frei artikuliert werden konnten, mußte allein diese Unterstellung den Betroffenen zum unsicheren Kantonisten im Hinblick auf die Interessen des eigenen Volkes stempeln und politisch in die Defensive drängen.

Ist es deshalb gut, daß es heute aus Gründen der Political Correctness verpönt ist, solche Interessengegensätze beim Namen zu nennen? Verschwinden sie aus der politischen Realität, wenn sie aus der Sprache verschwinden? Tatsächlich wurden wohl nur die Vorzeichen vertauscht: War vor hundert Jahren noch gewissermaßen automatisch jeder der Deutscheindlichkeit verdächtig, der sich für Juden und ihr Interesse an sozialer, politischer und rechtlicher Gleichstellung einsetzte, so wird heute mindestens ebenso gedankenlos und routinemäßig jeder, der sich für die Interessen des eigenen Volkes an seiner Selbsterhaltung einsetzt, ja sogar der, der nur feststellt, daß dieses Volk und seine Interessen überhaupt existieren, des Antisemitismus verdächtig - und müßte dieser Verdacht um drei Ecken an den Haaren herbeigezerrt werden.

Wer dies nicht glauben möchte, besorge sich - aber bitte antiquarisch oder aus einer Leihbibliothek - das

Buch *Was ist Antisemitismus?* von Wolfgang Benz,² einem der erfolgreichsten Vertreter der blühenden, da wohlsubventionierten bundesdeutschen Verdächtigungsbranche, der darin unter dem Titel »Überfremdungsangst und Selbstbewußtsein: Der Zorn der Patrioten« aus Briefen an den Zentralrat der Juden in Deutschland zitiert,³ deren Verfasser sich darin explizit gegen deutschfeindliche Ressentiments verwahren, die von Vertretern eben dieser Organisation geäußert und propagiert wurden. Er zitiert sie aber nicht etwa als Beispiel für die zirkuläre Dynamik von Großgruppenbeziehungen und erst recht nicht, um sich die Kritik an der Deutschfeindlichkeit besagter Funktionäre zu eigen zu machen. Er gibt zwar zu, daß die Schreiber nur *reagieren*, und dies aus *patriotischen* Motiven. Das hindert ihn aber keineswegs daran, ihre Briefe als Beispiele für *Antisemitismus* zu zitieren, Patriotismus und Antisemitismus also gleichzusetzen. Die Vermutung, deutsche und jüdische Interessen schlossen einander aus - also das zentrale Ideologem des Antisemitismus - ist für Herrn Benz und seine Gesinnungsgenossen keinen Deut weniger selbstverständlich, als sie es für Adolf Hitler war; nur die Wertung wird umgedreht und mit ihr das Angriffsziel: Deutschfeindlichkeit, die als solche im Zentrum der gesellschaftlichen Meinungsbildung (noch) nicht ohne weiteres akzeptiert ist, tarnt sich als Kampf gegen Antisemitismus.

Das camouflierende Spiel mit dem ->»**Anti**« funktioniert also keineswegs nur dann, wenn diese Vorsilbe *Selbstbeschreibungen*, sondern auch, wenn sie *Fremdzuschreibungen* einleitet: Wer den Andersdenken-

den erfolgreich auf das reduziert, *wogegen* er - angeblich! - ist, braucht sich nicht mehr damit auseinanderzusetzen, *wofür* dieser sich einsetzt, und braucht selbst nicht zuzugeben, daß er es bekämpft. Der Kampf gegen Antisemitismus (wie auch der gegen -»»**Rassismus**«, -»»**Homophobie**«, -»»**Fremdenfeindlichkeit**« oder -»»**Islamophobie**«) ist gerade *nicht*, wie suggeriert wird, ein Mittel zur Verhinderung oder Entschärfung sozialer Interessenkonflikte und soll auch keines sein. Er ist Mittel zu ihrer Austragung, mithin eine Waffe.

Das heißt selbstredend nicht, daß es so etwas wie Antisemitismus im Sinne von Ressentiments gegen Juden oder das jüdische Volk nicht gäbe. Erstaunen muß aber doch, mit welcher Selbstverständlichkeit in Zusammenhängen, in denen Juden eine Rolle spielen, die grundlegende soziologische Einsicht ignoriert wird, daß Großgruppenbeziehungen normalerweise zirkulär strukturiert sind und gerade feindselige Haltungen eine Tendenz zu wechselseitiger Verstärkung haben. Eben diese Einsicht muß man aber von vornherein ausblenden, wenn man dem in der westlichen Welt (keineswegs nur in Deutschland) vorherrschenden Narrativ folgt, wonach an Konflikten zwischen jüdischen und nichtjüdischen Bevölkerungsgruppen, die schon seit vorchristlicher Zeit für die verschiedensten Länder und Völker dokumentiert sind, stets der »Antisemitismus« der Nichtjuden schuld sei. Man mag sich kaum vorstellen, daß irgendein Wissenschaftler noch ernstgenommen würde, der eine derart naive, einseitige und unplausible Hypothese in irgendeinem anderen Zusammenhang als diesem vertreten wollte.

► AUF DAS EIGENE VOLK SCHIESSEN

Es ist schon bemerkenswert, daß Politiker, die ihr *eigenes* »eigenes Volk« nur noch als eine -»**Bevölkerung** wahrzunehmen imstande sind und daran arbeiten, die Bekämpfung von Aufständen dieses Volkes der EU zu übertragen,⁴ vor Erschütterung kaum laufen können, wenn irgendwelche Diktatoren Aufstände niederschlagen, die es gar nicht gegeben hätte, wenn nicht die Verbündeten und Karrieresponsoren eben dieser Politiker, insbesondere staatliche, halbstaatliche und -»**Nichtregierungsorganisationen** der USA mit viel Geld, Propaganda, Waffen, Ausbildung und sonstiger Unterstützung diese Aufstandsbewegungen gesponsert hätten, die anschließend als »das eigene Volk« figurieren, auf das finstere Machthaber schießen lassen, die deswegen »jede Legitimität verloren« haben (Ban Ki-Moon über Assad,⁵ Bush über Saddam Hussein,⁶ Steinmeier über Gaddafi⁷ ...).

Der Textbaustein von der verlorenen Legitimität ist in besonders ärgerlicher Weise dumm, denn egal, von welchem Legitimitätsbegriff man ausgeht: Entweder *ist* eine Regierung legitim, dann hat sie auch das Recht, Aufstände niederzuschlagen; oder sie ist es nicht, dann kann sie diese ohnehin nicht vorhandene Legitimität nicht erst dadurch verlieren, daß sie »auf ihr eigenes Volk schießt«.

Im übrigen müssen besagte Politiker sich eines fragen lassen: Wenn eine Regierung schon *dadurch* ihre Legitimität verliert, daß sie »auf ihr eigenes Volk« - das heißt auf ihre gesetzwidrig agierenden Gegner - schießen läßt, um die Souveränität des Staates nach innen und außen

zu bewahren - um wieviel schlimmer muß es dann um die Legitimität von Regierungen bestellt sein, die eine Politik des kalten Genozids am eigenen Volk betreiben?

Der Begriff »Völkermord« ist nämlich nicht etwa eine quantitative Steigerung von »Massenmord« - auch wenn beides oft Hand in Hand geht -, sondern bezieht sich auf die Zerstörung des sozialen und kulturellen Zusammenhangs, der ein Volk konstituiert, und dessen Lebensgrundlagen. Die direkte Tötung von Menschen (»auf das eigene Volk schießen«) ist daher nur eine von vielen Arten, ein Volk zu töten, und bei weitem nicht die wirkungsvollste.

Es gibt wirksamere Methoden. Zu diesen Methoden gehört, dieses Volk ethnisch auszudünnen, es im eigenen Land in die Minderheit zu drängen, Kriminelle, politische und religiöse Fanatiker ins Land zu holen und das eigene Volk deren Kriminalität auszusetzen, die Institution der Familie erst zu verunglimpfen und dann zu zerstören, durch autorassistische Propaganda das Selbstwertgefühl und den Selbstbehauptungswillen des eigenen Volkes zu unterminieren, »Antidiskriminierung« (also ->**Diskriminierung** von Einheimischen) zu betreiben, die Rechte des eigenen Volkes an supranationale Organisationen zu verschachern, die Souveränität des Nationalstaats nach außen und des Rechtsstaats nach innen zu zerstören, und diejenigen, die sich gegen all das wehren, als ->**Rechtsextremisten** zu verleumden und sie an den Rand der Gesellschaft zu drängen, und sogar über diesen Rand hinaus.

Nur wenig davon, um es mit Brecht zu sagen, ist in unserem Staat verboten.

► **AUFARBEITUNG**

Wer in der neunzehnten Auflage der *Brockhaus-Enzyklopädie* (Band 2, erschienen 1987) nach dem Stichwort »Aufarbeitung« suchte, wurde noch mit dem lapidaren Hinweis »Kerntechnik: -»Wiederaufarbeitung«⁸ abgespeist. Das auskunftsfreudigere, zumindest aber redseligere Internet beschert uns eine ganze Reihe möglicher Bedeutungen und spiegelt damit zweifellos auch eine geänderte öffentliche Sprache wieder. Halten wir uns zunächst an Wikipedia:

»Die **Aufarbeitung**, das **Aufarbeiten** ist:

- Recycling in der Abfallwirtschaft
- Wiederaufarbeitung von Atommüll, insbesondere von Kernbrennstäben
- Refabrikation von Autoteilen
- Restaurierung von Möbelstücken
- Teig bis zum Backvorgang vorbereiten
- Gefällte Bäume zerlegen
- In der Analytischen Chemie werden Proben aufgearbeitet, d.h. in eine Form gebracht, die sie untersuchbar macht (z.B. ein Aufschluß (Chemie))

Aufarbeitung in der Psychologie:

- Aufarbeitung der Vergangenheit, siehe Vergangenheitsbewältigung
- Trauerarbeit
- Psychotherapie

Aufarbeitung in der Geschichtsschreibung:

- Vergangenheitsbewältigung.«⁹

Das Wort -»»**Vergangenheitsbewältigung**«, das hier gleich zweimal auftaucht, wird zunehmend durch »Auf-

arbeitung« ersetzt, »weil Vergangenheit nicht >bewältigt< - also endgültig erledigt - werden kann«. ¹⁰ Daraus folgt **Lektion 1**: Aufarbeitung endet nicht und soll nicht enden.

Daß die in den achtziger Jahren noch vorherrschende *technische* Bedeutung des Wortes zugunsten anderer Dimensionen in den Hintergrund getreten ist, beweist jede Netzsuche, etwa die auf der Seite der Dudenredaktion angegebenen Wortverbindungen": Die drei Verben, die am häufigsten mit »Aufarbeitung« verbunden sind, lauten »bedürfen«, »beginnen« und »harren«. Woraus wir schließen dürfen: Das meiste, was für die Aufarbeitung in Frage kommt - was auch immer es im Einzelfall sein mag - wurde noch nicht oder jedenfalls nicht genug aufgearbeitet (**Lektion 2**).

Die Duden-Webseite nennt uns auch die mit »Aufarbeitung« typischerweise verbundenen Adjektive: »juristisch«, »gerichtlich«, »strafrechtlich«, »gründlich«, »kritisch«, »historisch«, »wissenschaftlich«, und »filmisch«. Aus den nahezu gleichbedeutenden ersten drei Adjektiven lernen wir **Lektion 3**, daß Aufarbeitung ein Vorgang ist, bei dem die einen über die anderen zu *Gerecht* sitzen; aus den nächsten beiden **Lektion 4**, daß man dabei jeden Stein umzudrehen hat, und zwar gnadenlos (nämlich »kritisch« - das Adjektiv »sachlich« fehlt bezeichnenderweise); aus den drei letzten **Lektion 5**, daß Aufarbeitung sich auf die *Vergangenheit* bezieht und dabei (außer von Juristen) von Wissenschaftlern und Filmmachern, mithin von Angehörigen der *ideologieproduzierenden* Industrie zu betreiben ist.

Unser Zwischenfazit muß also mindestens lauten, daß das Wort »Aufarbeitung« im Normalfall etwas um-

schreibt, das mit den bei Wikipedia ebenfalls genannten Stichwörtern »Trauerarbeit« und »Psychotherapie« nichts zu tun hat: insbesondere *nicht* dazu dient, den betroffenen Personen und Kollektiven zu helfen, nicht dazu, ihnen die Deutungs- und Urteilshoheit über ihre eigene Vergangenheit zu belassen oder zu verschaffen, und auch nicht dazu, irgendwann mit einem positiven Ergebnis zu enden.

Dies ist erstaunlich, weil das Wort »Aufarbeitung«, das sich in deutschen politischen Zusammenhängen meist auf das Dritte Reich oder die DDR (der Logik nach auf alle historischen deutschen Staaten außer der BRD) bezieht, einen quasi therapeutischen, heilenden Zusammenhang doch zumindest suggeriert. Der faktische Wortgebrauch jedoch weist die »Aufarbeitung« als Trojanisches Pferd aus: Suggestiert wird ein Medikament, verabreicht wird ein Gift.

Aber auch die technischen Bedeutungen des Wortes »Aufarbeitung« sind von Interesse, denn von ihnen leiten sich die übertragenen, sozialen, politischen, psychologischen und vor allem quasipsychologischen Bedeutungen erst ab. Vom Abfallrecycling über die Restaurierung von Möbelstücken bis hin zur Zerlegung gefällter Bäume und der Aufarbeitung von Proben handelt es sich in der Regel um einen Vorgang der *Umformung* von etwas zuvor *Zerstörtem* (Weggeworfenem, Abgebranntem, Verschrottetem, Vernutztem, Vermischtem, Gefälltem, Entzogenem) zu etwas *anderem*, das mit dem Ausgangsgegenstand bisweilen wenig Ähnlichkeit hat. Das manipulative Element ist mit Händen zu greifen. Angewandt auf eine »aufzuarbeitende« Vergangenheit bedeutet es -

AUFGABE, GESAMTGESELLSCHAFTLICHE

und dies ist **Lektion 6** -, daß diese Vergangenheit umgeformt, zurechtgeschnitten, passend und tauglich gemacht werden soll. Nun ahnen wir auch, warum den Angehörigen der Ideologiebranche eine offenbar herausragende Rolle bei diesem Prozeß zugedacht ist.

Wenn wir dann noch bedenken, welche Subjekte von denkbaren Prozessen der Aufarbeitung, mithin welche *Aufarbeiter* wir identifiziert haben - Richter, Therapeuten, Ideologieproduzenten -, dann können wir von diesen Subjekten auf die Objekte der Aufarbeitung schließen und kommen zu dem Ergebnis, daß es sich dabei wohl um Menschen handeln muß. »Aufgearbeitet«, das heißt manipuliert, umgeformt, zurechtgeschnitten, passend und tauglich gemacht wird eben nicht nur die Vergangenheit, sondern auch das Volk, das sie hat.

• AUFGABE, GESAMTGESELLSCHAFTLICHE

Die Formulierung »... ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe« haben wir alle, meist aus dem Mund von Politikern und politiknahen Akteuren, etwa Lobbyisten, schon so oft gehört, daß wir sie kaum noch wahrnehmen. Sie erweckt die unbestimmte, aber doch beruhigende Assoziation, daß alle sich irgendwie zusammensetzen, um an einem Strang zu ziehen, und das ist doch etwas Gutes. Oder?

Es handelt sich um eine typische Einluffloskel, die dafür sorgt, daß bestimmte kritische und vor allem im engeren Sinne *politische* Fragen von vornherein gar nicht erst gestellt werden:

Wer zieht
 welchen und
 wessen Strang
 warum
 in welche Richtung?

Die Rede von den »gesamtgesellschaftlichen Aufgaben« ist der Appell an ein vorpolitisches, ja infantiles Harmoniebedürfnis, an den Wunsch, reale Konflikte dadurch aus der Welt zu schaffen, daß alle guten Menschen, die ihrer Güte wegen keine Konflikte haben können, jenes Gute verfolgen, über das sie sich kraft ihrer Güte alle einig sind. Und wer an dieser Einigkeit nicht teilhat und nicht sein Scherflein zur Erfüllung der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben beiträgt - nun, der gehört eben nicht zur »Gesamtgesellschaft«. Wo Harmonie beschworen wird, verschwindet nicht die Feindschaft, sie verlagert sich nur an die Außengrenzen des Harmoniekartells. Bereits beim ersten genaueren Hinhören entpuppt sich also diese Floskel als geradezu exemplarisch für jene tantenhaft süßliche BRD-Sprache (vgl. auch **-•anders aussehen**), die einen beinharten Machtanspruch tarnt.

Freilich nicht in jedem einzelnen Fall. Ihre Funktion als Einlufffloskel erfüllt sie nicht zuletzt deshalb, weil sie bisweilen in vergleichsweise harmlosen Zusammenhängen gebraucht wird. Aber selbst dann ist sie tückisch, wie wir gleich sehen werden.

So ergibt eine Google-Suche¹², daß als »gesamtgesellschaftliche Aufgaben« unter anderem diese definiert wurden: »Pflege, Ernährung, ein guter Start ins Leben,

Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, Tierschutz, Weiterbildung von medizinischem Nachwuchs, Nachhaltigkeit, Organspende, private Entschuldung, chirurgische Versorgung der Zukunft [sic!], Talentförderung, Entwicklung neuer Technologien, Entwicklungshilfe, Wahrung eines ausreichenden Lebensniveaus für alle Kinder, Qualifikation nicht ausbildungsreifer Jugendlicher, Behindertenpolitik, Verwirklichung der Rechte der Kinder, Gewebespende, Bildungsmonitoring, Ausbildung der Jugend, Wiedervereinigung, Datenschutzbewußtsein der Bevölkerung zu fördern, Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, Verbesserung der Verkehrssicherheit, Bildung, adäquate Behandlung psychisch kranker Menschen, Kriminalprävention, Gesundheitsversorgung, die Deutsche Digitale Bibliothek, die Energiewende, Hilfen für DDR-Heimkinder, Digitalisierung, Prävention, Kriminalitätsbekämpfung«.

Bereits dieses Sammelsurium verschiedenster Forderungen (die hier noch harmlos sind - zu den weniger harmlosen kommen wir gleich) läßt einen zweifeln, daß das Abstraktum »Gesellschaft«, die als solche ja kein Akteur ist, das alles stemmen kann. Warum dann aber diese Formulierung?

Zunächst einmal soll die pompöse Floskel Bedeutsamkeit signalisieren. Wer eine »gesamtgesellschaftliche Aufgabe« definiert, weist sich selbst den Rang eines Vordenkers der gesamten Gesellschaft zu: Er bläst sich ein wenig auf.

Zugleich enthält die Floskel aber auch *Forderungen*, die sich bereits aus den typischerweise hinzugefügten Erläuterungen ergeben: Eine gesamtgesellschaftli-

che Aufgabe ist typischerweise eine, die »von allen gleichermaßen finanziert werden muß«, »im gemeinsamen Haus Europa nur alle Mitgliedstaaten gemeinsam bewältigen können«, für die »die Verantwortung auf vielen Schultern« liegt, weil für sie »nicht allein die Regierung verantwortlich ist« und »sie somit nicht nur den Staat, sondern alle gesellschaftlichen Kräfte angeht«, die demgemäß »hier nicht aus der Pflicht gelassen werden« dürfen, denn »alle müßten ihren Beitrag leisten«. Wer eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe definiert, tut dies also normalerweise, um andere Leute für sich und seine Ziele einzuspannen und ihre Ressourcen anzuzapfen.

Ferner weist er seine Forderung als im allgemeinen Interesse liegend aus. Potentielle Kritiker, die womöglich nach den in den Formeln verborgenen Partikularinteressen fragen könnten, werden dadurch schon einmal eingeschüchtert. Schließlich möchte niemand in den Verdacht geraten, es an »gesamtgesellschaftlicher« Verantwortung fehlen zu lassen und etwa gegen Bildung, Kriminalprävention, die Verbesserung der Verkehrssicherheit oder die Entwicklung neuer Technologien zu sein. Das alles sind ja auch wünschenswerte Dinge, aber sind es deshalb auch *gesamtgesellschaftliche* Aufgaben?

Eine differenzierte, arbeitsteilige und pluralistische Gesellschaft ist eine, in der unterschiedliche Teilsysteme auf die Erfüllung unterschiedlicher Aufgaben spezialisiert sind. Ein Wissenschaftler muß wahre von unwahren Aussagen unterscheiden, ein Richter hat abstrakte Normen unparteilich anzuwenden, ein Journalist seine Leser so objektiv wie möglich zu informieren.

Sie alle haben nicht dem etwaigen Interesse der Regierung an der Verfolgung politischer Gegner nachzugeben oder sonstwie den Interessen und Zielen der Machthaber zu dienen. Tun sie es doch, das heißt kompromittieren sie die Autonomie des Rechts, der Wissenschaft oder der Medien aus politischen Gründen, so untergraben sie die Leistungsfähigkeit des pluralistischen Systems.¹³

»Gesamtgesellschaftliche Aufgaben« definieren heißt also fordern, daß andere Akteure beziehungsweise Systeme *in ihrer Autonomie beschnitten* werden. Da man sich an die Floskel bereits gewöhnt hat, rutschen höchst fragwürdige offizielle Formulierungen unhinterfragt durch, etwa diese des Nürnberger Jugendamtes: »Erziehung geht nicht nur Eltern, sondern alle an, denn sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.«¹⁴ Dies mag zwar zunächst nur bedeuten, daß Familien unterstützt werden sollen. Aber von dieser Unterstützung zur Bevormundung ist es nur ein Schritt, wenn sie erst einmal als »gesamtgesellschaftliche Aufgabe« definiert worden ist.

Wer ein Ziel, dessen Erreichen er für wünschenswert hält, als gesamtgesellschaftliche Aufgabe definiert, gibt zu, daß er es aus eigener Kraft nicht erreichen kann. Das ist per se noch nicht verwerflich. Wohl aber ist verwerflich, wenn ein *staatlicher* Akteur Ziele, die er *deshalb* nicht alleine erreichen kann, *weil er sie gar nicht verfolgen darf* - zum Beispiel politische Gegner mundtot zu machen -, zu »gesamtgesellschaftlichen Aufgaben« erklärt und damit die »Gesellschaft« dafür einspannt, einen Zustand herzustellen, den anzustreben ihm selbst verboten ist. So umgeht man Machtbegrenzungen, ohne die eine Demokratie diesen Namen nicht verdient.¹⁵

Womit wir zu den weniger harmlosen »gesamtgesellschaftlichen Aufgaben« kommen, also zu denjenigen, in denen sich die tückische Kehrseite dieser Floskel besonders deutlich zeigt. Im Lichte der bisherigen Überlegungen liegt es in der Natur der Sache, daß von »gesamtgesellschaftlichen Aufgaben« vor allem dort die Rede ist, wo politische Akteure ein Problem damit haben, die Autonomie ihrer Mitmenschen zu respektieren, also insbesondere dort, wo es um Einschüchterung, Gesinnungskontrolle und Verhaltenssteuerung geht. Als »gesamtgesellschaftliche Aufgaben« wurden unter anderem genannt: »Verbesserung der Willkommenskultur«, »Integration«, »Antifaschismus«, »nationalistisches Gedankengut zu bekämpfen«, »Jugendmedienschutz«, »Kampf gegen Rassismus«, »Abbau von geschlechtsspezifischen Beschäftigungsunterschieden«, »nachfolgenden Generationen zu vermitteln, daß Demokratie und Toleranz nicht selbstverständlich gegeben sind«, »Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte«, »Extremismusprävention«, »gegen rechtsextrems Gedankengut vorzugehen«, »Kampf gegen Diskriminierung«, »Kampf gegen Ausgrenzung«, »Auseinandersetzung mit dem Holocaust«.

Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu postulieren, erweist sich typischerweise dort als erforderlich, wo der Anspruch, ein gesellschaftlich allgemeines Interesse zu vertreten, fiktiver Natur ist und zur Bemäntelung höchst partikularer Interessen dient. Etwa dann, wenn der Deutsche Industrie- und Handelskammertag seinen Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben mit den Worten zitiert: »>Wir müssen weiter an einer Willkommenskultur für Zuwanderer arbeiten/ Das sei eine gesamtge-

AUFMARSCH

seilschaftliche Aufgabe. Politik, Kirche, Gewerkschaften, Wirtschaft - alle müßten ihren Beitrag leisten.«¹⁶

Hier verbinden sich also zwei Partikularinteressen: das der Wirtschaft an einem lohndrückenden Überangebot an billigen Arbeitskräften und das der potentiellen Einwanderer (Das Wort »**Zuwanderer**« ist bereits eine gezielte Verharmlosung.) an einer möglichst weitgehenden Öffnung der Grenzen. Damit diese Masseneinwanderung stattfinden kann, muß eine -»**Willkommenskultur**« etabliert, das heißt verhindert werden, daß gegenläufige Interessen wirksam vertreten oder auch nur artikuliert werden können, und da dies in einer Demokratie nicht ohne weiteres verhindert werden kann, müssen die Gewerkschaften sich dazu hergeben, gegen die Interessen ihrer Mitglieder eine Politik der offenen Grenzen zu propagieren, muß die Kirche - die an sich dazu da ist, die Menschen zu Gott zu führen - den verbliebenen Rest ihres moralischen Prestiges für denselben politischen, d.h. areligiösen Zweck mißbrauchen und hat die Politik den Wählerwillen zu mißachten und die Kräfte zu verfolgen, die diesen Willen zum Ausdruck bringen.

• AUFMARSCH

Wenn in aktuellen innenpolitischen Zusammenhängen das Wort »Aufmarsch« fällt, dann kann man sicher sein, daß von einem Vorgang die Rede ist, den man üblicherweise eine »Demonstration« nennt und nur dann als »Aufmarsch« bezeichnet, wenn die Veranstalter der politischen Rechten angehören. Dabei spielt es keine Rolle,

in welcher Form die jeweilige Demonstration tatsächlich stattfindet. Das Wort »Aufmarsch« beinhaltet oder suggeriert doch zumindest, daß hier uniformierte und gestiefelte Demonstranten in geschlossenen Marschblöcken sich als Bürgerkriegstruppe im Wartestand präsentieren und ihre Macht und Gewaltbereitschaft zur Schau stellen - eine Beschreibung, die auf die regelmäßig nur spärlich besuchten Kundgebungen gerade der äußersten Rechten in der Regel nicht zutrifft, wohl aber auf das Verhalten zahlreicher *Gegendemonstranten*, insbesondere des »Schwarzen Blocks« der extremen Linken, der sehr häufig die Gelegenheit zur Gewalt gegen Polizeibeamte nutzt und damit in der Tat als Bürgerkriegstruppe auftritt - freilich ohne daß ihre Demonstrationen deswegen mit dem treffenden Wort »Aufmarsch« bezeichnet würden.

Die de facto bestehende Einheitsfront zwischen der schreibenden Zunft, der politischen Klasse und der extremen Linken spiegelt sich in der Uniformität des von diesen Kräften verwendeten Vokabulars, das sich gerade durch seine offenkundige semantische Unangemessenheit als propagandistische Kampfsprache offenbart, die auch von Journalisten bedenkenlos gebraucht wird - also von Menschen, zu deren beruflichem Selbstverständnis der Anspruch auf Objektivität und die Verpflichtung zu einem treffenden, sorgfältigen und nicht irreführenden Sprachgebrauch gehört.

Dabei ist es nicht in jedem Einzelfall die böse Absicht, um des vermeintlich guten Zwecks willen das Publikum zu täuschen, die den Autoren die Feder führt. Oft genug führt die schiere Angst zur Vernachlässigung professio-

neller Standards: In einem Umfeld, in dem erwartet wird, daß man über Angehörige bestimmter politischer Richtungen grundsätzlich in einer diffamierenden Sprache schreibt, macht sich ein Journalist, der auch in solchen Zusammenhängen einfach saubere Arbeit leistet, von vornherein verdächtig, womöglich ein Sympathisant der betreffenden Richtung, mindestens aber ein unsicherer Kantonist zu sein, der es an Wachsamkeit im ->**Kampf gegen Rechts** fehlen läßt.

Es handelt sich um einen Geßlerhutbegriff, das heißt um ein Wort, das man benutzt, um die Unterwerfung unter bestimmte Loyalitätserwartungen zu demonstrieren. Charakteristisch für solche Begriffe ist, daß ihr Nichtgebrauch in Zusammenhängen, wo ihr Gebrauch erwartet wird, als Indiz für eine oppositionelle Gesinnung gewertet wird und daher als stigmatisierend gilt. Es ist dies einer der Mechanismen, mit denen die Freiheitsgarantien des liberalen Rechtsstaates entwertet und umgangen werden. *Offiziell* ist es niemandem verboten, eine Demonstration etwa der NPD als »Demonstration« und eben nicht als »Aufmarsch« zu bezeichnen - dies allerdings in demselben Sinne, in dem es vor achtzig Jahren auch niemandem offiziell verboten war, »Guten Tag« statt »Heil Hitler« zu sagen. Wer nicht unangenehm auffallen wollte, wußte, was er zu sagen hatte. Er weiß es auch heute. Um die vielbeschworene ->**Zivilcourage**, das heißt um die Bereitschaft zu demonstrativer und durch schieren Anstand gebotener Illoyalität gegenüber den illegitimen politisch-ideologischen Erwartungen von Machthabern ist es in der heutigen BRD kaum besser bestellt als unter Hitler - eher schlechter, wenn man be-

denkt, daß der heutige Staat bei weitem nicht über die totalitären Zwangsmittel des damaligen verfügt, die klebrige Mischung aus ideologischer Verblendung, Konformismus, Bequemlichkeit und Feigheit aber mindestens ebenso weit verbreitet ist und nicht durch die Furcht vor Konzentrationslagern entschuldigt werden kann.

- **AUSCHWITZ**

Es gibt Ortsnamen, die nicht so sehr geographische Begriffe als vielmehr Mythen und Symbole sind und durch ihre bloße Nennung Assoziationsnetze aktivieren, deren Ausläufer unter Umständen bis tief ins Unbewußte reichen und dabei erbauliche oder auch abschreckende Erzählungen, oft verbunden mit einer bestimmten Moral, transportieren:

Waterloo als Geschichte eines großen Sturzes, *Langemarck* als in einem Wort verdichtete Erzählung unbedingter Opferbereitschaft, *Hiroshima* als Sinnbild für das Vernichtungspotential von Atomwaffen. Manche dieser Namen verlieren im Lauf der Zeit ihren mythischen Klang (was war noch einmal in Langemarck?), manche werden im Zeitverlauf immer stärker aufgeladen, je nachdem, welche ->**Erinnerungskultur** gepflegt wird, das heißt, welcher Mythos den jeweiligen Machthabern als volkspädagogisch förderungswürdig gilt.

Aus der Sicht der Machthaber hat die mythische Verdichtung den Vorteil, sie vom Argumentationsdruck zu entlasten: Ist der Mythos erst einmal unter die Leute gebracht, so muß man ihn nur noch zitieren, um beim Publikum die gewünschten Gedanken, Gefühle und Ver-

haltensweisen hervorzurufen. Selbstredend ohne daß dieses Publikum sich darüber im Klaren wäre, daß es wie ein Pawlowscher Hund reagiert, daß seine Reaktionen alles andere als rational, die Verbindung zwischen Reiz und Reaktion keineswegs durchdacht ist.

Wenn es Reaktionen - und zwar tief emotionale, unerschütterliche - Reaktionen gibt, die man quasi per Knopfdruck aktivieren kann, wäre es ein Wunder, wenn Politiker der Versuchung widerstehen könnten, diesen Knopf tatsächlich zu drücken.

Und so brauchte es niemanden zu wundern, daß die Parole »Nie wieder Auschwitz« 1999 von Joschka Fischer herangezogen wurde, um den Kosovokrieg zu rechtfertigen. Er mußte dies tun: Weder das Völkerrecht noch die Interessen Deutschlands gaben einen hinreichenden, rational begründbaren legitimen Kriegsgrund her. Wer den Krieg trotzdem wollte - wie etwa die Vereinigten Staaten und die deutschen Sachwalter amerikanischer Interessen -, mußte eine Parole finden, die zuverlässig jede Ratio ausschaltete und jede Kritik im Keim erstickte.

Daß gerade der Name »Auschwitz« (der pars pro toto für die Ermordung von Juden unter der Herrschaft der Nationalsozialisten steht) zu einem solchen Zweck geeignet war, ist eine Wirkung jahrzehntelang systematisch betriebener Geschichtspolitik, die unter Dutzenden von Völkermorden des zwanzigsten Jahrhunderts gerade diesen in perverser Weise privilegierte. Während die millionenfachen Morde Stalins oder Maos oder auch der türkische Völkermord an den Armeniern - um nur diese Beispiele zu nennen - von der Geschichtsschreibung kritisch, aber doch sachlich und ohne politisch-

moralische Konnotationen erforscht werden, wurde »Auschwitz« zum Inbegriff des *absolut Bösen* gemacht. Da dergleichen nicht zufällig geschieht, sondern nur unter Beteiligung der ideologieproduzierenden Industrie - Politik, Medien, religiöse Organisationen, Universitäten, Schulen - möglich ist und diese keineswegs interessenneutral agiert, stellt sich die Frage, welchen Interessen (bzw. der Bekämpfung welcher Interessen) gerade eine *solche* ->**Erinnerungskultur** dient.

Zum einen wird dadurch ein ganz bestimmtes Land, nämlich Deutschland, im Zustand ständiger Erpreßbarkeit gehalten, und dies um so mehr, als dessen führende Politiker nicht müde werden, sich immer dann auf die »Last der Vergangenheit« zu berufen, wenn es - etwa bei der Euro-Rettung - Maßnahmen zu legitimieren gilt, die ganz offensichtlich gegen die Interessen des eigenen Landes gerichtet sind und darauf abzielen, dieses Land zugunsten anderer Länder auszuplündern.

Zweitens werden dadurch die Legitimitätsdefizite der BRD ein wenig ausgeglichen, die ungeachtet ihres demokratischen Selbstverständnisses bekanntlich keine Gründung des deutschen Volkes, sondern eine der Alliierten war. Demselben Joschka Fischer, der Auschwitz bemühte, um den Kosovokrieg zu rechtfertigen (und um damit, wie wir zu seinen Gunsten annehmen wollen, seine Gewissensbisse zu beruhigen), wird der Satz zugeschrieben, Auschwitz sei »der Gründungsmythos der Bundesrepublik«. Es spricht Bände, daß die geschichtspolitische Verteufelung des Dritten Reiches in dem Maße zunahm, in dem die BRD ihre Fähigkeit verlor, sich durch eigene wirtschaftliche Erfolge zu legiti-

mieren. Es ist ein ganz und gar ungewöhnlicher Vorgang, daß der nüchterne geschichtswissenschaftliche Blick auf eine bestimmte Epoche mit wachsendem zeitlichem Abstand nicht etwa leichter, sondern immer schwieriger und zudem durch drakonische Meinungsgesetze noch bewußt erschwert wird. Dieser Staat ist nicht nur seinem Selbstverständnis nach, sondern ganz objektiv eine Gegenründung zum Dritten Reich, der eben daraus ein Gutteil seiner Legitimität bezieht, und je mehr sich das Bild der BRD verdüstert, desto verzweifelter muß sie darum kämpfen, aus der historischen Kontrastfolie alle Grauschattierungen zu tilgen und sie schwarz in schwarz zu malen.

Drittens: Wenn Auschwitz für das *absolut* Böse steht, wird damit eine *Religion* etabliert, die jede andere *relativiert*. Es handelt sich um eine Religion ohne Gott und Erlösung, aber mit einem im Diesseits wirkenden Bösen, zu dessen Bekämpfung alle Mittel, auch solche, die ihrerseits böse (aber ideologieimmanent eben nur *relativ* böse) sind, erlaubt sind. Der Nationalsozialismus ist Geschichte, aber die Hitlers vermehren sich in dem Maße, wie es Politiker und politische Kräfte gibt, die man ausschalten will - das kann Gaddafi sein oder Saddam Hussein oder wer auch immer. Es kann auch der innenpolitische Gegner sein, sofern dieser der Meinung ist, die Interessen des deutschen Volkes vertreten zu dürfen, da diese durch Auschwitz für alle Zeiten delegitimiert sind. Es handelt sich um eine Religion nicht nur ohne Gott und Erlösung, ohne Trost und Hoffnung, sondern auch ohne Moral. Um eine Religion, die das Gewissen nicht schärft, sondern ausschaltet und die den Menschen nicht in eine Beziehung zu Gott rückt

und damit der Verfügbarkeit durch weltliche Machthaber entzieht, sondern sein Gewissen der Manipulation durch eben diese Machthaber zur Verfügung stellt.

• **AUSGRENZUNG**

Einer weitverbreiteten Denkfigur zufolge (also einer, die nicht nur weitverbreitet *ist*, sondern auch weit verbreitet *wurde*), sind Grenzen jeglicher Art etwas, das es zu beseitigen gilt. Ob diese von weiten Teilen der sogenannten⁷ gebildeten Schichten verinnerlichte Feindseligkeit gegenüber Grenzen schlechthin eine gute Idee ist, mag man füglich bezweifeln. Von ihr betroffen sind nämlich Grenzen aller Art, also unter anderem Staatsgrenzen, soziale Grenzen, Schamgrenzen, Anstandsgrenzen und Grenzen des guten Geschmacks. Bevor man sich forsch an deren Beseitigung macht, sollte man einen Moment innehalten und sich fragen, warum es Grenzen überhaupt gibt und was sie geleistet haben und leisten.

Die alltöglichste Art von Grenze, mit der wir täglich umgehen, ohne uns dessen bewußt zu sein, ist die *Definition* (von lateinisch *finis* = Grenze, Ende). Jedes Wort, das wir verwenden, beruht, ob es uns nun bewußt ist oder nicht, auf einer solchen *Abgrenzung* seiner Bedeutung zu allem, was nicht gemeint ist. Solche Definitionen können durchaus Gegenstand politisch motivierter Manipulation sein, wie gerade im vorliegenden Buch ausführlich dargelegt wird, aber diese Manipulation ist die subtile Änderung einer Definition, nicht die Abschaffung von Definitionen schlechthin - auf der Basis Undefinierten Vokabulars könnte man schlicht nicht kommunizieren.

Grenzen jeglicher Art bedeuten die Unterscheidung des Dazugehörigen vom Nichtdazugehörigen und sorgen dafür, daß die Gesellschaft so etwas wie eine Struktur hat. Bestünde die Gesellschaft nur noch aus Menschen, die jegliche Begrenzung ihres Hedonismus ablehnen, also keine Unterscheidung zwischen ge- und verbotenen, anständigen und unanständigen, sozial erwünschten und unerwünschten Handlungen für sich gelten ließen, so wäre die Folge der völlige Verlust an sozialer Erwartungssicherheit, die Atomisierung, letztlich der Zerfall von Gesellschaft schlechthin.

Es liegt mithin eine gewisse Logik darin, daß jegliche Gesellschaft - sofern sie an ihrer eigenen Fortexistenz interessiert ist - dazu tendiert, die Einhaltung ihrer Spielregeln zu honorieren und die Nichteinhaltung mit sozialen Sanktionen zu belegen. Zu diesen Sanktionen gehört unter anderem, daß man bei Nichteinhaltung Gefahr läuft, an die soziale Peripherie gedrängt zu werden. Man kann dies, wenn man will, -»»**Diskriminierung**«« nennen - was nichts anderes als »Unterscheidung«, letztlich also »Grenzziehung« bedeutet. Statt dieses neutralen Begriffs oder auch dem der »Abgrenzung« zieht die vorherrschende Sprache jedoch die pejorative Formel »Ausgrenzung« vor und verwischt damit den Unterschied zwischen einer unterscheidenden, aber überschreitbaren, und einer hermetisch abschließenden Grenze, deren Überschreitung dem Betroffenen von vornherein unmöglich gemacht werde.

Dies *kann* im Einzelfall so sein und kann dann auch seinen guten Sinn haben, etwa im Fall einer Staatsgrenze, die zur Aufrechterhaltung der Souveränität ei-

nes Staates da ist. Diese Souveränität äußert sich nicht zuletzt darin, daß es dem Staat erlaubt ist, nach Gutdünken zu entscheiden, wer ins Land kommen darf und wer nicht, und dabei zwischen Staatsangehörigen und Nicht-Staatsangehörigen zu unterscheiden.

Genau diese Unterscheidungen, die zu treffen bereits aus Gründen der -»**Staatsraison** nötig ist, sind das Angriffsziel, das mit dem Begriff »Ausgrenzung« aufs Korn genommen wird. Der Gedankengang ist ungefähr dieser: Wenn der Staat die Einwanderung von Menschen aus bestimmten Ländern und Kulturen beschränkt, gibt er damit zu, daß es Einwanderergruppen gibt, deren massenhafte Einwanderung problematisch ist, weil ihr Verhalten vielleicht nicht in jedem einzelnen Fall, aber doch typischerweise zu sozialen Folgeproblemen führt. Damit aber, so der Gedankengang weiter, würden diejenigen Angehörigen der betreffenden Gruppen »ausgegrenzt«, die bereits eingewandert sind. Da dies auf keinen Fall geschehen darf, dürfe der Staat solche Unterscheidungen nicht treffen, weil sonst die »Integration« - Gegenbegriff zur »Ausgrenzung« - nicht stattfinden könne.

In Wahrheit stehen »Ausgrenzung« (wenn wir sie denn so nennen wollen) und -»**Integration**« (im richtig verstandenen Sinne, nämlich im Sinne der Einbindung in ein *integres* soziales Ganzes) in einem dialektischen Wechselverhältnis zueinander: Tatsächlich sind »Ausgrenzung« und »Diskriminierung« »in jeder nur erdenklichen Art von menschlicher Gemeinschaft universell beobachtbar. Das fängt bei Schulklassen an, in denen der >Neue<, wenn er das große Wort zu führen versucht,

sich schnell unbeliebt macht, reicht bis hin zu ganzen Völkern, und ist selbst in linken Organisationen eine alltägliche Erscheinung, also genau dort, wo man sich nicht genug darüber aufregen kann, daß der >Stammtisch< auf >Etabliertenvorrechten< beharrt.

Es ist auch leicht zu zeigen, warum das so ist: Wir haben gesehen, daß menschliche Gesellschaft einen Konsens über die Wir-Gruppe und die in ihr geltenden Spielregeln voraussetzt. Wer diese Regeln nicht akzeptiert, gefährdet diesen Konsens, und gefährdet letztlich auch die Wir-Gruppe in ihrer Existenz. Um ihre Stabilität aufrechtzuerhalten, ist die Gruppe gezwungen, den Außenseiter so lange auszugrenzen, also als Nicht-Dazugehörigen zu behandeln und ihm ihre Solidarität zu verweigern, bis er sich anpaßt und eingliedert.

Diese Diskriminierung geschieht nicht deshalb, weil Sozialwissenschaftler es gutheißen, oder weil Wer-auch-immer es vorschreibt, und es geschieht selbst dann, wenn Sozialwissenschaftler es kritisieren. Es geschieht, weil es ein in Jahrtausenden (wahrscheinlich genetisch) verinnerlichtes menschliches Verhaltensprogramm ist. Es handelt sich um eine evolutionär bewährte Lösung des Problems, wie man soziale Regeln, wie man Gesellschaft aufrechterhält. Wäre dem nicht so, dann müßte es mit überwältigender Wahrscheinlichkeit irgendwo auf der Welt eine Gesellschaft geben, die so etwas wie >Etabliertenvorrechte< nicht kennt. Eine solche Gesellschaft gibt es nicht.

Dies bedeutet unter anderem, daß die anfängliche Diskriminierung des Nichtetablierten die Voraussetzung für dessen Integration ist.«¹⁸

Es ist eine unhintergehbare Konstante menschlicher Gesellschaften, daß es Zentrum und Peripherie gibt und geben muß, und wer gegen »Ausgrenzung« schlechthin polemisiert, zeigt damit nur, daß er nicht offenlegen möchte, nach welchen Kriterien *er selbst* ausgrenzt.

Es ist ja keineswegs so, daß diejenigen, die »Ausgrenzung« verteufeln, nun ihrerseits auf solche Ausgrenzungen verzichten würden. Wer die Unterscheidung zum Beispiel zwischen Deutschen und Nichtdeutschen (egal ob im ethnischen oder im staatsbürgerlichen Sinne) für verwerflich hält, bemüht sich seinerseits darum, Menschen, die diese Unterscheidung vornehmen, an die soziale Peripherie zu drängen, nennt dies dann aber selbstredend nicht »Ausgrenzung«, sondern -»**Kampf gegen Rechts**«. Ausgrenzende Gruppenbildung findet also sehr wohl statt, nur eben nicht nach rechtlichen oder ethnischen, sondern nach ideologisch-politischen Kriterien.

Spätestens an diesem Punkt ist der Begriff »Ausgrenzung« als Teil eines politischen Kampfvokabulars erkennbar, das sich - typisch für den hiesigen »Diskurs« - nicht als solches zu erkennen gibt, sondern sich mit vermeintlich unpolitischen, moralisch-humanitären Phrasen tarnt, um unter dieser Tarnung um so fröhlicher einen rein politischen Machtkampf zu führen.

Eine Gesellschaft, die sich dieses Vokabular und die damit verbundene Ideologie aufzwingen läßt, hört nicht auf, nach Zentrum und Peripherie geschieden zu sein. Eher verschärft sie diese Unterscheidung noch bis hin zum Ausschluß der Betroffenen aus dem gesellschaftlichen Leben. Man sollte sich darüber im Klaren sein,

BEFREIUNG

wohin eine Ausgrenzung nach gerade *diesen* Kriterien führen muß: Wenn nämlich die Bejahung überkommener Solidargemeinschaften ein Ausschlußgrund ist, noch dazu der einzige, den die Gesellschaft sich überhaupt leistet, dann gehen die Grundstrukturen der Gesellschaft zugrunde, und dann wird als deren allerletzte - brüchige - Klammer nur noch der ideologische Konformismus übrigbleiben, der eben deshalb immer brutaler, immer verzweifelter und mit immer fadenscheinigeren Rechtskonstruktionen erzwungen werden muß.

- **BEFREIUNG**

Zu den wenigen Ideologemen, über die während des Kalten Krieges zwischen BRD und DDR Konsens bestand, gehört die These, durch die Kapitulation der deutschen Streitkräfte am 8. bzw. 9. Mai 1945 sei Deutschland »befreit« worden.

Eine erstaunliche Behauptung, wenn man bedenkt, daß diese sogenannte Befreiung mit Massenvergewaltigungen deutscher Frauen, der Vertreibung von Millionen Deutschen aus ihrer Heimat, dem massenhaften Sterben deutscher Kriegsgefangener in alliierten Gefangenenlagern und der willkürlichen Inhaftierung, Verschleppung und Ermordung von deutschen Bürgern verbunden war, denen man in der Regel kaum mehr als ihre Gesinnung vorzuwerfen hatte - oft genug auch nicht einmal die: Die Anzahl der Menschen, die aufgrund bloßer Verwechslungen oder unbegründeter Denunziationen in alliierte Konzentrationslager⁹ gesperrt wurden, wird nie mehr zu ermitteln sein, dürfte aber sehr hoch liegen, allein

schon, weil Gerichtsverfahren von vornherein nicht vorgesehen waren. Bedenkt man dann noch die umfangreichen Demontagen von Produktionsanlagen, den massenhaften Raub von Patenten und sonstigem geistigem Eigentum, den Verlust der deutschen Staatlichkeit und den Übergang der faktischen Staatsgewalt auf auswärtige Mächte, die nicht einmal *beanspruchten*, im Interesse der Deutschen zu handeln, die Einsetzung von Teilstaaten, die - einem treffenden Wort des Sozialdemokraten Carlo Schmid zufolge - »Organisationsform(en) einer Modalität der Fremdherrschaft« waren, die systematische Bevorzugung labiler und gestörter Persönlichkeiten als Kern der künftigen deutschen Medieneliten (mit Auswirkungen bis heute), und die Tatsache, daß die Liste der Drangsalierungen, denen die Deutschen vom Tag der Kapitulation an ausgesetzt waren, damit alles andere als vollständig ist, dann bekommt das Wort »Befreiung« im Zusammenhang mit den Ereignissen des Mai 1945 einen geradezu orwellischen Klang.

Ein solcher Sprachgebrauch, der dem gesunden Menschenverstand offenkundig ins Gesicht schlägt, ist nur auf der Basis hochkomplexer Ideologien möglich, deren Sinn gerade in der Ausschaltung des gesunden Menschenverstandes besteht. Zwar unterschieden sich die marxistische Ideologie der DDR und die liberale der BRD voneinander; dies aber in einem Sinne, der ihre Gemeinsamkeiten und deren Absurdität eher noch unterstrich: Die These von der »Befreiung« wurde auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs dahingehend differenziert, daß der jeweils *andere* Teil Deutschlands bestenfalls *ein bißchen* befreit worden sei. »Frei« im Sinne der gemeinsa-

BENACHTEILIGTE

men Metaideologie beider deutscher Staaten (heute des linken und des liberalen Spektrums) ist nicht etwa ein Volk, das sein eigenes Schicksal kontrolliert, sondern eines, das die »richtige« - nämlich dem Weg zu einer bestimmten Weltordnung dienliche - innere Ordnung hat, und müßte man ihm diese Ordnung mit Bomben und Konzentrationslagern aufzwingen.

• BENACHTEILIGTE

Von Benachteiligten spricht man in Zusammenhängen, in denen man früher von Armen, sozial Schwachen, Angehörigen der unteren Schichten und dergleichen gesprochen hätte. Oft wird explizit hinzugefügt, daß nicht *irgendwie*, sondern *sozial* Benachteiligte gemeint sind. Was aber augenscheinlich nur eine Bezeichnung für die soziale Lage der genannten Personen ist, enthält bei näherem Hinsehen eine Ursachenbehauptung und Schuldzuweisung: Das Wort »benachteiligt« ist ein Partizip. Wo es einen *Benachteiligten* gibt, muß es auch einen *ihn Benachteiligenden* geben; dies zumindest wird suggeriert. Eine ungünstige soziale Lage ist also weder Schicksal, noch kann sie auf eigene Unzulänglichkeiten oder Fehler des Betroffenen zurückzuführen sein: Ein Benachteiligter ist schließlich jemand, dem ein Unrecht zugefügt wurde, und da dieses »Unrecht« darin besteht, daß es *überhaupt* Menschen gibt, die besser gestellt sind als er selbst, kann es nicht enden, solange nicht alle sozialen Unterschiede aus der Welt geschafft sind, ist alles, was der Korrektur dieses »Unrechts« dient, von vornherein in einem höheren Sinne legitim, auch wenn es das *in sich*

keineswegs ist, kann jeder, der sich diese Korrektur zum Ziel setzt (und das sind in der Regel nicht die Betroffenen selbst), sich selbst als Robin Hood und seine Gegner als den Sheriff von Nottingham darstellen und sich dadurch von Anstands- und sogar von Rechtspflichten entbinden; und gibt es demgemäß politische Kräfte, die ein Interesse daran haben, von »Benachteiligten« und nicht einfach von »Armen« zu sprechen.

- **BEREICHERUNG**

Es gibt viele Dinge, von denen man sich bereichert fühlen kann, aber nur wenige, von denen man sich bereichert fühlen *soll* - und dies auch dann, wenn man nicht recht zu erkennen vermag, worin die »Bereicherung« eigentlich besteht und deshalb zu dieser vermeintlichen Einsicht überredet werden muß. Dies kann auf subtile (->>»Zuwanderung«) oder auf plumpe, muß aber in jedem Fall auf stereotype Weise geschehen: Worte, die - auf den ersten oder doch spätestens zweiten Blick - offenkundig unangemessen sind, werden in bestimmten Zusammenhängen so oft wiederholt, bis das Publikum durch Abstumpfung dazu gebracht wurde, mit den Worten auch ihren Inhalt zu akzeptieren.

Der ehemaligen Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Maria Böhmer, »deren tantenhafter Habitus ihren Bonmots erst so richtig die aufreizende Würze verleiht« (Martin Lichtmesz),²⁰ und die für die subtilen Manipulationen zu einfachen Geistes sein dürfte, verdanken wir einen Klassiker plumper BRD-Sprache: »Diese Menschen mit ihrer vielfältigen Kultur, ihrer

Herzlichkeit und ihrer Lebensfreude sind eine Bereicherung für uns alle.«²¹

Da ist sie, die *Bereicherung*-, und da ein Unwort selten allein kommt, kommt sie aus dem Munde einer -»»Integrations«-Beauftragten Hand in Hand mit den -»»Menschen«, der -»»Vielfalt« und der -»»Kultur«. Daß hier gedankenlos Phrasen gedroschen werden, erkennt man daran, daß Frau Böhmer, die in diesem Zusammenhang ausdrücklich nur von *türkischen* Einwanderern spricht, deren »vielfältige Kultur« rühmt. Die »Vielfalt« entsteht also nicht etwa dadurch, daß die türkische Kultur auf die deutsche trifft: Die türkische Einwanderergemeinde, so müssen wir Frau Böhmer wohl verstehen, ist *in sich* schon so vielfältig, daß sie uns Deutsche gar nicht mehr nötig hat. Im Hinblick auf die türkisch-kurdische Bipolarität mag dies sogar zutreffen. Da aber weder die Türken, noch die Kurden dieser Art von Vielfalt sonderlich froh zu werden scheinen, ist sie ein erstklassiges Argument *gegen* den Multikulturalismus, nicht dafür.

Die ständige Rede von der -«»Bereicherung«, die die Deutschen der Masseneinwanderung verdankten, enthält bereits ihr eigenes Dementi: Niemand, der *wirklich* bereichert wird, braucht durch immer gleiche Worthülsen überredet zu werden, diese Bereicherung als solche zu erkennen. Keine Lottozentrale wird den glücklichen Millionengewinner eindringlich darauf hinweisen, daß er sich doch bitteschön der ihm zuteil gewordenen Bereicherung als solcher bewußt sein möge.

Es fällt schwer, sich nicht an die DDR erinnert zu fühlen, in der jedem noch so schreienden Mißstand eine ihn

rundweg leugnende Parole gegenüberstand, und vielleicht ist es kein Zufall, daß der Gebrauch plumpester Propagandaphrasen ohne jeglichen Realitätsbezug einen Höhepunkt unter der Kanzlerschaft einer Frau findet, die ihre politische Grundausbildung in der FDJ erhalten hat, dem Vernehmen nach als Sekretärin für Agitation und Propaganda.

- **BEVÖLKERUNG**

Dem Wortsinne nach ist eine Bevölkerung keine Personengesamtheit, sondern ein *Vorgang*, nämlich der des *Bevölkerns*, und es liegt eine gewisse subtile Logik darin, daß der altehrwürdige Begriff »Volk« gerade in dem Moment aus der politischen Sprache der BRD verschwindet, in dem Deutschland, wie alle anderen Länder des Westens, von Menschen *bevölkert* wird, die bzw. deren Verfahren aus ganz anderen Weltgegenden stammen.

Daß der Begriff des *Volkes* eine besondere Sprengkraft hat, mußten zuletzt die Machthaber der DDR erfahren, die unter der Parole »Wir sind das Volk!« gestürzt wurden. Offenbar haben ihre Nachfolger in der BRD kein Interesse daran, diese Erfahrung zu teilen, und offenbar haben sie ein feines Gespür für das, was sie ideologisch stets abstreiten, nämlich daß ein Volk eine *Solidargemeinschaft* ist, die nur deswegen, *weil* das so ist, kollektiv handeln und gegebenenfalls auch Machthaber stürzen kann. Kein Volk - keine Solidarität. Keine Solidarität - keine Gefahr.

Als der nordrhein-westfälische Landtag 2010 in einer Resolution befürwortete, Ministern in Zukunft kei-

nen Eid auf »das Wohl des deutschen Volkes« mehr abzunehmen", und dies ausdrücklich damit begründete, andernfalls würden Migranten ausgegrenzt, gaben die Abgeordneten damit zu, daß Migranten nach ihrer Auffassung per definitionem nicht zum deutschen Volk gehören und daß sie, die Politiker, das Ziel, Einwanderer ins deutsche Volk zu integrieren, aufgegeben hatten, sofern es überhaupt je verfolgt worden war. Was die politische Klasse der BRD freilich keineswegs daran hindert, immer mehr dieser Einwanderer, von denen sie zugibt, daß sie nicht integriert werden können oder sollen, ins Land zu holen. -»»**Integration**«: Das bedeutet entweder die Aufnahme der Einwanderer in ein *integres* Ganzes, nämlich das deutsche Volk, oder es bedeutet überhaupt nichts. Integration soll nicht stattfinden, und einem *Volk* will die politische Klasse der BRD sich nicht mehr gegenübersehen, mit ihm will sie nichts mehr zu tun haben.

Da die BRD aber den Anspruch erhebt, ein demokratisches Staatswesen (von *demos* = Volk) zu sein, gerät besagte politische Klasse in eine gewisse Verlegenheit: Sie kann zwar im Sinne eines kalten Staatsstreichs Fakten schaffen, indem sie den Rat umsetzt, den Bertolt Brecht nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 der SED-Regierung gab, nämlich das Volk aufzulösen und sich ein neues zu wählen. Sie kann aber nicht *zugeben*, daß sie das tut. Sie ist darauf angewiesen, die Demokratie wenigstens als Fiktion aufrechtzuerhalten. Sie braucht das Wort »Volk«, aber weil dieses Wort so gefährlich ist wie das, wofür es steht, läßt sie es von einem Wachkommando aus einer Vor- und zwei Nachsilben eskortieren: Fertig ist die »Bevölkerung«.

Daß sie mit einem derart plumpen Manöver allerdings durchkommt, wäre kaum zu erklären, wenn die BRD nicht schon seit 1949 eine Art Demokratiesimulation wäre: eine »Demokratie«, deren Repräsentanten finden, das Volk habe sich *ihres* Vertrauens als würdig zu erweisen, welches Volk sich aber gleichwohl als »Souverän« umschmeichelt sieht, und die sich in den gut sechzig Jahren ihres Bestehens den ihr gemäßen Bürgertyp herangezogen hat, nämlich den Demokratiesimulanten.

Wer dies nicht glauben möchte, stelle sich einen Moment lang den Galgen vor, an dem amerikanische Politiker hängen würden, wenn sie es wagten, die amerikanische Verfassung nicht mehr mit »We the People«, sondern mit »We the Population« einzuleiten.

- **BRAUN**
-»Nazi

- **BÜNDNIS, BREITES**

Wenn in der Zeitung von einem »breiten Bündnis« die Rede ist, richtet sich ein solches Bündnis in zwei von drei Fällen dagegen, daß Andersdenkende ihre Meinung sagen und dafür auf die Straße gehen können. In aller Regel wird zu diesem Zwecke zum Rechtsbruch aufgerufen. Kein Wunder, daß der, der solches plant, es nötig hat, die »Breite« seines »Bündnisses« zu betonen, um die Qualität seines Handelns - nämlich illegal zu sein - durch die Quantität der Gleichgesinnten zu rechtfertigen (mit der es in Wahrheit freilich meist auch nicht besonders

weit her ist). Mit einem liberalen Demokratieverständnis, zu dem - und zwar zentral! - das Recht auf Dissens gehört, hat eine solche Einstellung nichts zu tun. Es handelt sich vielmehr um ein jakobinisches bzw. bolschewistisches Demokratieverständnis, wonach es gegenüber einer - womöglich nur fingierten oder usurpierten - *volonté générale* kein Recht auf Dissens gibt.

Einen gewissen Wahrheitsgehalt wird man der Formulierung »breites Bündnis« normalerweise nicht absprechen können: Sie haben zwar nicht *viele* Anhänger, wohl aber umfaßt die Unterstützerszene in aller Regel einen erheblichen Teil des etablierten Spektrums bis hin zu den sogenannten bürgerlichen Parteien (-»**Antifaschismus**«), das heißt, es herrscht ein Konsens nicht unbedingt der Anhänger, wohl aber der Aktivisten und Funktionäre scheinbar unterschiedlichster politischer Richtungen, die Entstehung erfolgsträchtiger politischer Konkurrenzorganisationen nicht mit dem legitimen Mittel des Arguments, sondern mit den ganz und gar illegitimen Mitteln von Rechtsbruch, Nötigung und Gewalt zu verhindern.

Wir haben es, anders gesagt, mit einem in der Verfassung nicht vorgesehenen Machtkartell politischer Kräfte zu tun, die sich selbst das Kollektivmonopol auf die Ausübung politischer Rechte und Wahrnehmung politischer Interessen zusprechen und sich zu diesem Zweck schon einmal über das Gesetz hinwegsetzen. Es versteht sich von selbst, daß Vertreter insbesondere der Unionsparteien nicht selbst zum Pflasterstein greifen, sondern diese Schmutzarbeit den bewährten Kräften der links-extremen kriminellen Szene überlassen. Der für beide

Seiten immerhin peinliche Sachverhalt, daß die extreme Linke als nützliche SA der Bourgeoisie auftritt, wird mit viel wechselseitiger Polemik unter den Teppich gekehrt, das Publikum hinters Licht geführt.

Es bedarf hierzu nicht einmal irgendwelcher Absprachen: Die jeweiligen Partikularinteressen relativ kleiner, geradezu winziger Akteursgruppen führen ganz von alleine dazu, zwischen ihnen das zustande zu bringen, was sie dann ein »breites Bündnis« nennen.

- **BÜRGER, MÜNDIGE**

Paradoxerweise wird die Formulierung »mündige Bürger« regelmäßig im Zusammenhang mit staatsbürgerlicher Erziehung, das heißt politischer Bevormundung gebraucht. Ob ein Bürger aber im politischen Sinne mündig, das heißt zu einem eigenen Urteil fähig und imstande ist, daraus eigenständig Konsequenzen zu ziehen, läßt sich gerade nicht an staatskonformem, sondern besser an nonkonformem Verhalten ablesen. Selbstredend sind nicht nur Systemgegner politisch mündig, aber sie sind die Einzigen, deren Ansichten außerhalb des von den Herrschenden gewünschten Spektrums liegen, mithin vermutlich nicht durch opportunistische Anpassung zustande gekommen sind: Etwaige Fesseln kann nur der spüren, der gegen sie aufbegehrt. Da kein Staat und keine politische Klasse den Revolutionär als Leitbild postulieren, ist die Forderung nach dem mündigen Bürger aus ihrem Munde Heuchelei. Freilich ist diese Art von Heuchelei einem Staat angemessen, in dem die Demokratie von Beginn an eine Veranstaltung von oben war und die

Freiheit darin bestand, wollen zu *dürfen*, was man wollen *sollte*.

- **BUNT**

Kaum jemand hätte sich wohl vor zwanzig Jahren vorstellen können, welche Karriere einmal das Wort »bunt« machen würde: Wer in der meistbenutzte Suchmaschine nach »bunt« sucht, stößt nicht etwa auf die Beschreibung von Kindergeburtstagsfeiern, sondern überwiegend auf Webseiten, die einen politischen Anspruch erheben, dabei aber reichlich stereotyp (in jedem Fall aber alles andere als bunt) daherkommen: unter anderem »München ist bunt«, »Weiden ist bunt«, »Bad Nenndorf ist bunt«, »Gräfenberg ist bunt«, »Vorpommern ist bunt« - und damit sich auch ja niemand falsche Vorstellungen macht, was unter der erwünschten »Buntheit« zu verstehen ist, folgen Vokabeln, von denen viele in diesem Wörterbuch vertreten sind: »Weltoffen, demokratisch, bunt«, »Gesicht zeigen«, »Bündnis gegen Rechtsextremismus«, »Gräfenberger Menschenrechts- und Demokratieerklärung« (ein bißchen Größenwahn darf auch dabei sein).

Den Initiatoren scheint nicht aufzufallen oder es scheint sie nicht zu interessieren, daß ein Land, in dem der Wille zur »Buntheit« den zum Überleben verdrängt, nicht überleben wird; daß eine »Buntheit«, die in München dieselbe ist oder sein soll wie in New York, Peking oder Istanbul, nicht weniger als die Utopie einer völligen Uniformierung des Planeten enthält und zu einer Welt führt, in der man ohne Navigationsgerät nicht einmal weiß, in welchem Land man sich befindet, in der also

die reale Vielfalt (im Gegensatz zur ideologisch karikierten »Vielfalt«) einer uniformierten »Buntheit« weichen muß; daß derjenige, der sich infantilen Vokabulars bedient, und dies in Zusammenhängen, in denen es um die Zukunft eines ganzen Landes geht, von erwachsenen Menschen nicht ernstgenommen werden kann; und daß diejenigen, die so reden, den Bewohnern eines Hauses gleichen, die über den Fassadenanstrich diskutieren, während die Fundamente bröckeln.

Ein Staat, in dem bis hin zum Bundespräsidenten alle vermeintlich seriösen Meinungsmultiplikatoren in stereotyper Weise eine solch kindische Kitschsprache sprechen, ist zum Tode verurteilt.

- **DEESKALATION**

Bedeutet die Unterbrechung von Teufelskreisen und Rückkopplungen im Kontext von Konflikten. Eine Strategie der Deeskalation setzt also einen symmetrischen Konflikt zwischen Parteien voraus, die an dem Konflikt als solchem kein Interesse haben und lediglich subjektiv aufrichtig auf die Provokationen der Gegenseite eine angemessene Antwort geben zu müssen glauben. Entsprechend problematisch und irreführend ist ein solcher Begriff folglich dort, wo eine solche Konstellation gar nicht gegeben ist, der Begriff sie aber suggeriert.

Wenn daher die Polizei - auf Geheiß der politischen Führung hin - »Deeskalationsteams« zu politischen Demonstrationen schickt, und zwar zu Demonstrationen, deren meist linksextreme Initiatoren es eingeständenermaßen darauf anlegen, Straßenschlachten zu entfesseln,

DEKONSTRUKTION

dann übernimmt sie implizit die Propagandaklischees der extremen Linken von der »maßlosen Polizeigewalt«, die nach Jahrzehnten »revolutionärer Maidemonstrationen« kaum noch einer glauben würde, wenn nicht der Staat selbst in vorausseilendem Gehorsam gegenüber den zementierten ideologischen Denkmustern von Medien und Politik zumindest eine Teilschuld auf sich nähme und dadurch politisch motivierte Gewaltverbrecher im gleichen Maße von ihrer Verantwortung entlastete.

- **DEKONSTRUKTION**

Die »Dekonstruktion« (von Begriffen) setzt voraus, daß man diese Begriffe als »Konstrukte«, also als Ergebnis eines Konstruktionsprozesses auffaßt und »entlarvt«; »Dekonstruktion« ist demnach die Umkehrung dieses Prozesses. So einfach steht es zwar nicht in den philosophischen Lehrbüchern, aber dies ist der Gebrauch, der von der Idee der Dekonstruktion faktisch gemacht wird.

Es handelt sich um den Versuch, mißliebige Wirklichkeiten dadurch um Verschwinden zu bringen, daß man die sie beschreibenden Begriffe zu »Konstrukten« erklärt. Dabei werden drei Aspekte regelmäßig unterschlagen:

Erstens ist ausnahmslos *jeder* Begriff, dessen wir uns bedienen, ein »Konstrukt« im Sinne des notwendig unvollkommenen Versuchs, Strukturen der wirklichen Welt im Geiste nachzubauen und zu benennen. Ohne solche »Konstrukte« wäre jede Kommunikation, auch die der leidenschaftlichsten Dekonstruktoren untereinander, buchstäblich unmöglich. Dekonstruktion ist also nicht der Versuch, sich einer nichtkonstruierten Begriff-

lichkeit zu bedienen, wohl aber der Versuch, eben dies zu *suggestieren*. Wer nämlich die Argumentation eines Andersdenkenden mit der - immer und überall zutreffenden, deswegen aber trivialen - Behauptung zu widerlegen versucht, die dabei verwendete Begrifflichkeit beruhe auf Konstrukten, nimmt für die eigene Argumentation implizit das Gegenteil in Anspruch.

Zweitens oblag die Konstruktion von Begriffen in der Vergangenheit nicht einer darauf spezialisierten Ideologieindustrie: Begriffe bilden sich normalerweise im Rahmen sozialer Prozesse spontan, d.h. ohne darauf abzielende Planung heraus. Und sie bilden sich dann und in dem Maße, wie ein zwischenmenschlicher Konsens besteht, daß sie einen Aspekt der Wirklichkeit sinnvoll beschreiben.

Dekonstruktion ist der Versuch, diese spontan von unten vollzogene und in diesem Sinne demokratische Begriffsbildung durch eine ideologisch gesteuerte, d.h. durch einen Herrschaftsdiskurs zu ersetzen. Wenn etwa die Geschlechterpolarität von Mann und Frau »dekonstruiert« wird, dann geschieht dies selbstredend nicht etwa deshalb, weil irgend jemand, der in der Lage ist, die Augen aufzusperren, festgestellt hätte, so etwas wie Männer und Frauen gebe es nicht, sondern weil Andere, die lieber ihren ideologischen Konstruktionen als dem eigenen Augenschein vertrauen, diese Augen fest zukneifen und das offen zutage Liegende dekonstruieren, um ihre eigenen Konstruktionen sozial verbindlich zu machen. Die emanzipatorischen Ziele, auf die die Betroffenen sich berufen, stellen die nicht einmal geschickte Bemäntelung eines Machtanspruches dar.

DEMOKRATIE

Drittens beschreiben Begriffe, die sich auf die soziale Wirklichkeit beziehen, regelmäßig Strukturen wechselseitiger Erwartungen, insbesondere Solidaritätserwartungen. Solche Erwartungen und die darauf gegründeten Strukturen sind keineswegs Illusionen (wie stets unausgesprochen suggeriert wird, wenn das Wort »Konstrukt« fällt); ihre Existenz ist vielmehr die Grundlage menschlichen Zusammenlebens. Da solche Solidaritätsstrukturen aber naturgemäß zirkulär strukturiert sind, d.h. solche Erwartungen nur so lange erfüllt werden, wie sie bestehen, und nur so lange bestehen, wie sie erfüllt werden, zielt die Dekonstruktion des Begriffes auf die Zerstörung der Erwartungsstrukturen ab, für die er steht. Wenn also zum Beispiel behauptet wird, der Begriff »Volk« sei ein »Konstrukt« und damit fälschlicherweise unterstellt wird, deswegen beschreibe er etwas empirisch nicht Existentes, dann ist dies empirisch gesehen eine Lüge (die sich hinter pseudointellektuellem Wortgeklingel verbirgt), vor allem aber der Versuch, das Volk, das sich diesen Unfug einreden läßt, als solches, nämlich als Solidargemeinschaft zu zerstören und die *Dekonstruktion* zum Zwecke der *Destruktion* zu verwenden.

• DEMOKRATIE

Demokratie und Nationalstaat sind gemeinsam entstanden, und dies nicht aufgrund eines historischen Zufalls, sondern weil Demokratie kollektive Selbstbestimmung bedeutet und nur funktioniert, wenn es so etwas wie ein Kollektiv gibt.

Auf den ersten Blick ist Demokratie eine Zumutung: Warum sollte jemand, der sich politisch in der Minderheit befindet, sich verpflichtet fühlen, die Entscheidungen der Mehrheit zu akzeptieren, die er selber doch für falsch hält? Warum sollte er die Diktatur der Mehrheit akzeptabler finden als die irgendeines Tyrannen? Warum sind Menschen loyal gegenüber demokratischen Entscheidungen? Sie sind dann und so weit loyal, wie sie vernünftigerweise unterstellen können, daß die Mehrheit das Gemeinwohl, letztlich also auch das der politisch unterlegenen Minderheit, im Auge hat. Diese Erwartung ist aber nur dann vernünftig, wenn es einen Konsens darüber gibt, wessen Wohl gemeint ist, wenn vom Gemeinwohl die Rede ist; es muß Konsens darüber bestehen, wer die Gemeinschaft ist, um deren Wohl es geht.

In einem Vielvölkerstaat kann es einen solchen Konsens nicht geben, und deshalb sind alle bekannten existierenden und historischen Vielvölkerstaaten entweder überhaupt keine Demokratien, sondern autoritäre Regime oder Staaten wie der Libanon, in denen formal demokratische Verfahren nur den Modus des Konfliktmanagements zwischen ethnischen Gruppen liefern, und in denen Politiker nicht politische Ideen und Programme, sondern ethnische Partikularinteressen vertreten.

Es spricht Bände, daß die ost- und südosteuropäischen Länder, die in der Zwischenkriegszeit fast alle starke ethnische Minderheiten hatten, diese Zeit eben dieser ethnischen Konflikte wegen nicht als Demokratien überstanden haben; heute, nach etlichen Diskriminierungen, Vertreibungen, Bürgerkriegen und ethnischen Säuberungen, sind sie alle mehr oder weniger de-

mokratisch, und wenn wir uns fragen, warum das so ist, dann starrt uns die Antwort ins Gesicht: weil Demokratie auf Nationalstaatlichkeit beruht und ein ethnisch heterogener Nationalstaat keiner ist.

Von Demokratie, von Herrschaft des Volkes, kann in solchen Staaten schon deshalb nicht die Rede sein, weil es etwas, das man sinnvollerweise »das Volk« nennen könnte, dort überhaupt nicht gibt. Für Staaten, die, wie der Libanon, diese ethnische Zersplitterung vorgefunden haben und nun irgendwie damit fertigwerden müssen, mag »Demokratie« als Moderationsmechanismus, sofern sie immerhin das leistet, den stets drohenden Bürgerkrieg am Ausbrechen zu hindern, ein legitimes und vernünftiges Mittel politischen Managements sein - besser als Bürgerkrieg und Völkermord ist sie allemal -, aber sie ist nicht das, was wir uns in Europa unter einer Demokratie vorstellen.

Dabei sind »Demokratien« wie in Südafrika (aus dem Weiße wegen rassistischer Verfolgung fliehen und seit der Abschaffung der Apartheid über dreitausend weiße Farmer massakriert worden sind), Indien oder dem Libanon noch das Bestmögliche an Demokratie, was auf der Grundlage einer multiethnischen Gesellschaft möglich ist. Der Normalfall ist eher, daß der ethnische Bürgerkrieg durch eine straffe Diktatur im Zaum gehalten werden muß, wie unter Tito. Oder daß es, wenn diese Diktatur zerbricht oder gar nicht erst zustande kommt, zu Bürgerkrieg und Völkermord kommt, wie eben im ehemaligen Jugoslawien oder im Kongo.

Einen solchen Zustand ethnischer Zersplitterung in einem Land, in dem er bisher nicht bestand, sehenden

Auges herbeizuführen - und nichts anderes bedeutet die linke Politik der Multikulturalisierung und Masseneinwanderung - ist ein Verbrechen.

Der Demokratiebegriff des Grundgesetzes setzt ganz selbstverständlich das deutsche Volk im Sinne einer Solidargemeinschaft voraus, d.h. es setzt einen soziologischen Sachverhalt als gegeben voraus, den der Staat nicht schaffen, wohl aber zerstören kann. Zerstört er ihn, dann untergräbt er damit zugleich die Voraussetzungen seiner eigenen verfassungsmäßigen Ordnung. Wer eine solche Politik propagiert, legt die Axt an die Grundlagen der Demokratie, ja sogar an die Grundlagen der europäischen Zivilisation.²³

- **DEUTSCHER**

Das Wort »Deutscher« hat - wie jede andere Nationalitätsbezeichnung auch - zwei völlig unterschiedliche Bedeutungen:

Zum einen wird damit die Staatsangehörigkeit bezeichnet: Deutscher (analog Franzose, Brite, Rumäne etc.) ist, wer deutscher (französischer, britischer, rumänischer) Staatsangehöriger ist. Hier wird mit der Nationalitätsbezeichnung ein *Rechtsverhältnis* zwischen einer Person und einem Staat - und sonst nichts - benannt.

Zum anderen aber - und dies ist die landläufige Bedeutung - wird damit die ethnische Zugehörigkeit benannt, die mit der Staatsangehörigkeit zwar zusammenfallen *kann*, aber keineswegs muß. Die wenigen vor Ort verbliebenen Angehörigen deutscher Minderheiten in

osteuropäischen Ländern können ein Lied davon singen, daß ihr polnischer, tschechischer oder russischer Paß sie keineswegs davor schützt, als Deutsche betrachtet und benachteiligt zu werden - zumal sie sich in aller Regel auch selbst als Deutsche, und eben nicht als Polen, Tschechen oder Russen betrachten.

Es liegt in der Natur der Sache, daß die ethnische Zugehörigkeit nicht so trennscharf definiert ist wie die Staatsangehörigkeit, sondern nach den Rändern hin verschwimmt. Dies gilt aber für alle rechtlich nicht eindeutig definierten Zugehörigkeiten zu Gruppen geringen Organisations- und Formalisierungsgrades und bedeutet nur, daß Staaten, deren Funktionsmodus naturgemäß das geschriebene Recht ist, sich schwer damit tun, solche Gruppenzugehörigkeiten zur Kenntnis zu nehmen. Es bedeutet aber mitnichten, daß diese Gruppen und die damit verbundenen Loyalitäten soziologisch nicht existent wären.

Ethnische Gruppen sind wie alle sozialen Strukturen Strukturen wechselseitiger und einander bestätigender Erwartungen, insbesondere Solidaritätserwartungen. Sie existieren als solche so lange, wie ihre Angehörigen realistischerweise solche Erwartungen hegen können und ihrerseits deren Adressat sind (und nur solange dies der Fall ist, solange eine Volksbezeichnung also eine soziologische Realität kennzeichnet, hält sich die jeweilige Volksbezeichnung auch im allgemeinen Sprachgebrauch). Volksbezeichnungen sind Bezeichnungen von Solidargemeinschaften. Diese müssen theoretisch nicht unbedingt auf gemeinsamer Abstammung beruhen, aber wenn die Menschheitsgeschichte irgend etwas beweist, dann dies: daß Abstammungsgemeinschaften sich

durch besondere Stabilität und Langlebigkeit auszeichnen, während eine bloß gemeinsame Staatsangehörigkeit per se noch keinerlei Solidarität stiftet.

Wenn also zum Beispiel in den Medien von »Deutschen« die Rede ist, die angeblich in Syrien oder dem Irak in den Dschihad ziehen, und damit nicht etwa eifrige Konvertiten gemeint sind (die es ja auch gibt, die aber eine ganz eigene Kategorie darstellen), sondern Personen, deren Familien aus der Türkei oder dem arabischen Raum stammen; oder wenn behauptet wird, der Zuzug von »Rumänen« würde in Deutschland soziale Probleme verursachen - und dabei verschwiegen wird, daß es sich mitnichten um ethnische Rumänen, sondern um Zigeuner mit rumänischem Paß handelt -, dann ist dies nicht nur eine Verunglimpfung des deutschen bzw. rumänischen Volkes, sondern schlicht Desinformation:

Der jeweilige Autor verwendet zur Bezeichnung der Volkszugehörigkeit einen *juristischen* Begriff, der zur Erhellung *soziologischer* Sachverhalte nichts beitragen kann (und soll) und nur für staatliche Instanzen von Bedeutung ist, weiß aber, daß sein Publikum ganz selbstverständlich von einem ethnischen und eben nicht von einem staatsrechtlichen Volksbegriff ausgeht - weil es für den Normalbürger ganz sinnlos wäre, in einem derartigen Kontext in juristischen Kategorien zu denken.

Der Sinn dieser unredlichen Wortwahl besteht darin, die Entscheidung darüber, wer zu einem Volk gehört und wer nicht, nicht dem jeweiligen Volk zu überlassen, sondern staatlichen Instanzen, die die deutsche Staatsangehörigkeit wahllos auch solchen Menschen verleihen, die es explizit ablehnen, sich als Deutsche zu betrachten

und sich mitnichten als Teil einer generationenübergreifenden Schicksalsgemeinschaft verstehen, sondern eher als Sachwalter der Interessen ihrer eigenen ethnischen Gruppe bzw. Herkunftsnation.

So muß es denn auch niemanden wundern, daß zum Beispiel türkischstämmige »Volksvertreter« gegen selbst lächerliche Verschärfungen von Einwanderungsbedingungen Sturm laufen und dabei nicht einmal so tun, als hätten sie dabei die Interessen des deutschen Volkes im Auge; es wird nicht der geringste Versuch unternommen, uns mit Argumenten davon zu überzeugen, wir hätten ein Interesse daran, unqualifizierte Personen ohne Sprachkenntnisse einwandern zu lassen - wie auch? Und so wird die Debatte auf eine scheinmoralische Ebene verlagert: Als ob es ein »Recht« von Menschen aus aller Herren Länder gäbe, sich in Deutschland niederzulassen, und demgemäß eine »Pflicht« der Deutschen, dies zu dulden, und es folglich ->**Rassismus**« sei, es nicht zu dulden.

Die Ideologie, wonach die ethnische Herkunft keine Rolle spiele und deshalb jeder Inhaber eines deutschen Passes (»Deutscher« im juristischen Sinne) automatisch »Deutscher« im Sinne der Zugehörigkeit zu jener Solidargemeinschaft sei, die das deutsche Volk (ungeachtet der Bemühungen »seiner« Politiker) immer noch ist, wird von niemandem schlagender dementiert als von solchen »Volksvertretern«, die ohne jedes Schamgefühl die Interessen ihrer ethnischen Gruppe an weiterem Wachstum (und ihr damit einhergehendes eigenes Interesse an der Ausweitung ihrer Wählerbasis) zum leitenden Maßstab ihres Handelns machen.

Die Ideologie hinter einer Medienberichterstattung, die jeden Inhaber eines deutschen Passes als »Deutschen«, jeden Inhaber eines rumänischen Passes als »Rumänen« usw. bezeichnet, lautet, daß es so etwas wie Völker eigentlich nicht gebe. Ihr Ziel ist es, genau diese Ideologie unter die Leute zu bringen.

► **DIALOG**

Das Wort »Dialog« stammt ursprünglich aus der Theatersprache: Ein Dialog ist ein Vorgang, bei dem Schauspieler auswendig gelernte Texte vortragen, während die Zuschauer die Illusion haben sollen, es handele sich um einen spontanen und ergebnisoffenen Wortwechsel.

In diesem Sinne kann man es nicht einmal eine semantische Lüge nennen, wenn von politischer Seite diverse »Dialoge«, insbesondere (aber nicht nur) zwischen Religionen und Kulturen und vor allem mit dem Islam gefordert werden. Es handelt sich um symbolische politische Schauveranstaltungen, deren Zweck darin besteht, die mangelnde Fähigkeit zur Lösung von Problemen durch demonstrative Scheinaktivität zu kaschieren.

► **DIALOG, INTERRELIGIÖSER**

Wenn vom interreligiösen Dialog die Rede ist, dann ist entweder der christlich-jüdische oder der christlich-islamische Dialog gemeint. Von einem jüdisch-buddhistischen oder einem islamisch-hinduistischen Dialog hat noch niemand gehört. Wir lernen daraus, daß nicht alle Religionen in gleicher Weise an einem interreligiösen Dialog interessiert sind. Es sind regelmäßig die Vertreter

der christlichen Amtskirchen, die hierzu die Initiative ergreifen, und sie tun es nicht gegenüber jedermann, sondern nur gegenüber solchen Religionen, deren Vertreter mit dem Christentum ein Problem haben. Wie für jeden Dialog gilt also auch für den interreligiösen, daß er sowohl die Existenz eines Problems als auch die mangelnde Fähigkeit zu seiner Lösung anzeigt. Da alle drei Religionen den Anspruch erheben, letzte Wahrheiten zu verkünden, ihre Inhalte aber miteinander unvereinbar sind - das gilt auch für das Verhältnis zwischen der christlichen und der jüdischen Religion -, wäre ein ehrlicher Dialog zwischen den Religionen einer, bei dem lediglich diese Unvereinbarkeit festgestellt und der daraufhin beendet wird. Faktisch freilich stellen die Vertreter der christlichen Amtskirchen lediglich den Wahrheitsanspruch ihrer *eigenen* Religion zur Disposition (->'Weltethos), nur um sich zu wundern (oder nicht einmal zu bemerken), daß weder (orthodoxe) Rabbiner, noch Imame diesem Beispiel folgen. Warum sollten sie auch? Ein Glaube, der sich selbst relativiert, ist keiner, und religiöse Würdenträger, die den Glauben ihrer Kirche nicht zu verkünden wagen (und vermutlich auch nicht teilen), und die deshalb den Würdenträgern anderer Religionen nichts Besseres anzubieten haben als den Vorschlag, sie möchten doch bitte ebenfalls ihren Glauben relativieren, verhalten sich wie Generäle, die in *dem* Moment ein mit pazifistischen Phrasen garniertes Waffenstillstandsangebot machen, in dem ihre Armee sich auflöst.

- **DIALOG MIT DEM ISLAM**

Daß der Dialog mit dem Islam keineswegs nur von Bischöfen, sondern - vermutlich sogar häufiger - von *Politikern* postuliert wird, ist per se schon Beweis genug, daß der Islam erstens eine eminent *politische* Religion ist und zweitens christlich geprägte Gesellschaften mit moslemischer Minderheit vor enorme *politische* Probleme stellt - was besagte Politiker freilich nicht daran hindert, beides abzustreiten.

Der Islam ist nicht eine Religion, die man von anderen Lebensbereichen abtrennen und im stillen Kämmerlein praktizieren könnte: Er ist eine umfassende Weltanschauung mit Gültigkeit auch für die Politik, das Recht, die Wissenschaft usw., und er impliziert die Pflicht der Moslems zum Dschihad, das heißt zur Errichtung politischer Ordnungen auf der Basis des islamischen Rechts, zur Unterwerfung der »Ungläubigen« und zur Verdrängung aller anderen Religionen, bis die ganze Welt islamisch geworden ist. Gewaltanwendung ist dabei unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt, aber der Dschihad beschränkt sich keineswegs darauf: Grundsätzlich ist *alles*, was ein Moslem zur Verbreitung des Islams tut, Dschihad, und er ist dazu verpflichtet, selbst wenn die Mittel, die dabei angewendet werden, aus unserer Sicht verwerflich sind. Mehr noch: Das gesamte, sehr ausgefeilte islamische Normen- und Wertesystem ist darauf ausgerichtet, moslemische zur Verdrängung und Unterwerfung nichtmoslemischer Gemeinschaften zu befähigen.

Für einen Menschen, der seinen eigenen (nominellen) Glauben lediglich als dekorative quasitheologische Bemäntelung eines liberalen, das heißt im Kern: atheisti-

DISKRIMINIERUNG

schen, Weltverständnisses auffaßt, muß es in der Tat unbegreiflich sein, daß es Menschen geben soll, die die Gebote ihrer Religion buchstäblich als göttlichen Auftrag interpretieren und die liberale Begeisterung für »Dialoge« aller Art nur mit Verachtung zur Kenntnis nehmen können. Solange sie in der schwächeren Position sind, lassen Vertreter des Islams sich zwar nolens volens auf den politisch erwünschten Dialogzirkus ein, dies freilich nur aus propagandistischen Gründen und um die Gelegenheit zu nutzen, der Gegenseite Zugeständnisse abzuschwatzen, die sie selbst keineswegs zu machen denken. In Ländern, in denen der Islam tatsächlich zur Herrschaft gelangte, konnte nicht nur in der Vergangenheit von einem Dialog nicht die Rede sein, sondern auch nicht in der Gegenwart, und auch in der Zukunft wird es dergleichen nicht geben. Der »Dialog mit dem Islam« wird von dessen Vertretern als Verhandlung um die Modalitäten einer schleichenden Kapitulation aufgefaßt. Er wird so aufgefaßt, weil er eben dies tatsächlich ist.

- **DISKRIMINIERUNG**

»Diskriminierung« heißt nicht mehr und nicht weniger als »Unterscheidung«, und Unterscheidungen zwischen Menschen nehmen wir täglich vor: Einen Bischof behandeln wir anders (nicht unbedingt freundlicher, aber anders) als unseren Kneipenwirt, einen Freund anders als einen Vorgesetzten, eine junge Hübsche anders als eine alte Häßliche, einen Nachbarn, dem wir vertrauen, anders als einen Unbekannten, über dessen Vertrauenswürdigkeit wir nichts sagen können. Und all das ist nicht

nur unser gutes Recht, es ist in vielen Zusammenhängen geradezu unvermeidlich. Ich jedenfalls würde jeden für verrückt halten, der während seines Urlaubs seine Wohnungsschlüssel einem wildfremden Menschen anvertraute statt dem wohlbekanntem Nachbarn, nur damit der fremde Mensch sich nicht diskriminiert fühlt.

Kaum weniger verrückt fänden wir es, wenn der Staat Dreijährige als Lehrer oder Rollstuhlfahrer als Fallschirmjäger akzeptieren würde, nur um Kinder respektive Behinderte nicht zu diskriminieren. Und in der Tat unterliegt nicht einmal der Staat, ungeachtet des Gleichheitsgrundsatzes, einer solchen Pflicht. Selbst der an den Gleichheitsgrundsatz (genauer: an das Verbot willkürlicher Ungleichbehandlung gleichartiger Sachverhalte) gebundene Staat, erst recht jeder Private, hat sehr wohl das Recht, Unterscheidungen vorzunehmen; der Staat dann, wenn er damit einen legitimen Zweck verfolgt und die Unterscheidung nicht willkürlich erfolgt, ohne daß solche Unterscheidungen deswegen schon als »Diskriminierung« verteufelt würden.

Von Diskriminierung im vorwerfbareren Sinne kann also nur dort die Rede sein, wo erstens ein Anspruch auf Gleichbehandlung besteht - ein solcher Anspruch besteht allenfalls dem Staat gegenüber - und wo der Adressat dieses Anspruchs zweitens für eine eventuelle Ungleichbehandlung keine legitimen Gründe geltend machen kann. Könnte man also zum Beispiel die Behauptung bejahen, alle Mädchen hätten einen gleichen Rechtsanspruch, gleich oft zum Tanzen aufgefordert zu werden, und könnte man behaupten, der junge Mann, der lieber mit einem hübschen als mit einem häßlichen

DISKRIMINIERUNG

Mädchen tanzt, könne hierfür keine legitimen Gründe geltend machen, dann - aber eben nur dann! - könnte man besagtem jungen Mann »diskriminierendes« Verhalten vorwerfen.

Unter diesen Prämissen ist es reichlich schwierig, Beispiele für Diskriminierung zu finden. Am ehesten findet man sie dort, wo diejenigen, die sonst nicht laut genug »Diskriminierungen« aller Art bejammern, sie schon deshalb am wenigsten vermuten würden, weil sie selbst die Urheber sind: Etwa wenn der Staat friedliche und gesetzestreue Bürger im Verfassungsschutzbericht regierungsamtlich als angebliche Rechtsextremisten verunglimpft (während derselbe Staat Vereinigungen mit Steuergeldern fördert, in denen es von Rechtsbrechern und Verfassungsfeinden nur so wimmelt).

Glaubt man freilich der veröffentlichten Meinung, so ist Deutschland eine einzige Diskriminierungshölle, in der insbesondere Ausländer, Frauen und Homosexuelle ständig willkürlich und ungerecht benachteiligt werden - selbstredend aus purer Bösartigkeit der sie Benachteiligenden.

Welche skurrilen Blüten die Besessenheit treibt, allerorten Diskriminierung und Rassismus zu wittern, konnte man 2011 in Berlin studieren. Dort gibt es, wie auch anderswo, eine Antidiskriminierungsstelle, und diese Stelle ist offenbar nicht ausgelastet.

Man sollte meinen, dies sei eine erfreuliche Nachricht: Es scheint gar nicht so viel Diskriminierung zu geben, wie immer behauptet wird.

Weil aber nicht sein kann, was nicht sein darf (und weil es vor allem Planstellen für verdiente Genossen ko-

sten würde, wenn man es zugäbe), startete der Berliner Senat 2011 eine Propagandakampagne, in der die Zielgruppen auf Plakaten und in Anzeigen unter dem Titel »Diskriminierung hat viele Gesichter« aufgefordert wurden, sich doch gefälligst diskriminiert zu fühlen, und Gründe zu suchen, sich diskriminiert zu fühlen, und sich, wenn man selber solche Gründe nicht hat oder nicht kennt, doch bitte an die Antidiskriminierungsstelle zu wenden, um sich dort darüber aufklären zu lassen, wie sehr man doch diskriminiert werde, und diejenigen, die einen diskriminiert haben, beim Staat zu denunzieren.

Man kann dies noch ein bißchen weiterspinnen: Der logische nächste Schritt wird sein, amtlich bestellte Diskriminierungsberater von Tür zu Tür gehen zu lassen, die dann jeden Angehörigen einer Minderheit so lange verhören, bis er zugibt, daß er diskriminiert wurde, und den Übeltäter anzeigt. Und wer das nicht tut, wird wohl eine Strafsteuer bezahlen müssen.

Dabei versteht es sich von selbst, daß die Gleichheit, die stets dort pathetisch eingefordert wird, wo angebliche oder auch tatsächliche Diskriminierung angeprangert und eine Antidiskriminierungspolitik verfolgt wird, dort ihre Grenzen findet, wo eben diese »Antidiskriminierung« praktiziert wird. Wenn in der aktuellen Fassung des Grundgesetzes dem an sich unzweideutigen Satz »Männer und Frauen sind gleichberechtigt« die Einschränkung folgt »Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin« (Art. 3 II 2 GG), dann ist der Staat dadurch nach herrschender Meinung bevollmächtigt, Männer zum Beispiel bei Stel-

lenausschreibungen zu benachteiligen, das heißt, es handelt sich um einen Freibrief zur Diskriminierung im klassischen und vorwerfbareren Sinne des Wortes, und dies im Namen der Anti-Diskriminierungspolitik.

Diesen Freibrief ausgerechnet mit dem Anspruch auf *Gleichberechtigung* zu begründen, kann nur demjenigen plausibel erscheinen, der davon ausgeht, die faktisch ungleiche Repräsentanz von Männern und Frauen in unterschiedlichen Berufsgruppen könne nicht anders zustande gekommen sein als durch die böswillige und willkürliche Diskriminierung von Frauen, denen mithin ihre Gleichberechtigung vorenthalten werde - und nicht etwa dadurch, daß Männer und Frauen in ihrer Lebensplanung und -gestaltung unterschiedliche Prioritäten setzen, obwohl gerade dies nicht nur für jedermann offen zutage liegt, sondern auch durch einschlägige Untersuchungen regelmäßig bestätigt wird: Es ist in der Tat so, daß Männer (selbstredend nicht in jedem Einzelfall, wohl aber im Durchschnitt) sich stärker für Technik, Geld, Karriere und Macht interessieren, Frauen für Menschen und soziale Beziehungen. Gerade wenn *keine* Diskriminierung stattfindet, muß ein solches Präferenzprofil sich in unterschiedlicher Verteilung von Männern und Frauen auf unterschiedliche Berufsgruppen und -wege niederschlagen.

Je offensichtlicher es wird, daß geschlechtsspezifische Diskriminierung im Berufsleben, die es früher durchaus gegeben haben mag, heute die krasse Ausnahme darstellt, je unhaltbarer also die Diskriminierungsthese und die mit ihr begründete Vergewaltigung des Grundgesetzes zur Legitimierung rechtsstaatswidriger Diskriminierung wird, desto haarsträubender werden die ideologischen

Kapriolen, die zur Begründung solcher Praktiken herhalten müssen. Da kann man die Prioritäten, die die Menschen tatsächlich setzen, nicht akzeptieren und schon gar nicht respektieren, nein, man muß darauf bestehen, daß diese Prioritäten gar nicht ihre eigenen, sondern ihnen durch »gesellschaftliche Rollenkonstrukte« aufgezwungen worden seien, die man den Menschen daher austreiben müsse, möglichst schon im Kindergarten. Man nennt dergleichen auch »Gehirnwäsche«. Inwiefern freilich ein Gewinn an Freiheit damit verbunden sein soll, wenn man genötigt wird, sich den ideologischen Zwangsvorstellungen von Gendertheoretikerinnen anzupassen, wird das Geheimnis eben dieser Theoretikerinnen bleiben.

Welchen Zielen und Interessen die allgegenwärtige Diskriminierungsrhetorik dient, läßt sich daran ablesen, wer alles - anscheinend in allseitigem stillschweigendem Einverständnis - *nicht* diskriminiert werden kann: Aufschlußreich ist dies deshalb, weil die Behauptung, »diskriminiert« zu sein, in der politischen Praxis zur Bevorzugung derjenigen Gruppe führt, die diesen Anspruch als Geschäftsgrundlage durchsetzen konnte, und dementsprechend (das ist nun einmal die Kehrseite der Medaille) zur Benachteiligung der entsprechenden Gegengruppe. Was bedeutet es, daß Moslems als diskriminiert dargestellt werden, Christen aber nicht; Homosexuelle, aber keine Heterosexuellen; Ausländer, aber keine Deutschen (Eine Nationalitätsbezeichnung mit »Scheiß-« einzuleiten, gilt als -»**Volkserhetzung**, wenn Ausländer, nicht aber, wenn Deutsche die Adressaten sind; das entspricht zwar nicht dem Wortlaut des Gesetzes - § 130 Abs. 1 Nr. 2 StGB -, wohl aber der herrschenden Ausle-

gung); Linke, aber keine Rechten (auch dies steht in keinem Gesetz, ist aber stillschweigend gebilligte Praxis); Hartz-IV-Empfänger, aber keine Unternehmer?

Das bedeutet, daß genau diejenigen Gruppen, die traditionell den Kern des Volkes darstellen, indem sie den Löwenanteil der wirtschaftlichen Leistungen erbringen, Verantwortung für Familien übernehmen, ihr politisches Handeln am Interesse der Nation an deren Selbstbehauptung ausrichten und insbesondere nicht auf der Basis fortgesetzten Diskriminierungsgejammers den Steuerzahler zur Kasse bitten (Wie auch? Sie selbst *sind* ja »der Steuerzahler«), zugunsten von Minderheiten benachteiligt werden, deren Beitrag zum Wohlergehen des Landes im Durchschnitt deutlich geringer, zum Teil auch negativ ist. Eine solche Politik hat nichts mit Menschenfreundlichkeit zu tun. Sie ist der ideologisch bestenfalls fadenscheinig bemäntelte Versuch, ein Land zu zerstören.

- **DIVERSITY MANAGEMENT**

Dies ist einer jener Anglizismen, die man nicht ins Deutsche übertragen kann, ohne das Publikum ins Grübeln zu bringen, und dies selbst dann, wenn man »Diversity« schönfärbend mit »Vielfalt« statt korrekt mit »Verschiedenheit« übersetzte. Alle Versuche, das »Diversity Management« als ein positives Konzept zu verkaufen, das Unternehmen in die Lage versetze, die ethnische, religiöse, kulturelle (etc.) Verschiedenheit ihrer Mitarbeiter produktiv zu nutzen, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Entscheidungsträger großer Unternehmen keineswegs nach »Diversity« riefen, solange ihre

Belegschaften noch homogen waren, und sie erst bejubelten, als einer ihrer größten Kunden, nämlich der Staat, sie durch den Mund von Politikern dazu aufforderte. Selbst dann aber enthält das Wort »Management« das Eingeständnis, daß es hier etwas zu verwalten, zu ordnen, zu kontrollieren gibt. Was von selber funktioniert, bedarf keines Managements, und »Diversity Management« bedeutet, daß mit der »Diversity« ein Problem entstanden ist, wo vorher keines war, und mit dem man nun irgendwie zurechtkommen muß.

- **DUMPF**

Wenn etwas in politischen Zusammenhängen als »dumpf« bezeichnet wird, dann sind es zumeist »Parolen«. »Dumpf« sind sie dann, wenn der Autor nicht bereit oder nicht in der Lage ist, sich argumentativ mit ihnen auseinanderzusetzen. Da er dies schlecht zugeben kann, nennt er sie »dumpf« und verläßt sich darauf, daß dann schon keiner nachfragen wird, worin die »Dumpfheit« eigentlich besteht (aus Angst, sonst selbst der Dumpfheit verdächtigt zu werden). Ein Schuft, wer solche Rhetorik irgendwie dumpf findet!

Siehe auch ->>**krude**<<.

- **EINFACHE ANTWORTEN AUF SCHWIERIGE FRAGEN**

Die etablierte Politik bezichtigt oppositionelle Kräfte gerne, »einfache Antworten auf schwierige Fragen« zu geben (->**Populismus**). Nichts könnte falscher sein. Die Antworten sogenannter Populisten sind deshalb so ein-

ERINNERUNG

fach, weil auch ihre *Fragen* es sind: Wollen die Völker Europas Masseneinwanderung? Bereichert sie sie? Hat der Euro ihnen genützt? Wollen sie von Brüssel aus regiert werden? Wollen sie -»**Gender Mainstreaming?** Ist Deutschland das Land der Deutschen? Sagen unsere Politiker uns die Wahrheit?

Die Antworten auf diese einfachen Fragen sind in der Tat einfach. Sie sind sogar *so* einfach und liegen so sehr auf der Hand, daß die Fragen sich praktisch von selbst beantworten, und diese Antworten fallen für die politische Klasse vernichtend aus. Die Floskel von den »einfachen Antworten auf schwierige Fragen« dient ihr ausschließlich dazu, die Probleme als so ungeheuer kompliziert darzustellen, daß nur Personen von übermenschlicher Genialität (als welche sich die Angehörigen der politischen Klasse somit en passant selbst darstellen) diesen -»**Herausforderungen** gewachsen sind, der Normalsterbliche aber, insbesondere wenn er sich am -»**Stammtisch** äußert, von vornherein unqualifiziert ist, sich mit politischen Themen überhaupt zu befassen oder seine Interessen zu vertreten, und sich daher tunlichst - und natürlich nur zu seinem Besten - bevorzugen lassen sollte.

• ERINNERUNG

Wenn Angehörige der politischen Klasse im Zusammenhang mit der deutschen Geschichte das Wort »Erinnerung« verwenden, wenn sie insbesondere hinzufügen, man müsse diese Erinnerung »wach«²⁴ oder »lebendig halten«,²⁵ kann man getrost hohe Summen darauf wetten,

daß von »der deutschen Besatzung und dem nationalsozialistischen Rassenwahn« beziehungsweise der »nationalsozialistischen Diktatur« die Rede ist.

Positiv konnotierte Ereignisse der deutschen Geschichte, die Anlaß zum Stolz und zu nationalem Selbstbewußtsein bieten könnten, sind aus ihrer Sicht offenbar weniger oder überhaupt nicht erinnerungswürdig. Warum eigentlich nicht?

Vielleicht, weil man eine selbstbewußte Nation nicht ohne Weiteres dazu bringen könnte, sich »überall auf der Welt für Toleranz, für friedliches Miteinander-Leben, für Demokratie einzusetzen«,²⁶ was aus der ideologietiefenden Sprache der Kanzlerin in klare deutsche Prosa übertragen bedeutet, daß diese Nation es womöglich ablehnen könnte, aus der »Gesamtverantwortung Deutschlands für seine Geschichte«²⁷ den Schluß zu ziehen, man müsse das westliche Gesellschaftsmodell »überall auf der Welt« herbeibomben helfen - und sich dann aus der Geschichte zu verabschieden.

Selbstredend fällt solchen Politikern auch nicht auf, wie absurd es ist, eine Erinnerung »wach« oder »lebendig« *halten* zu wollen, die man als Nachgeborener selbst gar nicht hat und niemals hatte, und die insofern niemals lebendig *war*: ein Artefakt aus zweiter Hand, hergestellt von Historikern, Lehrern, Publizisten, Fernsehanstalten, kurz: von der ideologieproduzierenden Industrie, den wir aber für unsere eigene Erinnerung halten bzw. mit dieser verwechseln sollen, weil die Regierung, die sich offenbar für befugt hält, selbst in die Köpfe ihrer Bürger noch hineinzuregieren, dies so wünscht. In solchen Zusammenhängen ist das Wort »Erinnerung« eine semantische

Lüge, mit der für eine bestimmte Geschichtsideologie eine Authentizität suggeriert wird, die sie genausowenig besitzt wie irgendeine andere Ideologie.

Nun liegt es in der Natur der Sache, daß die Auseinandersetzung mit historischen Themen eine Auseinandersetzung mit Artefakten ist. Bei *anderen* historischen Themen als dem Dritten Reich liegt der Fall aber insofern anders, als die Politik dort normalerweise nicht versucht, sich die Deutungshoheit zu sichern, daß sie nicht versucht, historische Wahrheit per Gesetz festzuschreiben (wie beim Verbot, die Historizität des -»**Holocausts** anzuzweifeln), daß deswegen die Freiheit und Autonomie der Geschichtswissenschaft um so größer ist, je weniger ihr jeweiliges Thema mit Hitler in Verbindung gebracht werden kann, und daß nicht penetrant das in diesem Kontext völlig unpassende Wort »Erinnerung« verwendet wird. Was unter »Erinnerung« im Sinne des BRD-Sprechs zu verstehen ist, hat der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner Rede am 8. Mai 1985 in Ausübung seines Amtes als Chefideologe der politischen Klasse so umschrieben: »Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zu einem Teil des eigenen Innern wird.«²⁸

Hier wird »Erinnerung« mit »Verinnerlichung« gleichgesetzt und als solche auch denjenigen Teilen des Volkes zugemutet, die, anders als Weizsäcker selbst, keine eigene Erinnerungen mehr an die Ära Hitler haben. »Verinnerlichung« bedeutet aber nichts anderes als den Verzicht auf kritische Reflexion und auf Auseinandersetzung mit konkurrierenden Lesarten zugunsten einer gleichsam festverdrahteten Selbstverständlichkeit.

»Erinnerung« ist also das Gegenteil von Geschichtsschreibung, sofern man diese als Wissenschaft versteht, die als solche davon lebt, daß neue Hypothesen entwickelt und konkurrierende Lesarten zur Debatte gestellt werden. Sie ist das Gegenteil von historischer Aufklärung, in der man versuchen würde, den Nationalsozialismus zu erklären, wie man auch andere historische Epochen erklärt. Eine solche Aufklärung, also eine Historisierung des Nationalsozialismus, würde, wie bei anderen historischen Themen auch, dazu führen, daß immer neu gefragt wird und die Antworten immer wieder am neuesten Stand der Erkenntnis gemessen werden. Das geschieht gerade nicht. Die »Erinnerung« bleibt gleichsam eingefroren im Aggregatzustand immer gleicher stereotyper Phrasen. Wer debattieren wollte, müßte denken und würde dann zwangsläufig von der vorgestanzten Phraseologie abweichen. Der letzte deutsche Politiker, der das versucht hat, war Philipp Jenninger, der diesen Versuch mit dem Verlust seines Amtes bezahlte.

Das Wort »Erinnerung« ist einem solchen Kontext nicht nur bereits *in sich* eine semantische Lüge; sie ist auch nach dem Maßstab des Wahrheitsbegriff der Wissenschaft das Gegenteil von Wahrheit, und sie impliziert in jeder Hinsicht das Gegenteil von »Wahrhaftigkeit« im Sinne einer aufrichtigen Suche nach Wahrheit.

Daß Weizsäcker freilich - und zwar mit dem Gestus moralischer Autorität! - der Forderung nach solch durch und durch unwahrer und unwahrhaftiger »Erinnerung« das Postulat hinterherschickt, »das stellt große Anforderungen an unsere Wahrhaftigkeit«, setzt das Tüpfelchen aufs i.

• **ERINNERUNGSKULTUR, ERINNERUNGSPOLITIK**

Auch diese Begriffe schleppen die immanente Unwahrhaftigkeit des Wortes -»**Erinnerung**« gleichsam mit sich herum, lassen aber doch eine Lesart zu, wonach nicht ein fiktives »Sicherinnern«, sondern das »Erinnern *an* etwas« gemeint sei und weisen insofern zutreffend darauf hin, daß es bei der »Erinnerungskultur« mindestens zwei Gruppen gibt: die, die Andere an etwas erinnern, und die, die erinnert *werden*.

Noch deutlicher enthält die »Erinnerungspolitik« das Eingeständnis, daß es um die Ausübung von *Macht* geht. Die hermetische Geschlossenheit der BRD-Sprache weist hier einen Riß auf, insofern es zumindest möglich ist, diese Begriffe in einem kritischen Sinne zu gebrauchen, und sie die Frage herausfordern: Wer erinnert? Wen? Woran? Mit welchem Recht? Aus welchem Grund? Mit welchem Ziel?

• **EUROPA**

Was »Europa« im Munde deutscher Politiker und Medienvertreter bedeutet, läßt sich am besten *ex negativo* erschließen, indem man fragt, wer denn als »europakritisch«, »europafeindlich« oder »antieuropäisch« bezeichnet wird: nämlich durchweg Kräfte, die der weiteren Entmachtung des Nationalstaates zugunsten demokratisch nicht legitimierter supranationaler Organisationen, insbesondere der EU, Widerstand leisten.

»Europa« ist in diesem Sinne weder ein geographischer, noch ein kultureller und erst recht kein ethnischer Begriff, sondern eine Chiffre für die Europäische Union und deren Anspruch auf unaufhörlichen Machtzuwachs

auf Kosten der Nationalstaaten und ihrer Völker. Der Begriff wird ausschließlich zur Irreführung eines Publikums verwendet, das sich mit »Europa« im Sinne einer historisch gewachsenen Völkerfamilie und Kulturgemeinschaft teilweise durchaus identifiziert, also mit dem Gegenteil dessen, was die Europäische Union verkörpert. Eine Völker- und Kulturgemeinschaft kann man nämlich weder geographisch noch sozial beliebig ausdehnen, ohne sie zu zerstören. Eben dies ist aber der Kern der EU-Politik.

»Europa« ist in solchen Zusammenhängen eine semantische Lüge, die eine rein polemische Funktion hat: das Totschlagwort gegen Kritiker der EU - einschließlich der Richter des Bundesverfassungsgerichts, die sich von Politikern schon einmal das Verdikt anhören müssen, sie seien »anti-europäisch«,³⁹ weil sie den Kurs der politischen Klasse in Richtung auf den Selbstmord des demokratischen Nationalstaates ab und zu wenigstens zaghaft zu korrigieren versuchen, und sich prompt mit der Drohung konfrontiert sehen, »aus Unmut über die jüngsten Urteile des Bundesverfassungsgerichts die Rechte der Richter zu beschneiden«.³⁰ Bedenkt man, daß die Richter selbst von der politischen Klasse bestimmt werden und deren Lieblingsprojekte nur dann bremsen, wenn das Grundgesetz ihnen nicht den Hauch einer Alternative läßt, dann läßt sich an der ihnen geltenden Kritik ablesen, wie sehr »Europa« ein Projekt ist, das gegen Recht und Verfassung ausgespielt wird. »Europa« ist eine rhetorische Waffe zur Durchsetzung einer Politik des Hochverrats.

- **EXTREMIST**

»Extrem« heißt laut Duden-Definition »äußerst«, »bis an die Grenze gehend«. Ein Extremist ist mithin jemand, der sich am Rand des politischen Spektrums befindet: an der Peripherie, nicht im Zentrum. Das Zentrum, die vielzitierte politische »Mitte«, hat keinen feststehenden politischen oder ideologischen Inhalt; dieser Inhalt wechselt vielmehr mit den Machtverhältnissen. Die Mitte ist stets dort, wo sich die Machthaber, deren Meinungsmultiplikatoren und folglich auch die Masse des Volkes befinden. Macht, Mainstream, Masse sind die Komponenten, durch die die politische Mitte definiert wird. Folglich ist ein Extremist also per definitionem jemand, der eine Alternative zur jeweils aktuellen politischen Mitte vertritt, ein Mensch, der nicht die Macht, nicht den Mainstream und nicht die Masse auf seiner Seite hat. Über die Richtigkeit oder Verkehrtheit seiner politischen Ansichten sagt dies überhaupt nichts aus, sofern man nicht die Ansicht vertreten möchte, Wahrheit sei per se etwas, das von einer Mehrheit oder auch einfach par ordre du mufti verordnet werden könne.

Extremist ist, wer von den Machthabern und ihren Handlangern als solcher bezeichnet wird. Dazu muß er keineswegs ein Verfassungsfeind sein, schon gar nicht in der real existierenden BRD, wo die politische Klasse selbst mit einer Politik des schleichenden kalten Staatsstreichs die Grundlagen der Verfassung beseitigt und eine Politik der gezielten und systematischen Entdemokratisierung betreibt, indem sie kontinuierlich Kompetenzen an supranationale Organisationen überträgt und damit ganz offensichtlich so lange fortzufahren ge-

denkt, bis der demokratisch legitimierte Gesetzgeber nichts Wesentliches mehr zu entscheiden haben wird; einen solchen Staat wird niemand mehr ernsthaft eine ->**Demokratie** nennen können. Zu dieser Entdemokratisierung von oben kommt die Entdemokratisierung von unten: Demokratie setzt die Existenz eines *Demos*, eines Volkes, und dessen Souveränität voraus; die fortgesetzte Politik, dieses Volk in einer bloßen Bevölkerung, bestehend aus ethnischen Minderheiten, aufzulösen, zerstört ein für allemal die sozialen Voraussetzungen einer demokratischen Ordnung. Die Auflösung des Volkes ist in einer Demokratie nichts anderes, als was der Königs-mord in einer Monarchie ist: Sie ist Beseitigung des Souveräns, ist Putsch und Hochverrat. Ein »Verfassungsschutz«, der diesen Namen verdiente, müßte zuallererst seine eigenen politischen Vorgesetzten, und nicht etwa deren Kritiker, beobachten, bespitzeln und im Verfassungsschutzbericht anprangern.

Im politischen Diskurs der BRD freilich ist ein »Extremist« von vornherein so etwas ähnliches wie ein gemeingefährlicher Irrer, also jemand, dem man ->**kein Forum bieten**«, den man nicht zu Wort kommen lassen und mit dessen Argumenten man sich nicht ernsthaft auseinandersetzen darf, wenn man nicht in den Verdacht geraten möchte, ein Sympathisant, also ebenfalls ein Extremist, sprich ein gemeingefährlicher Irrer zu sein.

Mit einem im klassischen Sinne liberalen Politikverständnis, das sich gerade vom Kampf der Argumente einen gesellschaftlichen Erkenntnisgewinn verspricht, hat derart bornierte Intoleranz gegenüber minoritären

politischen Positionen selbstverständlich nichts zu tun, und sie ist auch keineswegs durch das Schlagwort von der »wehrhaften Demokratie« gedeckt. »Wehrhafte Demokratie« heißt nur, daß die Verfassung dem Staat bestimmte explizit genannte Mittel an die Hand gibt, die Zerstörung seiner verfassungsmäßigen Ordnung zu unterbinden. Diese Befugnisse reichen ziemlich weit, bis hin zu Parteien- und Organisationsverboten. Sogar die Suspendierung der Grundrechte von Einzelpersonen (Art. 18 GG) kann dazu gehören - aber gerade *nicht* der generelle Ausschluß sogenannter oder auch tatsächlicher Extremisten vom politischen Diskurs; dies jedenfalls ist die Position, die das Bundesverfassungsgericht bisher in ständiger Rechtsprechung vertreten hat.

Jede Ideologie oder politische Theorie, auch die herrschende, impliziert eine bestimmte Optik, durch die bestimmte Sachverhalte und Zusammenhänge scharf fokussiert, andere eher verschwommen und am Rande, wieder andere überhaupt nicht wahrgenommen werden. Man braucht keineswegs ein Fundamentalkritiker der herrschenden Ideologie zu sein, um zu wissen, daß diese ebensowenig wie irgendeine andere Ideologie in der Lage ist, gesellschaftliche Zusammenhänge in ihrer Totalität zu erfassen, sondern daß es Sachverhalte geradezu geben *muß*, die auf der Basis der Selbstbeschreibung eines Systems und systemtragender Gruppen überhaupt nicht, vom Standpunkt einer systemtranszendierenden Ideologie aber sehr wohl erfaßbar und erklärbar sind; solche Ideologien sind häufig das Feld von Extremisten. Was nicht bedeutet, daß deren Anschauungen in toto richtig sein müßten, wohl aber, daß sie zur Erfassung von Teil-

Wahrheiten beitragen können, **die** man nicht ungestraft ignorieren kann.

Der Marxismus des 19. Jahrhunderts zum Beispiel war in jedem denkbaren Sinne des Wortes extremistisch. Da der Versuch, ihn zu verwirklichen, zum Gegenteil der postulierten Ziele geführt hat, war er auch eine falsche, weil die Wirklichkeit nicht adäquat erfassende Theorie. Die marxistische *Kritik* am liberalen Kapitalismus aber war damit nicht vom Tisch, damals so wenig wie heute, und einen Sozialstaat, der die Zentrifugalkräfte dieses liberalen Kapitalismus zu bändigen verstand, hätte es in Deutschland ohne diese Kritik möglicherweise nie gegeben. Ein solch konstruktiver Umgang mit Kritik setzt aber voraus, daß der Kritiker zu Wort kommt, wie es im deutschen Kaiserreich der Fall war. Wo er *nicht* zu Wort kommt, wie in der DDR oder den anderen Staaten des sowjetischen Machtbereiches, verbauen sich die Machthaber selbst die Chance, auf Kritik mit Korrekturen zu reagieren. Der Zusammenbruch des jeweiligen Systems ist dann die notwendige Folge.

- **FACHKRÄFTEMANGEL**

Wer das allgegenwärtige Gerede vom »Fachkräftemangel« in einem Land ernstnimmt, dessen Wirtschaft hochqualifizierte Mittfünfziger aus Altersgründen nicht einstellt, erstklassigen Universitätsabsolventen mit jeder nur wünschenswerten Vorbildung und Referenz keine Stelle gibt und von einem »Mangel« spricht, wenn sich auf eine Stellenanzeige *nur* zehn, statt, wie früher, hundert geeignete Bewerber melden - wer dies also ernst-

nimmt, wird auch an einen Eismangel in Grönland oder einen Sandmangel in der Sahara glauben.

Die Häufigkeit, mit der von der Existenz eines »Fachkräftemangels« die Rede ist, steht in umgekehrtem Verhältnis zur Qualität und Plausibilität der diese Behauptung stützenden Argumente - sofern solche überhaupt vorgetragen werden - und dient offensichtlich dazu, einen Konsens über die Wahrheit, ja, Selbstverständlichkeit einer in Wirklichkeit fiktiven Behauptung zu fingieren. Wir *sollen* glauben, es gebe in Gestalt des Fachkräftemangels ein drängendes Problem, das nach Abhilfe schreie.

Die Abhilfe, die regelmäßig angeboten wird, ist die Öffnung der Grenzen für Masseneinwanderung, woraus wir schließen können, daß eben dies auch der Zweck war, zu dessen Propagierung der Fachkräftemangel erfunden wurde. Der manchmal hinzugefügte (oft aber auch weggelassene) Zusatz, selbstverständlich gehe es nur um »qualifizierte« Einwanderer, also um »Fachkräfte«, darf man nach den Erfahrungen von fünfzig Jahren Einwanderungspolitik getrost als eine jener Beruhigungspillen betrachten, die immer dann verabreicht werden, wenn es gilt, Widerstand gegen die jeweils nächste Einwanderungswelle so lange auszuheben, bis vollendete Tatsachen geschaffen sind: Man redet laut von Ärzten und Ingenieuren, meint damit aber bestenfalls jeden, der nur *irgendeine* Qualifikation hat und läßt am Ende jeden herein, der es - legal oder illegal - bis nach Deutschland schafft, um dem betrogenen Publikum mit einer immer wieder verblüffenden Schamlosigkeit und einem gewissen »April, April« zu eröffnen, nun seien »diese Men-

schen mit ihrer vielfältigen Kultur, ihrer Herzlichkeit und ihrer Lebensfreude« (Maria Böhmer) nun einmal da und »eine Bereicherung für uns alle« - vor allem aber eben da, auch mit den damit verbundenen Belastungen (die es eigentlich gar nicht gebe und deren Existenz zu behaupten von rechtsradikaler Gesinnung zeuge; die man ungeachtet ihrer Nichtexistenz aber zu tolerieren habe) habe man sich als Deutscher eben abzufinden.

Es gibt viele Akteure, die Masseneinwanderung fordern, auch wenn die Gründe sich unterscheiden. Die Wirtschaft hat ein Interesse an einem lohndrückenden Überangebot an Arbeitskräften, linke Parteien haben ein Interesse an der Existenz einer zahlenmäßig möglichst starken Unterschicht, die auf Sozialleistungen angewiesen ist und deshalb linke Parteien wählt, eine milliarden-schwere Sozial-, Integrations- und Ideologieindustrie, die von der Verwaltung und Beschönigung einwanderungsbedingter Probleme lebt, hat ein Interesse an weiterem Problemnachschub, Politiker aller Couleur haben ein Interesse an gutdotierten Positionen, die bei Wohlverhalten nach Abschluß der eigentlichen politischen Karriere winken und den Ruhestand vergolden³¹ und vor allem von supranationalen Organisationen und Lobbyverbänden vergeben werden, die praktisch ausnahmslos eine Agenda der Masseneinwanderung verfolgen, und so weiter. Interessen, die dieser Politik entgegenstehen, sind zwar Interessen einer Mehrheit, institutionell aber nur schwach vertreten - womit sich die unter Politikwissenschaftlern als Selbstverständlichkeit geltende Beobachtung bestätigt, daß Interessen um so schwächer vertreten werden, je allgemeiner sie verbreitet sind, und um

so stärker, je kleiner der Kreis der Profiteure ist. Und so brauchen wir uns nicht zu wundern, daß das Lied vom angeblichen Fachkräftemangel von praktisch allen gesellschaftlichen Großakteuren gesungen wird.

- **FRAUENFEINDLICHKEIT**

Als frauenfeindlich gilt, wer bestimmte Tatsachen zur Kenntnis nimmt, die ohnehin offen zutage liegen, darüber hinaus aber von jeder einschlägigen wissenschaftlichen Studie bestätigt werden, nämlich daß Männer und Frauen unterschiedlich ticken: daß Männer sich stärker für Technik und abstrakte Systeme, Frauen mehr für Menschen und soziale Beziehungen interessieren; daß Männer ihre Selbstverwirklichung stärker als Frauen in Geld, Macht und Karriere suchen; daß ihre persönliche Lebenszufriedenheit daher wesentlich stärker von ihrer beruflichen Position abhängt, als dies bei Frauen der Fall ist; daß letztere sich demgemäß wesentlich häufiger eine Teilzeitbeschäftigung wünschen als erstere.

Wer nicht glaubt, daß alle Frauen unbedingt und mit derselben Intensität wie Männer rückhaltlos Karriere machen möchten und nur durch eine Männerverschwörung daran gehindert würden, wer also die tatsächlichen Wünsche und Präferenzen von Frauen zur Kenntnis nimmt und ihnen Rechnung zu tragen empfiehlt, statt sie zugunsten ideologischer Wunschvorstellungen zu ignorieren - *der* soll frauenfeindlich sein, während die Konstrukteurinnen dieser Wunschvorstellungen, von denen viele bereits aufgrund ihrer sexuellen Orientierung schwerlich beanspruchen können, die Gesamtheit aller Frauen

zu repräsentieren, sich über deren tatsächliche Präferenzen freihändig hinwegsetzen und sie nach ihrem eigenen Bilde umerziehen möchten, dies selbstredend nicht sind.

Mit den Frauen, die Gegenstand der unterstellten »Frauenfeindlichkeit« sein sollen, sind in aller Regel nicht die empirischen Frauen gemeint, sondern ein ideologisches Postulat, das zu den wirklichen Frauen ungefähr in demselben Verhältnis steht wie die von kommunistischen Parteien ideologisch postulierte »Arbeiterklasse« zu den wirklichen Arbeitern. Es handelt sich um die Ideologien selbsternannter Stellvertreter, die damit ihren Herrschafts-, Führungs- und Umerziehungsanspruch gegenüber ihren ungefragten Schützlingen legitimieren, in deren Namen sie handeln, um sie als Werkzeug zum Erreichen ihrer eigenen Ziele zu mißbrauchen.

- **FREMDENFINDLICHKEIT**

Als fremdenfeindlich gilt, wer sich von Masseneinwanderung nicht bereichert fühlt und sie deshalb unterbunden oder wenigstens gebremst sehen möchte. In Wirklichkeit bedarf es hierzu keiner feindseligen Gefühle gegenüber Einwanderern, sondern lediglich des Wunsches, die Lebenswelt, in der man aufgewachsen ist, zu bewahren. Dies als Fremdenfeindlichkeit zu bezeichnen, ist in 99 Prozent aller Fälle eine Verleumdung. Daß allerdings gerade die Bezeichnung der »Feindlichkeit« als Verleumdung taugt, ist Ausdruck einer infantilen Mentalität, die nicht akzeptieren kann, daß Menschen selbst darüber entscheiden, wem gegenüber sie freundliche oder feindliche Gefühle hegen, und daß es für beides meist Gründe

gibt. Stattdessen wird eine in Wahrheit nicht existente Pflicht postuliert, alle Menschen gleichermaßen liebzuhaben, und wären die Erfahrungen mit ihnen noch so niederschmetternd. Nicht selten erlebt man, daß dieselben Menschen, die die sogenannte Fremdenfeindlichkeit nicht genug geißeln können, die ausgeprägte Deutschenfeindlichkeit vieler dieser Fremden ignorieren oder mit den schlechten Erfahrungen rechtfertigen, die die Betroffenen mit den Deutschen hätten. So wird jede Äußerung von Deutschenfeindlichkeit bis hin zur blanken Gewaltdelinquenz wenn nicht gerechtfertigt, so doch entschuldigt. Dieses Messen mit zweierlei Maß ist kaum anders zu erklären als mit massiven Ressentiments gegen das eigene Volk, und der Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit eine Projektion eben dieser Ressentiments auf Andere. Es ist das Denken von Menschen, die sich mit dem, was sie sind - nämlich Deutsche -, nicht wohlfühlen und hoffen, etwas weniger deutsch zu sein, wenn sie Partei für Deutschenfeindlichkeit ergreifen.

• **FUNDAMENTALIST**

Ein Fundamentalist ist einer, der die Fundamente seines Glaubens nicht zur Disposition stellt, sie insbesondere nicht der jeweils neuesten Wendung des Zeitgeistes opfert, weil er in der Überzeugung lebt, daß Gott bestimmte Erwartungen an ihn und seine Lebensführung hegt, über die er sich nicht hinwegsetzen möchte. Wer so denkt, ist nicht korrumpierbar: Er läßt sich weder kaufen noch zu etwas zwingen. Daß die Gesellschaft ihn bestenfalls als sonderbar empfindet, erträgt er - er selbst findet sie, die

Gesellschaft, noch viel sonderbarer. Er ist der geborene Nonkonformist und damit nicht nur den Machthabern unbehaglich, deren Kontrolle er sich entzieht, sondern auch seinen Mitmenschen, denen jeder Wahrheits- und Sittlichkeitsbegriff abhanden gekommen ist und die deshalb *das* für wahr und sittlich halten, was »die Gesellschaft« ihnen vorgibt und was heute etwas ganz anderes sein kann als gestern. Der Fundamentalist erinnert durch seine schiere Existenz daran, daß man sein Leben auch anders führen könnte als ein Schwarmfisch.

So muß es einen auch nicht wundern, daß man ihn als Spinner und Fanatiker abzutun versucht, und daß das Wort »Fundamentalist« fast schon so negativ besetzt ist wie das Wort »Nazi«. Es ist zutreffend, daß es religiöse Fundamentalisten gibt, die Gewalt anwenden; dabei handelt es sich praktisch ausschließlich um Moslems, zu deren Glaubensfundamenten nun einmal die Pflicht zum Dschihad gehört. Fundamentalisten der meisten andern Glaubensrichtungen, insbesondere Christen, sind alles andere als gewalttätig, aber man wirft sie nur zu gerne mit Islamisten in einen Topf. Man tut so, als wisse man nicht, daß allen einschlägigen Untersuchungen zufolge Religiosität und Friedfertigkeit miteinander korrelieren und nur bei Moslems ein gegenläufiger Zusammenhang erkennbar ist.

- **GEDANKENGUT**

Einer der seltenen, aber um so faszinierenderen Fälle, in denen ein traditionell positiv besetzter Begriff (vgl. auch ->**rechts**, einen Begriff, der etymologisch und seman-

tisch mit »richtig« und »Recht« verwandt ist und auch damit assoziiert wurde) nicht etwa durch einen anderen, zur Polemik tauglicheren ersetzt, sondern entgegen dem spontanen Sprachempfinden negativ umgedeutet und in dieser Form polemisch verwendet wird.

Denn was könnte an einem »Gedankengut« schon schlecht sein? Selbst wenn man es kritisiert, gesteht man doch dem, der es verbreitet, zu, daß seine Ansichten auf *Gedanken* beruhen (und nicht etwa ->**dumpf** oder ->**krude** sind, obwohl die paradoxen Wortverbindungen »dumpfes/krudes Gedankengut« im Internet auch kursieren, wenn auch vergleichsweise selten). Und wer hätte schon etwas gegen ein *Gut*, welcher Begriff selbst als wertneutrales Substantiv normalerweise etwas bezeichnet, das man gerne haben möchte oder dessen Besitz man doch zumindest nicht ausschlagen würde?

Und doch wird der Begriff fast ausschließlich in negativer, distanzierender Art und Weise, gewissermaßen naserümpfend gebraucht: Fast niemand nennt seine eigenen Ideen »Gedankengut«, wohl aber die des Gegners, und fast niemals, um sich mit dem Inhalt des jeweiligen Gedankenguts auseinanderzusetzen, sondern um eben dies *nicht* zu tun.

Googelt man nach politischen Adjektiven, die mit »Gedankengut« verbunden sind, so ist das »rechte Gedankengut« mit 90600 Fundstellen³² unangefochtener Spitzenreiter; und obwohl der Begriff stets in einem feindseligen Sinne benutzt wird und deutlich pejorative Ausdrücke zur Verfügung stünden (sie werden auch verwendet, nur eben deutlich seltener), ziehen die meisten es vor, zum Zwecke der *Polemik* eine Wortverbin-

dung zu verwenden, die aus drei(!) von Natur aus *positiv* besetzten Begriffen besteht.

- **GENDER**

Bezeichnet das »soziale« im Unterschied zum biologischen Geschlecht. Nun ist es nicht prinzipiell verwerflich, zwischen biologischen, d.h. in historischen Zeiträumen nicht veränderbaren Vorgaben einerseits und geschlechtsspezifischen sozialen Erwartungen andererseits zu differenzieren. Letztere gelten in einem jeweils konkreten historischen und kulturellen Zusammenhang und unterliegen insofern durchaus der Veränderung - übrigens auch dann, wenn es keine Ideologen gibt, die diesen Prozeß zu steuern versuchen.

Eben dies ist aber in unserem Lande der Fall, und so wenig es verwerflich ist, verschiedenartige Sachverhalte auch begrifflich zu unterscheiden, so sehr ist es illegitim, relevante Sachverhalte nur deswegen zu unterschlagen, weil ihre Anerkennung der Verwirklichung utopischer Projekte im Weg steht.

Der Begriff »Gender« hat jedenfalls längst aufgehört, eine analytische Kategorie zu sein (und im Rückblick muß man sich fragen, ob er das jemals war), sondern ist zu einem Kampfbegriff geworden, der gegen die Natur des Menschen ins Feld geführt wird. Die Argumentation lautet ungefähr: Weil es *auch* soziale Rollen gibt (unter einer »Rolle« versteht die Soziologie die Gesamtheit der an einen Menschen gerichteten sozialen Erwartungen), gibt es keine menschliche Natur, auch keine geschlechtsspezifische Natur (von der jede einzelne Person

zwar in der einen oder anderen Weise abweicht, die sich aber durchaus generalisierend erfassen läßt). Es liegt auf der Hand, daß die zweite Behauptung sich nicht aus der ersten ableiten läßt, und daß die Möglichkeit, abstrakte Vorgaben unterschiedlich zu konkretisieren, kein Argument gegen die tatsächliche Existenz der Vorgabe ist.

Und doch muß aus einem bestimmten ideologischen Blickwinkel eben dies behauptet werden: Bereits das bloße Zugeständnis, daß es so etwas wie eine Natur des Menschen geben könnte, würde ja implizieren, daß nicht jeder gesellschaftliche Zustand X willentlich herbeigeführt werden, nicht jede Utopie Y auch verwirklicht werden kann. Das emanzipatorische Pathos, mit dem die »Befreiung« des »Menschen« von Zwängen, in diesem Fall »Rollenzwängen« eingefordert wird, soll die typische Doppelbödigkeit linker Ideologie verschleiern: nicht nur weil die bloße Befreiung *von* etwas an sich schon rein destruktiver Natur ist - Rollenerwartungen aller Art erfüllen schließlich jeweils bestimmte soziale Funktionen, und eine Gesellschaft ohne solche Erwartungen könnte nicht existieren -, sondern weil es überhaupt nicht darum geht, daß Menschen *selbst* entscheiden sollen, welche Erwartungen sie erfüllen möchten und welche nicht, sondern sich den Erwartungen utopistischer Ideologen anpassen sollen. Ob sie hinreichend »befreit« sind, erkennt man in deren Optik zuverlässig nur daran, daß sie sich an den Erwartungen besagter Ideologen orientieren.

Eine Frau etwa, die sich an der traditionellen Frauenrolle orientiert, wäre eben *daran*, daß sie dies tut, als nicht hinreichend »befreit« zu erkennen. Sie muß durch

massive Propaganda zu der vermeintlichen Erkenntnis gebracht werden, daß sie ein »Heimchen am Herd« sei, wenn sie keine Karriere anstrebt, ein »Sexualobjekt«, wenn sie heterosexuell ist und das Bett mit einem Mann (statt mit einer lesbischen Feministin) teilt, nicht hinreichend »modern«, wenn dieser Mann auch noch ihr Ehemann ist, und »unterdrückt«, wenn sie sich zu diesem Zweck einen Mann aussucht, der kein effeminierter Softie ist. Und damit auch ja keine andere Botschaft als diese vernehmbar ist, müssen die Medien darauf hin überwacht (und gegebenenfalls auch zensiert) werden, daß sie es unterlassen, Frauen als »minderwertige Wesen, Mütter oder Sexualobjekte«³³ darzustellen. Das nennt sich dann »Befreiung«.

- **GENDER MAINSTREAMING**

Verschleiender Anglizismus; die angemessenen deutschen Bezeichnungen wären »Geschlechtergleichmacherei« oder »Verzwitterung«.

- **GENERALVERDACHT**

->**Vorurteil**

- **GESICHT ZEIGEN**

»Gesicht zeigen« ist eine Forderung, die sich selbstverständlich nicht an Burka- oder Niqabträgerinnen richtet (eine solche Forderung wäre in der BRD-Terminologie ->**islamophob**), sondern die Aufforderung enthält,

sich öffentlich »für ein weltoffenes Deutschland«, »gegen Rechtsextremismus«, »gegen Xenophobie, Rassismus, Antisemitismus und jede Form rechter Gewalt« oder auch ganz einfach »gegen Rechts« zu engagieren, also zu dokumentieren, daß man mit den Bekenntnisforderungen praktisch aller gesellschaftlichen Großorganisationen, von Parteien und Regierungen bis hin zu Banken und Sportverbänden, konform geht. Es handelt sich um die **BRD**-Version des **DDR**-Slogans »Sag mir, wo du stehst«. Das verlogene Pathos, mit dem hier suggeriert wird, es handele sich um einen Akt der -»**Zivilkourage**, verdeckt in beiden Fällen, daß in der **BRD** so wenig wie in der **DDR** Mut dazu gehörte, sich dieser Forderung zu beugen, wohl aber dazu, sich ihr zu verweigern.

• GEWALT, RECHTE

Wenn man in der meistbenutzten Suchmaschine nach »islamischer Gewalt« oder »islamistischer Gewalt« sucht, erhält man 7170 bzw. 6250 Treffer, »Ausländergewalt« und »Migrantengewalt« bringen es auf 44100 bzw. 43800, »linke Gewalt« auf 45100 Suchergebnisse. Einziger Spitzenreiter ist die »rechte Gewalt« mit 212000 Treffern.³⁴ Mit der Kriminalstatistik stimmt diese Verteilung selbstverständlich nicht überein, sie spottet ihrer geradezu. Was wir an der Trefferverteilung ablesen können, ist, wie sehr die Medien die »rechte Gewalt« zum -»**Klischee** gemacht haben.

- **GLOBALISIERUNG**

Selbstverständlich ist das Wort »Globalisierung« nicht per se eine demagogische Phrase. Die Zunahme grenzüberschreitender Handels-, Verkehrs- und Kommunikationsströme ist zu einem erheblichen Teil Konsequenz technischer Entwicklungen, die eine vertiefte internationale Arbeitsteilung erst möglich machen, dann aber bis zu einem gewissen Grade auch erzwingen. In diesem Sinne ist Globalisierung eine empirisch beobachtbare Tendenz.

Die Demagogie beginnt erst dort, wo zwei deutlich unterscheidbare Begriffe von »Globalisierung« unterschiedslos miteinander vermengt werden, nämlich die empirisch beobachtbare Tendenz mit jenem utopistischen Elitenprojekt, das man praktischerweise auf denselben Namen getauft hat.

Dieses Elitenprojekt läuft, kurz gesagt, auf die Schaffung einer globalen Marktwirtschaft mit der von der (neo-)klassischen Ökonomie postulierten umfassenden Mobilität aller Produktionsfaktoren einschließlich des Faktors Arbeitskraft, das heißt auf die Gewährung umfassender Migrationsfreiheit hinaus.³⁵ Da eine Marktwirtschaft nicht ohne Regelungen auskommt, zugleich aber Marktverzerrungen unterläge, wenn diese Regelungen in einer globalen Wirtschaft nicht auch global einheitlich wären, bedarf es nach der Logik neoklassischer Ökonomie weltweit einheitlicher Gesetze und daher eines Weltstaates oder eines funktionalen Äquivalents dazu, das in Keimform in Gestalt des **IWF** oder der **WTO** bereits existiert.

Die Etablierung solcher Strukturen, gegen die die Nationalstaaten faktisch keine Einspruchsmöglichkeit haben, bedeutet *die Institutionalisierung des unbedingten*

Vorrangs der Ökonomie und spezifisch ökonomischer vor allen anderen Lebensbereichen, Zielen und Interessen.

Daß solche Strukturen nicht demokratisch kontrollierbar, sondern das ideale Biotop für Kräfte sind, die ein Interesse daran haben, für die sozialen Folgen ihres Handelns nicht verantwortlich gemacht zu werden, liegt auf der Hand und ist geradezu trivial. Trivial, zumindest für Wirtschaftstheoretiker, ist auch, daß die Zulassung globaler Migrationsfreiheit zur globalen Angleichung der wirtschaftlichen Lebensverhältnisse führt; diese werden (d.h. *sollen*, denn dies ist wohlgerne ein Projekt, keine Entwicklung, die »von alleine« eintritt) sich irgendwo zwischen dem Niveau der heutigen Schweiz und des heutigen Kongo einpendeln. Letzteres freilich nur *ceteris paribus* (unter der Voraussetzung, daß alle anderen Umstände gleich bleiben), das heißt wenn sich durch die Massenmigration die kulturellen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns nicht grundlegend verändern - was aus der Sicht eines Sozialwissenschaftlers, sofern er keine außerwissenschaftlichen Rücksichten auf die Interessen von Drittmittelgebern zu nehmen braucht, eine groteske Erwartung ist: Mit der forcierten Durchmischung von Völkern werden zwangsläufig die »weichen« kulturellen Faktoren - Normen, Konsense, Zugehörigkeitsgefühle, Solidargemeinschaften, Erwartungssicherheit - zerstört, denen Gesellschaften ihre Fähigkeit verdanken, sich weitgehend ohne staatliche Eingriffe auf der Alltagsebene selbst zu regulieren.

Realistischerweise sind also in Europa Verhältnisse zu erwarten, die weitaus mehr denen im heutigen Kongo als denen in der heutigen Schweiz ähneln. Da kein Staat

gesellschaftliche Zerfallstendenzen dieser Art kompensieren kann, wird er sich zum Teil aus seiner Ordnungsfunktion zurückziehen - wie es in zahlreichen europäischen Großstädten jetzt schon zu beobachten ist während er die Lebensbereiche, die er unbedingt kontrollieren *muß*, einem umfassenden Kontrollnetz unterwerfen wird. Und der »Staat«, der dies tut, wird kein Nationalstaat, sondern ein Globalregime oder eine seiner Filialen, in Europa also die EU sein, im Verhältnis zu der die bisherigen Nationalstaaten kaum mehr als Gebietskörperschaften und insofern Befehlsempfänger sein werden. Für Freiheit, für Demokratie, wird in dieser angestrebten Welt kein Platz sein.

Die zielstrebige und offen angestrebte Entmachtung der Nationalstaaten dient dazu, das Instrument zu zerbrechen, mit dessen Hilfe speziell die europäischen Völker sich sonst womöglich der Zerstörung ihrer Lebenswelt und dem an ihnen begangenen kalten Genozid widersetzen könnten.

Dieses Projekt ist gemeint, wenn die herrschenden wirtschaftlichen, politischen und medialen Eliten von »Globalisierung« sprechen, und dies ist nicht etwa eine willkürlich Unterstellung: Sie selbst sagen es uns, wenn auch in einer ideologiegetränkten Sprache, die sich allerdings unschwer dechiffrieren läßt, wenn man erst weiß, worauf man zu achten hat.

Zur Durchsetzung dieser Politik, an der außer einer verschwindenden Minderheit von Superreichen niemand ein Interesse haben kann, wird die »Globalisierung« als ein unentrinnbares Schicksal dargestellt. Es wird so getan, als müßte das, was objektiv an Globalisierungsten-

denzen beobachtbar ist, zwangsläufig und sozusagen von alleine zur Entmachtung der Nationalstaaten, zur Entdemokratisierung und Ermächtigung supranationaler Organisationen und zu Migrationswellen in einem seit der Völkerwanderung nicht mehr gekannten Ausmaß führen, d.h. die politische Klasse stellt die Dinge so hin, als treibe sie nur eine ohnehin unvermeidliche Entwicklung voran und malt als Alternative zu dieser Politik riesige Katastrophen an die Wand. Die demagogischen Mätzchen, derer sie sich dabei bedient, seien hier am Beispiel eines Interviews³⁶ demonstriert, daß Wolfgang Schäuble im Zusammenhang mit der Euro-Krise dem *Spiegel* gegeben hat:

»*Spiegel*: Herr Minister, die EU steckt in der schwersten Krise ihrer Geschichte, der Euro droht auseinanderzubrechen, was steht auf dem Spiel?

Schäuble: Unser Wohlstand. Die Welt mit ihrer globalisierten Wirtschaft verändert sich rasend schnell. Wer da mithalten will, kann das nicht allein. Das geht nur gemeinsam mit den anderen europäischen Ländern und mit einer europäischen Währung. Sonst würden wir stark zurückfallen, und das wäre mit einem erheblichen Verlust an Wohlstand und sozialer Sicherheit verbunden.«

Wer da mithalten will, kann das nicht allein? Länder von der Größe Singapurs, Taiwans und Südkoreas können es sehr wohl, ohne an einer Währungsunion teilzunehmen. Großbritannien, Schweden und Dänemark können es, ohne den Euro zu haben. Die Schweiz und Norwegen können es, ohne auch nur Mitglied der Union zu sein. Es mag diskutable Gründe geben, einen großen Währungs-

raum zu haben, etwa um die Abhängigkeit vom Dollar zu verringern, aber die pauschale Behauptung »Sonst würden wir stark zurückfallen, und das wäre mit einem erheblichen Verlust an Wohlstand und sozialer Sicherheit verbunden« ist offenkundig demagogische Panikmache. Und was die soziale Sicherheit betrifft, so gibt es keinen zweiten Faktor, der deren Finanzierbarkeit so sehr strapaziert, wie die von Schäuble befürwortete und ebenfalls mit einer fatalistisch hinzunehmenden Globalisierung begründete Masseneinwanderung.

»Spiegel: Würde die EU den Zusammenbruch der Währungsunion überleben?

Schäuble: (...) Aber ein Auseinanderbrechen der EU wäre doch absurd. Die Welt rückt enger zusammen, und in Europa würde jedes Land wieder seine eigenen Wege gehen? Das kann, darf und wird nicht sein.«

Die Welt rückt zusammen? Das ist richtig im Hinblick auf internationale Arbeitsteilung, auf globale Kommunikation, auf schnelle Verkehrsverbindungen. Daß Staaten deswegen ihre Souveränität freiwillig aufgeben, gibt es aber nirgends auf der Welt, nur in Europa. Es ist Europa, das einen Sonderweg geht, nicht der Rest der Welt, in dem nach wie vor jedes Land »seine eigenen Wege geht«. Die »zusammenrückende Welt« ist ein Synonym für »Globalisierung«. Auch hier haben wir es mit dem Taschenspielertrick zu tun, eine beobachtbare Tendenz mit einem utopistischen Projekt gleichzusetzen, um damit dieses Projekt durchzusetzen und sich unter Verweis auf angeblich **alternativlose** Notwendigkeiten vom Rechtfertigungszwang freizuzeichnen.

Interessant ist nebenbei auch, in welche Worte Schäuble seine Befürchtungen kleidet: Die »eigenen Wege«, die die Staaten sonst möglicherweise gehen würden, müßten ja nicht zwangsläufig *getrennte* Wege sein (es gäbe nur keine Handhabe, die Gemeinsamkeit des Weges zu *erzwingen*), und Schäuble behauptet auch nichts dergleichen; die bloße Tatsache, daß es eben *eigene* Wege wären: »Das kann, darf und wird nicht sein.«

»*Spiegel*: War es ein Fehler, den Euro einzuführen?

Schäuble: Nein, die Währungsunion war die logische Folge der fortschreitenden wirtschaftlichen Integration Europas.«

Logische Folge? Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Je stärker die internationalen Abhängigkeiten werden, und je mehr dadurch für jedes Land die Gefahr wächst, in den Strudel von Krisen gerissen zu werden, die es weder verursacht hat noch aus eigener Kraft bewältigen kann, desto wichtiger ist es, wenigstens *die* Steuerungsinstrumente in der Hand zu behalten, die ihm ermöglichen, die Krisen aus eigener Kraft wenigstens zu lindern, und dazu gehört allemal die Währungspolitik. Wenn es ein Land in der Anwendung dieses Instruments übertreibt, etwa mit der Inflationierung seiner Währung, dann bleiben die daraus resultierenden Probleme zumindest auf dieses Land beschränkt, statt, wie jetzt, europäische Krisen auszulösen. Die abenteuerliche Geld- und Fiskalpolitik der Griechen war einzig deren Problem, solange es die Drachme gab. Erst mit dem Euro wurde sie zu unser aller Problem, und dies war in der Tat eine *logische Folge*. Grenzen, auch Währungsgrenzen, tragen dazu bei,

Probleme (die nicht zuletzt durch Globalisierungsprozesse erzeugt werden) lokal einzudämmen. Sie zu beseitigen und dies ausgerechnet mit der Globalisierung zu begründen, ist so intelligent, als würde man aus einer erhöhten Brandgefahr den Schluß ziehen, Brandmauern einzureißen.

»*Spiegel*: Trotz allem war der Euro eine Mißgeburt. Weil die notwendige politische Union fehlte.

Schäuble: (...) ... klar, wir wollten schon damals gern eine politische Union, aber das war nicht möglich. Deutschland wäre bereit gewesen, Kompetenzen an Brüssel abzugeben, denn wir haben ja nach dem Zweiten Weltkrieg nur durch Europa eine neue Chance bekommen.³⁷ (...) Wir standen also vor der Frage: Führen wir den Euro ein, ohne daß wir die notwendige politische Union haben, und gehen davon aus, daß der Euro dazu führt, daß wir uns einander stärker annähern ...«

... was in diesem Kontext ja nur bedeuten kann, daß die durch den Euro verursachten Probleme die politische Union erzwingen werden ...

»... oder lassen wir es ganz bleiben.

Spiegel: Und in dieser Situation sind Sie lieber volles Risiko gegangen.

Schäuble: (...) Deshalb wollten wir erst den Euro einführen und dann rasch die notwendigen Entscheidungen zur politische Union treffen. (...)

Spiegel: Klingt fast so, als hätten Sie die Krise herbeigesehnt, um endlich die Geburtsfehler des Euro auszumerzen.

Schäuble: So schlimm ist es nun auch wieder nicht. (...) Aber je mehr die Menschen sehen, was auf dem Spiel steht, desto mehr sind sie bereit, die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Spiegel: Was sind denn die Konsequenzen, die Europa nun ziehen muß?

Schäuble: Wir brauchen mehr Europa und nicht weniger.«

Was Schäuble uns hier sagt, ist nicht mehr und nicht weniger, als daß die politische Klasse Europas sich von Anfang an darüber im Klaren war, daß der Euro nicht funktionieren konnte, aber Krisen und Probleme herbeiführen würde, die dann als Vehikel dienen würden, eine politische Union herbeizuführen, die sonst nicht durchsetzbar gewesen wäre. Schäuble dementiert ganz nebenbei seine von ihm selbst eben noch aufgestellte Behauptung, der Euro sei eine »logische Folge der wirtschaftlichen Integration Europas« gewesen. Dieselben Politiker, die heute zugeben, daß sie gelogen und absichtlich Fehlentscheidungen getroffen haben, um einen von ihnen gewollten und keineswegs alternativlosen Weg zu erzwingen, und sich dessen sogar rühmen, erwarten nun, daß die von ihnen betrogenen Opfer sich ihnen noch einmal anvertrauen, weil sie »sehen, was auf dem Spiel steht« (nämlich »Wohlstand und soziale Sicherheit«), weil dies in einer »zusammenrückenden Welt« ->**alternativlos** sei, obwohl jedes Wort, das sie sagen, demonstriert, daß Wohlstand und soziale Sicherheit der ihnen vertrauenden Bürger das Letzte ist, was sie interessiert.

- GUTMENSCH

Ein ambivalentes Wort, je nachdem, wer es benutzt: Ursprünglich handelte es sich wohl um die wohlwollende, wenn auch leicht spöttische Bezeichnung eines bestimmten Menschenschlags, wurde dann von just den so bezeichneten Menschen als Selbstbeschreibung übernommen (da sie sich selbst gerne als gute Menschen sehen), von anderen eher als Schimpfwort verwendet. Was die Betroffenen wiederum gar nicht verstehen können. Die allseits bekannte Margot Käßmann zum Beispiel fragte beim Evangelischen Kirchentag 2011 ganz bestürzt, wie es nur dahin habe kommen können, daß »Gutmensch« zum Schimpfwort geworden sei.³⁸

Das hat zum Beispiel damit zu tun, daß ein »Gutmensch« etwas anderes als ein *guter Mensch* ist - sonst könnte man ihn ja gleich als solchen bezeichnen. Im Privatleben kann ein Gutmensch so gut oder böse sein wie irgendein anderer Mensch auch - den *Gutmenschen* erkennt man als solchen daran, daß er im *politischen* Bereich das *Gegenteil* von dem tut, was allgemein als moralisch gilt:

So gilt etwa die Einstellung des Pharisäers, der glaubt, allein schon durch die Bejahung bestimmter Glaubensartikel moralisch vortrefflich zu sein und auf andere Menschen moralisch hinabsehen zu können, zumindest im christlichen Kulturkreis keineswegs als moralisch gut. Eben dies ist aber die Einstellung des Gutmenschen, der dieser Einstellung wegen Andersdenkenden gegenüber zu einem frappierenden Maß an Bösigkeit und Arroganz fähig ist.

Der Gutmensch glaubt, die Grundlage aller Moral seit Adam und Eva, nämlich die Bevorzugung des Nächsten (der nicht zufällig der *Nächste* genannt wird) gegenüber dem Fernerstehenden, sei irgendwie »böse« und Gott habe sich geirrt, als er sagte »Liebe deinen Nächsten wie dich selbst«; nach Ansicht des Gutmenschen hätte er sagen müssen: »Liebe deinen Übernächsten mehr als dich und den Nächsten zusammen«.

Einen Menschen, der sich selbst, und zwar in seinem privaten Bereich, für andere aufopfert, betrachten wir mit Recht als einen guten Menschen, und er genießt hohes moralisches Ansehen (zumindest wenn er kein Pharisäer ist), auch wenn (und gerade weil) er sich davon nichts kaufen kann.

Selbst dann aber gelten Mindestmaßstäbe elementarer traditioneller Loyalität, die für Gutmenschen nicht gelten: Zum Beispiel wurde 1993 die weiße amerikanische Anti-Apartheids-Aktivistin (!) Amy Biehl in Südafrika von einem schwarzen Mob aus dem einen Grund gelyncht, daß sie eben *weiß* war. Die »Wahrheits- und Versöhnungskommission« des anglikanischen Erzbischofs Desmond Tutu glaubte, den vier verurteilten Mördern »politische Motive« zuerkennen zu dürfen, woraufhin diese freikamen - und jetzt kommt es: Der Vater der Ermordeten, Peter Biehl - stolz darauf, seiner Tochter die »antirassistische« Ideologie ein- und die kluge Vorsicht ausgetrieben zu haben, die ihr gesagt hätte, daß es gefährlich ist, sich als Weiße allein in ein schwarzes Township zu begeben -, *gratulierte* den Mördern zur Freilassung, freundete sich mit zweien von ihnen an (die beiden anderen begingen Vergewaltigungen und muß-

ten untertauchen) und sagte: »Wir hoffen, daß sie die nötige Unterstützung erhalten werden, um ein produktives Leben in einer gewaltlosen Atmosphäre zu führen.«³⁹ Ein solcher Mann ist zweifellos ein Gutmensch - aber ist er wirklich ein guter Mensch? Anders gefragt: Möchte man so einen zum Vater haben?

Es kommt bisweilen vor, daß menschliche Seelen mit pseudoreligiösen Wahnideen vergiftet werden und die Betroffenen sich dann selbst über elementare moralische Pflichten hinwegsetzen, in dem Glauben, gerade darin liege die Moral. Insofern mag man einem Peter Biehl, der dem Götzen »Antirassismus« opfert, trotz allem noch die Art Mitleid entgegenbringen, die man auch für andere Sektenopfer übrig hat. Der typische Gutmensch ist allerdings einer, der nicht selbst Opfer bringt, sondern andere Menschen dazu zwingen will; der jegliche Loyalität gegenüber dem eigenen Gemeinwesen, dem eigenen Volk, der eigenen Kultur, der eigenen Kirche aufgekündigt hat, und von *diesen*, letztlich also von *anderen*, verlangt, sie hätten sich gefälligst aufzuopfern. Und der dabei als Angehöriger der Sozial-, Integrations- oder Ideologieindustrie mit der Beteiligung an deren Zerstörungswerk womöglich noch seinen Lebensunterhalt verdient.

Ein Gutmensch ist einer, der ein guter Mensch sein *will*, aber keiner sein *kann*, weil er den Preis dafür nicht bezahlen will: den ständigen Kampf, das Übersichhinauswachsen, die Selbstprüfung, die notwendig ist, wenn man die *Sünde* überwinden und der eigenen Unvollkommenheit etwas abringen will, was in den Augen Gottes wenigstens halbwegs vorzeigbar ist. Ein Gutmensch ist einer, der eine Abkürzung zu kennen glaubt:

Man muß nur die passenden Forderungen stellen - Bleiberecht für alle Flüchtlinge, die man möglichst per Luftbrücke aus Afrika einfliegen läßt, weil »wir« sonst dafür verantwortlich seien, wenn Menschen, die niemand nach Europa eingeladen hat, sich in seeuntüchtigen Seelenverkäufern von Afrika aus nach Europa einschiffen und folglich im Mittelmeer ertrinken -, und schon hat man sich selbst als edel, hilfreich und gut ausgewiesen. Man muß freilich auch ein paar Details vergessen:

Man muß vergessen, daß die Staaten Europas über hochentwickelte, informationsbasierte Volkswirtschaften verfügen, die dummen, ungebildeten oder unqualifizierten Menschen schon jetzt zu wenige Arbeitsplätze anbieten. Man muß vergessen, daß diese Knappheit sich mit weiterem technischem Fortschritt verschärfen und nicht etwa entspannen wird. Man muß vergessen, daß aus diesem Grund Immigranten aus Drittweltländern überdurchschnittlich häufig auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, und daß dies noch der günstigere Fall ist; der ungünstigere ist, daß sie ihren Lebensunterhalt durch Kriminalität bestreiten. Man muß vergessen, daß von Integration der bereits vorhandenen Immigranten nicht die Rede sein kann, und zwar wegen derer mangelnden Anpassungsbereitschaft und -fähigkeit, und daß dieser Befund sich keinesfalls auf Moslems beschränkt.

Und nun schlagen Gutmenschen ernsthaft vor, Immigranten aus der Dritten Welt nach Europa zu verschiffen und die Probleme noch zu verschärfen, die letztlich daraus resultieren, daß immer mehr Menschen die Leistungen des Sozialstaats in Anspruch nehmen und immer weniger sie erbringen; daß Menschen aus

Gewaltkulturen in ein befriedetes Europa einwandern, ohne sich freilich selbst zu befrieden; daß die Völker Europas von Mitbewohnern heimgesucht werden, die sie sich nicht ausgesucht haben, und die sie sich, hätte man sie gefragt, auch nicht ausgesucht *hätten*, die den Einheimischen weder Sympathie noch Achtung entgegenbringen und sich ihren Staaten nicht verpflichtet fühlen, dafür aber in zunehmendem Maße politische Rechte einfordern.

Gutmenschen sind Leute, die so lange Flüchtlinge aufnehmen werden, bis keine mehr kommen, weil die Verhältnisse in Europa dann genau denen entsprechen werden, vor denen vorher die Flüchtlinge geflohen sind. Gutmenschen sind Leute, die es für ein moralisches Verdienst halten, grundsätzlich nur die Interessen von Minderheiten zu vertreten, von Feministinnen, Migranten, Moslems, Schwarzen, Schwulen und Lesben, und für unmoralisch, daß Männer und nichtfeministische Frauen, Deutsche, Christen, Weiße und Heterosexuelle überhaupt existieren. *Wenn* sie aber schon existieren, so die Gutmenschen, dann sollen sie wenigstens ihren Mund halten, in Sack und Asche gehen und sich ihrer »Intoleranz« schämen (d.h. sich schämen, daß sie überhaupt Interessen zu haben und gar zu artikulieren wagen). Gutmenschen sind Leute, die ihresgleichen hassen und es daher nötig haben, sich selbst zu beweisen, daß sie selbst doch »gut« und nur die Anderen »böse« sind. Gutmenschen sind Leute, die von einer -»**besseren Welt**« träumen und gerade deswegen nicht ruhen werden, bis die Welt so weit »verbessert« ist, daß sich in ihr nur noch Verrückte, Perverse, Verbrecher und Schma-

HASS

rotzer wohlfühlen. Gutmenschen sind Leute, die die eigenen Kirchen ruinieren, auf die eigene Kultur spucken und das eigene Volk über die Klinge springen lassen, nur damit es ihrem Seelchen gut geht.

Und Gutmenschen sind vor allem Leute, die es fertigbringen, sich trotzdem noch darüber zu wundern, daß das Wort »Gutmensch« ein Schimpfwort ist.

• HASS

Wer einen anderen nicht zu Wort kommen lassen, sich mit seinen Argumenten nicht auseinandersetzen und sich nicht fragen will, ob dieser Andersdenkende womöglich legitime Interessen vertritt, hat in einer Gesellschaft, die sonst so stolz auf ihren (möglichst herrschaftsfreien) Diskurs und ihre »**Toleranz**« ist, ein Legitimationsproblem: Er muß irgendeinen rhetorischen oder ideologischen Dreh finden, sich von seinen Toleranzpflichten freizuzeichnen, und typischerweise geschieht dies dadurch, daß man dem Andersdenkenden intellektuelle oder moralische Defizite unterstellt.

Eines der Totschlagwörter, die in solchen Zusammenhängen typischerweise verwendet werden, ist das Wort »Haß«. Der Andere *kann* gar nicht Recht haben, weil all seine Argumente, und füllten sie ganze Bibliotheken, »in Wirklichkeit« nur Rationalisierungen oder Bemäntelungen seines »Hasses« sind - was freilich selbst dann kein Gegenargument wäre, wenn es zuträfe.

Konkretisieren wir diesen Sachverhalt *pars pro toto* am Umgang der veröffentlichten Meinung mit Islamkritikern: Da es am Islam bekanntlich nichts zu kriti-

sieren gibt, können Islamgegner nur vom »Haß« beseelt sein. Da lohnt es sich selbstredend nicht, sich mit dem Islam, seinen Lehren und seiner Geschichte kritisch zu befassen; es lohnt sich nicht, die Zustände in islamisch bereicherten Stadtvierteln unter die Lupe zu nehmen; erst recht lohnt es sich nicht, den Koran zu lesen. Nur ja nichts zur Kenntnis nehmen, was den eigenen Glaubensartikeln widerspräche.

Je mehr die Wirklichkeit den Illusionen der Linken und Liberalen ins Gesicht schlägt, und je fadenscheiniger die Argumente werden, auf die sie ihre Dogmen stützen, desto wütender verunglimpfen ihre Ideologen den, der die Wahrheit ausspricht, getreu dem Prinzip orientalischer Despoten, den Überbringer der schlechten Nachricht zu köpfen.

Jede utopistische Weltanschauung gerät über kurz oder lang an den Punkt, wo sie totalitär wird, weil sie niemandem mehr einleuchtet; an den Punkt, wo sie auf Terror zurückgreifen muß, weil ihr die Argumente ausgehen. Hetze und Verleumdung sind die Vorboten dieses Terrors, und die Rede vom »Haß« ist nichts anderes als ein Freibrief zum Haß auf den vermeintlich Hassenden.

Utopistische Ideologien haben ihren Lebenszyklus, und mit ihrer geistigen und moralischen Degeneration wächst das totalitäre Element. Der Marxismus zum Beispiel war unter Marx ein Gedankengebäude von philosophischer Tiefe und geistiger Kraft; unter Lenin bereits sank er zur technischen Revolutions- und Diktaturanleitung, unter Stalin zur sterilen Herrschaftsideologie herab.

In jeder Phase hat die Ideologie die zu ihrem aktuellen Stand passenden Vertreter, an denen man ihren Zu-

stand ablesen kann: zuerst die hochherzigen Idealisten, dann die abgebrühten Zyniker - die aber wenigstens als solche noch eine Art von Respekt abnötigen -, am Ende dann die mediokren Opportunisten.

Daß die bundesdeutsche Leitideologie sich just in diesem Endstadium befindet, in dem sie auf Zensoren, Phrasendrescher und Gesinnungsschnüffler angewiesen ist, kann man unschwer an der epigonalen Drittklassigkeit ihrer Propagandisten ablesen. Es sind nur noch die kleinen, die korrupten, die engstirnigen, die unredlichen, die un kreativen Geister, die sich dafür hergeben, sie zu vertreten. Was sich hierzulande »öffentlicher Diskurs« nennt, ist diesem Menschenschlag gemäß, der es nötig hat, seine geistige Impotenz durch denunziatorischen Eifer zu kompensieren, und dem gar nicht in den Sinn kommt, wie sehr er durch sein ständiges moralisierendes Gezeifer über anderer Leute angeblichen »Haß« den eigenen Mangel an geistiger Souveränität im selben Maße offenlegt, wie er ihn zu kaschieren sucht.

Wenn die Macht im Lande in den Händen eines Kartells von Drittklassigen liegt, die sich gegenseitig ihre Erstklassigkeit bescheinigen, dann liegt darin zweifellos etwas »Demokratisches«. Ich freilich ziehe es vor zu sagen, daß der Bundesrepublik gelungen ist, woran die DDR gescheitert war: nämlich die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Das, was es an politisch motiviertem Haß insbesondere auf der politischen Rechten in der Tat gibt, gilt *nicht*, wie diese Elitendarsteller des Establishments es gerne darstellen möchten, irgendwelchen Minderheiten; die Zurückweisung illegitimer bis unverschämter Forderungen

gen von Minderheiten auf »Haß« zurückzuführen, ist grotesk. Nein, er gilt just dem herrschenden Machtkartell *selbst*, weil dieses Kartell nach jedem hergebrachten und denkbaren Maßstab ein Kartell von Verrätern ist.

Irgendwo wissen sie das auch; und sie wissen, daß sie dies nicht zugeben dürfen, weil es sich in eigener Sache immer sehr schlecht plädiert. Die Rede vom »Ausländerhaß«, »Moslemhaß«, »Schwulenhaß« usw. ist der Versuch, davon abzulenken, daß *sie selbst* die Zwölf in der Zielscheibe sind.

- **HERAUSFORDERUNGEN**

Wo man früher von »Problemen« sprach, spricht man heute von »Herausforderungen«. Wenn in einer Stellenausschreibung von einer »herausfordernden Umgebung« gesprochen wird, sollte jedem klar sein, daß es sich bei dem ausschreibenden Unternehmen um einen Saftladen handelt, dessen Mitarbeiter von früh bis spät mit Problemen überschwemmt werden, derer das Management nicht Herr geworden ist; dem potentiellen Bewerber freilich wird suggeriert, durch die Tätigkeit in diesem Unternehmen werde er zu einer Art Ritter, der in silbrig schimmernder Rüstung »Herausforderungen« annimmt - und daß er ein Weichei sei, wenn er es nicht tut.

Die Häufigkeit dieses Appells an traditionelle Männlichkeitsbilder dementiert ganz nebenbei auf subtile Weise die sonst ideologisch propagierten »sozialen Kompetenzen«, »Teamfähigkeiten«, »interkulturellen Sensibilitäten« und »soft skills«, die angeblich so gefragt sind. Wichtige Positionen vertraut man im Zweifel eben doch

lieber Personen an, die mit einem »Hurra« auf den Lippen in die Schlacht reiten, und genau so versucht sich eben auch darzustellen, wer es zu etwas bringen oder die erreichte Position behalten will.

Dabei kann es sich durchaus um eine Frau handeln, etwa um Angela Merkel, die kaum eine Rede halten kann, ohne das H-Wort zu erwähnen. Aus dem Munde von Politikern erfüllt dieses Wort nämlich noch einen anderen Zweck als den der heroischen Selbstdarstellung: Ein *Problem* kann viele Ursachen haben, eventuell hat man es sich sogar selbst eingebrockt - eine *Herausforderung* dagegen kommt immer von außen. Da kommt das Publikum nicht auf den Gedanken zu fragen, warum die Regierung ständig in Probleme verstrickt ist, die eine *fähige* politische Klasse gar nicht erst hätte.

- **HERAUSFORDERUNGEN, GLOBALE**

Eine besondere Kategorie von Herausforderungen sind die, die mit dem Attribut »global« versehen werden: Globale Herausforderungen sind solche, die »nicht von Nationalstaaten allein gemeistert werden können«, sondern »globales Handeln«⁴⁰ erfordern, weil wir sie »nur gemeinsam bewältigen«⁴¹ bzw. weil wir »nur gemeinsam und mit vereinten Kräften in Europa erfolgreich sein können«.⁴²

Anders ausgedrückt: Eine »globale Herausforderung« ist das, was man braucht und worauf man sich berufen muß, wenn man den Nationalstaat beseitigen will.

Dabei gibt es durchaus globale Herausforderungen, sprich Probleme: etwa die Existenz einer global vernetz-

ten politischen Klasse, global agierender Institutionen wie des IWF, global intervenierender Großmächte wie der USA und ihres Anhängsels NATO, globaler Medienkonzerne, die global ihre Propaganda verbreiten. Unglücklicherweise haben gerade diese Probleme die Neigung, sich selbst als Lösungen auszugeben.

- **HOLOCAUST**

Während im Englischen das Wort »holocaust«, das im Altgriechischen ursprünglich ein religiöses Brandopfer bezeichnete, schon im 19. Jahrhundert im Sinne von »Massenmord« verwendet wurde, ist es im Deutschen erst seit der gleichnamigen US-Fernsehserie von 1978 geläufig und bezeichnet hier ausschließlich den Massenmord an Juden durch die Nationalsozialisten.

Diese Ausschließlichkeit stellte sich allerdings keineswegs von selbst ein: Es gab durchaus Versuche einer analogen Verwendung des Begriffs von linker (»atomarer Holocaust«), christlich-konservativer (»Holocaust an den ungeborenen Kindern«) und rechter Seite (»Bombenholocaust« mit Bezug auf die Zerstörung Dresdens 1945). und es bedurfte mehrerer konzertierter Aktionen der ideologieproduzierenden Industrie, den Begriff ausschließlich für die Ermordung von Juden während des Zweiten Weltkriegs zu reservieren⁴³ und, verbunden damit, die These von der »Singularität« und »Unvergleichbarkeit« des so bezeichneten Vorgangs - die im Grunde bereits mit der Verwendung eines im Deutschen bis dahin unbekanntem Ausdrucks angedeutet war - als offiziöse Sprachregelung durchzusetzen.

HOLOCAUST

Da aber die geschichts- und sozialwissenschaftliche Analyse ihre Begriffe nicht anders als durch implizite oder explizite Vergleiche gewinnen kann, bedeutet das Postulat der Unvergleichbarkeit und Singularität nichts anderes, als der Wissenschaft die Zuständigkeit für den betreffenden Vorgang zu entziehen und eine eigens auf seine Deutung spezialisierte Quasitheologie zu etablieren, in der der Holocaust gleichsam eine negative Gottheit ist. In einem solchen Kontext ist es freilich konsequent, den Gegenstand dieser Theologie mit einem Wort religiösen Ursprungs (»Brandopfer«) zu benennen und die wissenschaftliche Forschung (die ja, wenn sie wirklich wissenschaftlich sein soll, ergebnisoffen sein muß) durch einen Blasphemieparagrafen in Gestalt von § 130 Abs. 3 StGB zu unterbinden, dadurch die Geschichtsforschung (und überhaupt die öffentliche Debatte) durch autoritären Wahrheitsoktroi auf ein bestimmtes Ergebnis festzulegen und ihr die Rolle der Apologetin einer Staatsreligion zuzuweisen.

Freilich werden keineswegs nur die Deutschen tagtäglich mit dem Holocaust konfrontiert: In den USA, die mit dem Thema eigentlich nichts zu tun haben, schießen die Holocaustgedenkstätten seit einigen Jahren nur so aus dem Boden, und die Vereinten Nationen begehen jedes Jahr einen Holocaust-Gedenktag - ein Privileg, das sie für andere Massenmorde der Geschichte nicht übrig haben, und das allein schon deutlich macht, daß die Quasireligion, die hier etabliert wird, eine Weltreligion sein soll.

Hier soll nicht einfach eines Massenmordes gedacht werden, derer es gerade im 20. Jahrhundert ziemlich

viele gab, hier soll ein *absolut Böses* definiert werden, zu dem jeder Mensch und jedes Volk sich verhalten soll. Es handelt sich mithin um die negative *Vergötzung* des Holocausts - während die Massenmorde Stalins oder Maos, denen ungleich mehr Menschen zum Opfer gefallen sind, sozusagen nur *relativ* böse sind und keineswegs dazu führen (sollen), die ihnen zugrundeliegende kommunistische Ideologie und (ehemals) kommunistisch regierten Völker so restlos zu diskreditieren, wie dies hinsichtlich der Ideologie der Nationalsozialisten und des deutschen Volkes offensichtlich für nötig erachtet wird.

Dies hat mehrere Folgen für die Art, wie die Öffentlichkeit zumindest westlicher Gesellschaften politische und gesellschaftliche Prozesse wahrnimmt:

Erstens wird auf diese Weise dafür gesorgt, daß Kritik am Judentum, an der Religion ebenso wie am jüdischen Volk, jüdischen Institutionen und sogar jüdischen Einzelpersonen - und wäre sie im Einzelfall noch so berechtigt - im Zweifel unterbleibt, weil niemand in den Verdacht des ->Antisemitismus kommen möchte, der ja als ideologische Grundlage des *absolut Bösen* definiert ist. (Allenfalls Kritik am Staat Israel gilt als gesellschaftlich akzeptabel, aber nur, sofern die Kritiker zuvor einen Kotau vor dem Holocaustgötzen machen, indem sie versichern, keineswegs Antisemiten zu sein, und sofern die Kritik vom Standpunkt einer prinzipiell nationalstaatsfeindlichen liberalen oder pazifistischen Ideologie vorgetragen wird.)

Zweitens wird die christliche Religion, deren Gründungsereignis - nämlich die Menschwerdung und Selbstopferung Gottes - bisher als einziges den Anspruch erheben konnte, »singulär« und »unvergleich-

bar« zu sein, diskreditiert und durch eine heidnische Negativreligion ersetzt.

Drittens wird durch die Privilegierung des Holocausts gegenüber den kommunistischen Massenmorden implizit ausgesagt, daß man im Namen einer *weltrevolutionären* Ideologie wie der kommunistischen durchaus ein paar Millionen Menschen umbringen darf, zumindest aber, daß dies bei weitem nicht so verwerflich ist, wie wenn man dasselbe aus nationalistischen Motiven tut. Die passende Moral für eine politische Elite, die sich nicht weniger als eine Neue Weltordnung zum Ziel gesetzt hat und - nicht zuletzt zu diesem Zweck - einen Krieg nach dem anderen anzettelt.

Viertens ist die Verteufelung Deutschlands die passende und insofern notwendige Komplementär-ideologie zu einer Geschichtsauffassung, wonach der »Fortschritt« hin zur »Globalisierung«, zur »globalen Ordnung«, zur »Neuen Weltordnung«, zur Verbreitung »westlicher Werte« oder ganz einfach zur Ausbreitung des amerikanischen Imperiums und eines ungehemmten globalen Kapitalismus unter Beseitigung der ihm entgegenstehenden Strukturen und Werte (Nationalstaaten, Völker, Religionen, Familien) das Nonplusultra der Geschichte darstelle und deren Widersacher (was Deutschland war und nach Meinung der globalen Eliten offenbar jederzeit wieder werden könnte) daher nur das fleischgewordene Böse sein könnten.

Fünftens wird dadurch das deutsche Volk als gleichsam ewiges »Tätervolk« abgestempelt und eine Ideologie propagiert, wonach es sein Lebensrecht verwirkt habe; dies wird selten ausgesprochen, ist aber die Hin-

tergrundannahme, ohne die etliche Taten und Worte deutscher Politiker schwerlich erklärbar wären. Aus dieser Ideologie folgt denn auch, daß die Ablehnung dieses autorassistischen Unwerturteils und der Versuch, die Fortexistenz dieses Volkes zu verteidigen, nur einer verwerflichen, nämlich rechtsextremen Gesinnung entspringen könne. Niemandem scheint dabei aufzufallen, daß derjenige, der ein ganzes Volk für lebensunwert erklärt, damit just *das* tut, was er den Nationalsozialisten vorwirft.

Sechstens wird diese ideologische »Lehre aus der Geschichte« nicht nur in Deutschland, sondern in allen westlichen Ländern verbreitet. Der Holocaust-Narrativ dient dabei als Schlußstein auf dem Paradigma der »White Guilt«, wonach weiße Völker aufgrund ihrer verdorbenen Natur »Schuld« auf sich geladen hätten, etwa in Gestalt des Kolonialismus, der Verdrängung und Unterdrückung von Indianern und anderen eingeborenen Völkern oder auch der Sklaverei (die in Wahrheit im abendländischen Kulturkreis ein kurzes Zwischenspiel war, nach islamischem Recht aber eine von Allah gewollte Institution ist und in vielen islamischen Ländern inoffiziell auch heute noch praktiziert wird und in afrikanischen Ländern praktiziert würde, wenn der Westen sie nicht abgeschafft hätte). Aus diesem Unwerturteil, das *alle* weißen Völker betrifft, sogar diejenigen, die gegen Hitler gekämpft haben, folgt, daß sie diese Schuld nun »büßen« müßten, indem sie ihre Länder dem Ansturm von Menschen aus der ganzen Welt preisgeben, und dies bedeutet die Ausdehnung der deutschfeindlichen Ideologie auf sämtliche abendländischen Völker. In

praktisch allen westlichen Ländern ist demgemäß die Selbstzerstörung zur öffentlichen Tugend und zum moralischen Gebot erhoben worden.

• HOLOCAUSTLEUGNER

Wenn irgend jemand es wagt, die Historizität jener Ereignisse (oder auch nur eines Teils davon) öffentlich zu bestreiten, die insgesamt als Holocaust bezeichnet werden, so bekommt er von der veröffentlichten Meinung der BRD sozusagen einen neuen Vornamen verpaßt, nämlich »Holocaustleugner«. Er heißt dann nur noch »Holocaustleugner Williamson«, »Holocaustleugner Mahler«, »Holocaustleugner Irving« und so weiter; was immer der Betroffene sonst noch gewesen sein, gesagt oder getan haben mag, verschwindet hinter einer Art Ganzkörperetikett, das keine andere Eigenschaft mehr sichtbar werden läßt und ihn restlos aus der Gemeinschaft aller gerecht und billig denkenden Menschen ausbürgert.

Dabei ist das Wort »Holocaustleugner« in sich so unwahr, daß gerade gerecht und billig denkende Menschen es eigentlich gar nicht benutzen und nur wirkliche Demagogen sich damit beschmutzen sollten:

Zum einen behauptet kaum einer der sogenannten Holocaustleugner, die Nationalsozialisten hätten *nicht* Massen von Juden umgebracht. Insofern ist das Wort »Leugnung« mindestens fragwürdig. Zum anderen bedeutet »Leugnung«, daß man etwas, was man subjektiv für wahr hält, gleichwohl für unwahr erklärt. Der Ausdruck »Holocaustleugner« impliziert also die Behauptung, die so Titulierten glaubten in Wahrheit *sehr wohl*

an die Richtigkeit des etablierten Geschichtsbildes und gäben es nur nicht zu. Dafür gibt es aber nicht den geringsten Anhaltspunkt: Schon die hohen Haftstrafen, die die sogenannten »Leugner« für die Artikulation ihrer Ansichten in Kauf nehmen, sprechen eine andere Sprache.

Und drittens wird mit dem Ausdruck »Holocaustleugner« zumindest *suggestiert*, die Betreffenden *versuchten* nicht einmal, ihre Thesen mit tatsächengestützten Argumenten zu untermauern, sondern beschränkten sich auf ein simples Abstreiten; das versuchen sie aber durchaus. Selbst wenn die von ihnen angeführte Indizien- und Argumentationskette nicht ausreichen mag, den etablierten Narrativ *im Kern* zu erschüttern, heißt dies nicht, daß es sich nicht um Indizien und Argumente handelte, die eine wissenschaftlich fundierte Replik wert wären.

Daß die etablierte Geschichtswissenschaft ihrerseits die Kritik an ihren Thesen nicht etwa mit Argumenten zurückweist, sondern zumindest durch Stillschweigen billigt, daß die Kritiker ins Gefängnis geworfen werden, zeugt nicht gerade von Souveränität. Eine Wissenschaft, die auch nur ein Minimum an Rückgrat und Selbstbewußtsein hätte, müßte es sich verbitten, Gesetzen unterworfen zu werden, die nicht nur ihren Kritikern einen Maulkorb verpassen, sondern auch ihr selbst: Nach geltender kafkaesker Rechtslage *kann* die etablierte Geschichtsforschung (oder wer auch immer) die Kritik der Holocaustrevisionisten gar nicht mit Gegenargumenten zurückweisen, weil sie sie zu diesem Zweck ja *zitieren* müßte - und bereits dies ist verboten!

Wer redlich ist, sollte sich hüten, Aussagen - und sei es nur implizit - über die Überzeugungskraft von Argumenten zu treffen, die der öffentlichen Erörterung und Kritik durch eine Entscheidung des Gesetzgebers - deutlich: durch staatlichen Machtmißbrauch! - systematisch entzogen sind.

• **HOMOPHOBIE**

Als »Homophobie« bezeichnet die Ideologiebranche unseres Landes die Abneigung gegen Schwule (rein *theoretisch* auch gegen Lesben) und schiebt damit der Frage, woher diese Abneigung wohl kommen möge, von vornherein einen Riegel vor: Es handelt sich um eine -»Phobie«, also einen psychischen Defekt nicht etwa der schwulen Minderheit, sondern der heterosexuellen Mehrheit.

Da aber kultur- und epochenübergreifend praktisch alle Männer, sofern sie nicht selbst schwul sind, und darüber hinaus viele Frauen eine Abneigung gegen sich weibisch gebärdende Männer hegen, vor allem, wenn dies mit zur Schau getragener Homosexualität einhergeht, liegt diese Abneigung wohl in der Natur des Menschen begründet. Daher impliziert die Verwendung des Wortes »Homophobie«, daß man diese Natur als defekt darstellt. Von dieser ideologischen Prämisse zur Forderung nach Massenerziehung ist es nur ein Schritt.

Interessant ist nun zweierlei: Erstens, daß diese kultur- und epochenübergreifende Abneigung gegen homosexuelle Männer sich eben *nicht* an der Homosexualität als solcher, sondern an damit gelegentlich verbundenem

weibischem Verhalten, am »Tuntentum« festmacht. Es gab in der Geschichte immer wieder männerbündische Strukturen - von den homerischen Helden über die japanischen Samurai bis hin zur SA in denen Homosexualität geduldet wurde, mit äußerst virilem Verhalten einherging (das man nicht gutheißen muß, aber *weibisch* war es jedenfalls nicht) und die Betroffenen keineswegs gesellschaftlich stigmatisierte (auch wenn politische Gegner sich die Gelegenheit zu Witzen wie »Wer anderen in die Hose grapscht, ist selbst bei der SA« selbstredend nicht entgehen ließen). Und auch heute macht Homosexualität, die nicht bereits im Habitus demonstrativ zur Schau getragen wird, offenbar niemanden unsympathisch. Ich kenne zum Beispiel niemanden, der sich von Klaus Wowereit angewidert fühlt, es sei denn aus politischen Gründen. Warum? Weil er nicht tuntig wirkt.

Zweitens, daß es eine Abneigung gegen Lesben, die mit der gegen Schwule vergleichbar wäre, offenbar nicht gibt. Es stimmt einfach nicht, wenn die einschlägigen Lobbygruppen etwa von »Homophobie im Fußball« sprechen, obwohl die Fußballnationalmannschaft der Frauen zu schätzungsweise 90 Prozent aus Lesben besteht, jeder es weiß und es niemanden stört (während schwule Fußballspieler vermutlich in der Tat ein Problem bekommen, wenn sie sich offenbaren). Sie hüten sich freilich, das Lesbentum in der DFB-Frauen-Auswahl zum Thema zu machen.

Würde man nämlich zugeben, daß erstens nicht jeder Schwule gleichermaßen Gegenstand »homophober« Abneigung ist, und daß Lesben es so gut wie überhaupt nicht sind, dann könnte ja jemand auf die völlig abwegige Idee

kommen, den Grund für die Abneigung gegen Schwule in deren zum Teil ordinärer und geschmackloser Zurschaustellung der sexuellen Orientierung zu suchen, die für Schwule typisch ist, für Lesben aber nicht. Also im Verhalten der Betroffenen, nicht in der »Homophobie« der Gesellschaft. Des weiteren müßte man sich die Frage stellen, warum zur Schau getragene (und mit weibischem Gebaren verbundene) männliche Homosexualität so viel anders bewertet wird als weibliche, und, da dies offenbar kulturübergreifend so ist, ob sich dahinter womöglich eine anthropologische Konstante verbirgt, also der Todfeind aller utopistischen Gesellschaftsingenieure?

Ich vermute, daß genau dies der Fall ist, und zwar aus einem psychologischen Grund, der nicht aus der Welt zu schaffen ist: Jedes Kleinkind löst sich irgendwann aus der symbiotischen Beziehung zur Mutter und erfährt sich als eigenständige Person. Die identitätsprägende Grunderfahrung aller Menschen lautet also: Ich bin nicht derselbe Mensch wie meine Mutter.

Damit verbunden ist für Jungen, aber eben *nicht* für Mädchen die Erfahrung: Ich bin eine andere *Art* von Mensch als meine Mutter (nämlich männlich). Weil das so ist, ist männliche Identität deutlich negativ definiert (»nicht weiblich«), weibliche Identität aber nicht. Und deshalb gilt ein burschikoser Habitus bei einer Frau (egal, ob sie nun lesbisch ist oder nicht) als individuelle Charakterausprägung, jedenfalls nicht als abstoßend, während man einen weibischen Mann instinktiv als *nicht normal* empfindet.

Zweifellos gibt es tatsächlich auch homosexuelle Männer, deren Homosexualität einfach angeboren ist,

aber in vielen Fällen liegt dieser Orientierung eine Persönlichkeitsstörung zugrunde, die als solche *nicht* angeboren ist, sondern auf ein im Laufe der Persönlichkeitsentwicklung erworbenes Identitätsproblem verweist.⁴⁴ Allein die atemberaubende Promiskuität, die für viele schwule Männer (aber bei weitem nicht im gleichen Maße für lesbische Frauen) kennzeichnend ist, und die man bei heterosexuellen Männern ohne weiteres als krankhafte Sexsucht interpretieren würde, sollte genügen, Rosa von Praunheims Diktum (und Filmtitel), nicht der Homosexuelle sein pervers, sondern die Situation (sprich: die Gesellschaft), in der er lebe, massiv in Frage zu stellen; sich Verhaltensmuster, die für die schwule Szene charakteristisch sind, nicht als »normal« verkaufen zu lassen; sich insbesondere nicht einreden zu lassen, man sei »homophob« oder sonstwie geistesgestört, wenn man sich davon angewidert fühlt; und sich gegen immer neue unverschämte Forderungen der einschlägigen Lobbygruppen, Regenbogenfahnen an Rathäusern, Verfassungsänderungen, Sondergesetze gegen die Meinungsfreiheit, Schulbücher, in denen Jugendliche aufgefordert werden, Homosexualität auszuprobieren, und den Rufmord an den Kritikern von all dem zu verwalten.

• **INTERVENTION, HUMANITÄRE**

Das klassische Völkerrecht erkennt jedem Staat das Recht zu, souverän, das heißt ohne sich rechtfertigen zu müssen, kriegerische Mittel gegen andere Staaten einzusetzen (*ius ad bello*), bindet dieses Recht aber an bestimmte Formen, etwa die Kriegserklärung, unterwirft

seine Ausübung bestimmten Regeln, etwa dem Gebot der Schonung von Nichtkombattanten, und setzt unausgesprochen voraus, daß der Staat, der zum Krieg schreitet, dabei *eigene* legitime Interessen verfolgt. Staaten nämlich, die alle möglichen *anderen* Interessen verfolgten (zum Beispiel wenn sie zur Beute diverser Interessengruppen werden, denen das Staatswohl nichts bedeutet, und die den Staat nur als Mittel zum Zweck ansehen), wären in ihrem Verhalten kaum kalkulierbar, und die Zahl der denkbaren Kriegsgründe müßte sich explosionsartig vervielfachen. Das klassische Völkerrecht ist also nicht dazu da, Kriege zu verhindern, sondern sie zu hegen, war aber eben seines Realismus wegen auch bei der Verhinderung von Kriegen unter dem Strich nicht weniger erfolgreich als das neuere Völkerrecht, das mit der Gründung des Völkerbundes und mehr noch der Vereinten Nationen etabliert wurde.

Die Charta der Vereinten Nationen, der Theorie nach konzipiert als Mittel der Verhinderung von Kriegen, gestattet militärische Gewaltanwendung ausschließlich zur Selbstverteidigung eines Staates gegen einen militärischen Angriff durch einen anderen Staat oder zur Unterstützung des Verteidigers. Auch der Weltsicherheitsrat hat - entgegen einem weitverbreiteten Irrtum, wonach jeder vom UN-Sicherheitsrat abgesegnete Militäreinsatz automatisch legal sei - *nicht* das Recht, sich über diese Beschränkungen hinwegzusetzen. Gelegentlich - nämlich wenn die Interessen der fünf Vetomächte zufällig übereinstimmen - tut er es trotzdem.

Häufiger aber ist der Fall, daß diese Interessenkongruenz nicht besteht und ein Angriffskrieg daher nicht

einmal durch die völkerrechtliche Scheinlegalität eines ihn deckenden Sicherheitsratsbeschlusses bemäntelt werden kann. Dann schlägt die Stunde der »humanitären Intervention«.

Der Begriff ist bereits insofern eine semantische Lüge, als die Folgen, insbesondere die Anzahl der Opfer einer solchen Intervention (man denke an den Irakkrieg) regelmäßig ihrem humanitären Anspruch hohnsprechen und eine Nichtintervention allemal humaner gewesen wäre als eine Intervention. Vor allem aber dient das Beiwort »humanitär« dazu, die Illegalität des Vorgehens zu beschönigen, nach dem Motto, daß der, der »humanitär« handelt, sich über das Recht schon einmal hinwegsetzen dürfe. Einen nach klassischem Völkerrecht oder UN-Recht *zulässigen Verteidigungskrieg* würde niemand eine »humanitäre Intervention« nennen.

Schließlich ist es einer Großmacht mit einem gut organisierten Geheimdienst ohne weiteres möglich, jene Notlagen, die dann eine »humanitäre Intervention« zu rechtfertigen scheinen, selbst herbeizuführen, zum Beispiel durch Förderung von inneren Unruhen, Aufständen und Bürgerkriegen, die dann dazu führen, daß die betroffene Regierung -»»auf ihr eigenes Volk schießt«« und »jede Legitimität verloren hat«, was unter Umständen Grund genug ist, humanitär zu intervenieren und eben dieses Volk humanitär in Grund und Boden zu bomben.

Es versteht sich von selbst, daß Gründe für humanitäre Interventionen nur dann herbeigeführt werden und solche Interventionen nur dann stattfinden, wenn die betreffende Regierung den Interessen amerikanischer

INTEGRATION

politischer Eliten im Wege steht. »Humanitäre Intervention« ist, mit anderen Worten, ein anderer Ausdruck für »völkerrechtswidriger imperialistischer Angriffskrieg«.

• INTEGRATION

Integration setzt bereits begriffslogisch die Existenz eines *integren* Ganzen voraus, in das hinein derjenige, der integriert werden oder sich integrieren *soll*, integriert werden *kann*.

Wer daher beispielsweise von der Integration von Ausländern in Deutschland spricht, muß angeben können, wer die integrierende Einheit ist. Diese kann nur das deutsche Volk sein - wer denn sonst?

Dies setzt aber voraus, daß das deutsche Volk überhaupt existiert und eine Solidargemeinschaft ist. Wer ihm diesen Charakter abspricht bzw. ihn zu beseitigen versucht, d.h. wer die integrierende Einheit abschaffen will, kann das Wort »Integration« nur als Lüge benutzen. Was ihm vorschwebt, ist dann in Wahrheit ein Nebeneinander von Teilen, die kein Ganzes bilden: also genau das Gegenteil von Integration. Er spekuliert lediglich darauf, daß die Öffentlichkeit - von der er genau weiß, daß sie unter »Integration« etwas anderes versteht - dies nicht bemerkt.

»Integration« heißt, daß jemand Deutscher wird, und da ein Volk definitionsgemäß eine Solidargemeinschaft ist, bedeutet es, daß er die Solidarität dieses Volkes nicht nur zu eigenen Gunsten einfordert, sondern seinerseits übt, daß er dieses Volk also als sein eigenes empfindet und sein Handeln - auch sein politisches Handeln - daran ausrichtet. Daß es zahlreiche Stammdeutsche gibt,

die dieses Postulat mißachten, ändert nichts an seiner Gültigkeit, und die »Integration« von Vorzeigemigranten in eine politische Linke, die sich die Zerstörung des eigenen Volkes auf die Fahnen geschrieben hat, bedeutet demonstrative Nichtintegration in dieses Volk.

Ob jemand Deutscher ist oder nicht, ist keine Frage der Staatsangehörigkeit: Der Staat schafft nicht das Volk, er findet es bei seiner Entstehung vor und setzt seine Existenz als soziologische, nicht rechtliche Gegebenheit voraus. Nicht zufällig erwähnt auch das Grundgesetz das deutsche Volk in der *Präambel*, und es enthält nirgendwo den Satz: »Hiermit wird das deutsche Volk gegründet.«

Ein Staat, in dem die Regierung Bertolt Brechts ironisch gemeinten Ratschlag befolgt, das Volk aufzulösen und sich ein neues zu wählen, indem sie den deutschen Paß buchstäblich jedem Dahergelaufenen in die Tasche steckt und nach eigenem Gutdünken die Zusammensetzung des Souveräns manipuliert, überschreitet damit bei weitem seine Befugnisse. Er *selbst* tritt damit - ungeachtet dieser Kompetenzüberschreitung - in eine Rechtsbeziehung zur jeweils eingebürgerten Person. Eine solche gleichsam vertikale Rechtsbeziehung zwischen dem Staat und einem Bürger hat aber mit der horizontalen Beziehung der Bürger zueinander, hat mit der Zugehörigkeit zu einer Solidargemeinschaft überhaupt nichts zu tun. Wer etwas anderes behauptet, verwechselt Soziologie mit Juristerei. Der Rechtsakt der Einbürgerung kann einen Integrationsprozeß abschließen, aber nicht ersetzen.

Integration ist etwas, das der natürlichen Trägheit des Menschen widerstrebt. Es bedeutet, sich einer Ge-

meinschaft anzuschließen, die bestimmte Erwartungen hegt - sonst ist sie nämlich keine - und diese Erwartungen zu erfüllen. Man muß sich ändern, und das tut niemand gerne. Integration ist einfach anstrengend, und wer gesagt bekommt, daß er sich nicht zu ändern braucht, daß er also getrost seine kulturellen Werte und seine ethnischen Loyalitäten behalten kann, die die Integration gerade behindern, der behält sie auch und integriert sich nicht.

Wer Integration für ein wünschenswertes Ziel hält, kann diesem Ziel keinen schlimmeren Bärendienst leisten als dadurch, daß er »Einwanderern signalisiert, sie könnten ruhig doppelte, multiple oder hybride Identitäten hegen, was im Klartext bedeutet, daß sie mit dem deutschen Volk nicht solidarisch zu sein brauchen (es aber theoretisch auch mit keinem anderen sein sollen), da wir Deutschen selbst es ja auch nicht seien und als Glied einer fiktiven Solidargemeinschaft namens ‚Menschheit‘ jede Bevorzugung des Eigenen gegenüber dem Fremden schon aus Prinzip ablehnten. Ein Volk, das tatsächlich so denken würde, wie unsere Eliten uns suggerieren möchten, könnte im Normalbetrieb noch eine Weile nominell fortexistieren. Seine faktische Nichtexistenz als Volk, und das heißt definitionsgemäß als Solidargemeinschaft, würde sich spätestens im Ernstfall offenbaren, also dann, wenn sein Überleben von der Loyalität und Opferbereitschaft seiner Mitglieder abhängt. Es steht zu befürchten, daß die ideologisch postulierten und legitimierten ‚doppelten‘, ‚multiplen‘ und ‚hybriden‘ Identitäten mancher Einwanderer sich in einem solchen Fall als Bemäntelung von jeweils höchst eindeutigen eth-

nischen Loyalitäten entpuppen würden. Von Loyalitäten, die alles andere als hybrid sind und jedenfalls nicht dem deutschen Volk gelten.«⁴⁵

Es ist auch ganz unerfindlich, warum sich jemand mit einem Volk identifizieren soll, das er auf dem absteigenden Ast sieht: »Warum, um nur dieses eine Beispiel zu nennen, sollten Türken in Deutschland es attraktiv finden, so zu werden wie wir? Warum sollten sie es attraktiv finden, ihre Gemeinschaft mitsamt den damit verbundenen Solidaritätspflichten und -forderungen zu verlassen, um sich einer anderen Gemeinschaft anzuschließen (denn eine solche sind wir in ihren Augen, egal ob wir eine sein wollen oder nicht), die offenkundig auf dem absteigenden Ast sitzt? Die Scheidungs- und Geburtenraten, die masochistische Selbstbeschimpfung und Selbstschädigung der Deutschen, die genau wissen, daß Deutschland sich abschafft (denen das aber egal ist), ihr schwächliches Nachgeben gegenüber Forderungen und Drohungen sprechen doch eine klare Sprache. Wer sich einer solchen Gemeinschaft anschließt, schifft sich sehenden Auges auf der Titanic ein.«⁴⁶

- **INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT**

Sinnentstellende Scheinübersetzung von »international community«: Das Wort »community« wird im Englischen weitgehend wertneutral benutzt, und »international community« bezieht sich einfach auf die »Gesamtheit« der Staaten, insbesondere, soweit sie durch die UNO repräsentiert werden, wenn man so will also auf eine »internationale Allgemeinheit«. Im Gegensatz

zum englischen Gebrauch von »Community« bezeichnet das deutsche Wort »Gemeinschaft« eine Gruppe, deren Mitglieder einander zu einem besonders hohen Maß an Solidarität verpflichtet sind: vom Rechtsbegriff der »Versichertengemeinschaft« über »verschworene Gemeinschaft«, »Gemeinschaft der Gläubigen« bis hin zur »Volksgemeinschaft«.

Besonders akzentuiert wird der Begriff in der deutschen Geistesgeschichte durch die Gegenüberstellung von »Gemeinschaft« und »Gesellschaft« (während es eine vergleichbare Gegenüberstellung von »Community« und »Society« mitsamt den dazugehörigen Konnotationen in der angelsächsischen Geistestradiation nicht gibt), wobei dem Dienst an der Gemeinschaft ein besonders hoher moralischer Wert zugemessen wird, während die Gesellschaft der Bereich ist, in dem jeder einfach seine Interessen verfolgt. Von einer »Gemeinschaft« zu sprechen bedeutet in Deutschland, moralische Solidaritätspflichten zu postulieren und ihre Einhaltung zu fordern sowie die eigenen Belange denen der Gemeinschaft unterzuordnen.

Eine »internationale Gemeinschaft« in diesem Sinne, das heißt eine, der zu dienen eine moralische Pflicht wäre, existiert nicht, »Staatengesellschaft« wäre viel treffender. Der Ausdruck »internationale Gemeinschaft« paßt allerdings hervorragend zu einer deutschen Außenpolitik, die sich grundsätzlich hinter dieser »Gemeinschaft«, das heißt den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs versteckt, die im UN-Sicherheitsrat bis heute definieren, was der Wille der »internationalen Gemeinschaft« sei, und enthält ein unausgesprochenes »Pfui« gegenüber allen Kräften, die dies nicht zu tun bereit sind:

Dies können Staaten sein, die es verwerflicher Weise an Botmäßigkeit gegenüber der »Gemeinschaft« fehlen lassen, während die BRD, selbstredend nur aus Loyalität gegenüber derselben, sich für Sanktionen, notfalls auch Kriege, gegen diese Staaten einspannen läßt.

Es können innenpolitische Kräfte sein, die unverständlicherweise der Meinung sind, die Regierung habe die Interessen des Staates und seines Volkes zu vertreten, nicht aber die einer nicht bzw. nur im Sinne einer demagogischen Phrase existierenden »Gemeinschaft«.

Die romantisierende moralische Überhöhung einer »internationalen Gemeinschaft« (deren übrige Mitglieder ziemlich unromantisch veranlagt und von einer solchen Überhöhung weit entfernt sind) mit Hilfe semantischer Lügen und Fehlübersetzungen, mitsamt der daraus resultierenden Forderung, die eigenen nationalen Interessen hintanzustellen, hat übrigens eine gewisse Tradition in Deutschland: Bereits für den Begriff »Völkerbund« (englisch »League of Nations«, französisch »Société des Nations«) galt Entsprechendes. Wo die Franzosen und Angelsachsen nüchtern von einer Gesellschaft (Société) bzw. einer Liga (League) sprachen, mußte es im Deutschen ein Bund sein, und nicht einer zwischen Nationen (Nations), d.h. *staatlich verfaßten* Völkern, letztlich also zwischen Staaten, sondern zwischen den Völkern *selbst*. Mit solchem Vokabular wurde der Genfer Institution eine erdige Graswurzelnote angedichtet, die höchstens in der romantischen Vorstellungskraft ihrer deutschen Anhänger existierte.

- **INTOLERANZ**

Als »intolerant« gilt, wer seine Interessen vertritt, sofern er dadurch das in der Verfassung nicht vorgesehene Recht ethnischer, religiöser, politischer und sonstiger Minderheiten (und vor allem deren selbsternannter Vertreter) verletzt, von Kritik verschont zu bleiben. In der real existierenden BRD versteht es sich sozusagen von selbst, daß dieses Verschonungsprivileg nicht etwa *jeglichen*, sondern nur ganz *bestimmten* Minderheiten zukommt. Es gilt für Moslems und Juden, aber nicht für Christen; es gilt für Feministinnen, aber nicht für Männerrechtler; es gilt für den einzigen Türken im Betrieb, aber nicht für den einzigen Deutschen in der Schulklasse.

Kritik an den solchermaßen privilegierten Minderheiten ist »Intoleranz«. Solche Kritik zu unterbinden, und sei es mit Gewalt, gilt in der BRD als praktizierte -•Toleranz.

- **ISLAMOPHOBIE**

Dem Wortsinne nach eine krankhafte Angst vor dem Islam; der Ausdruck beinhaltet also den üblichen demagogischen Mißbrauch des Wortes -»Phobie« zur Pathologisierung einer kritischen bis ablehnenden Einstellung gegenüber dem jeweiligen Objekt, hier also dem Islam. Daß es Gründe für diese Kritik oder Ablehnung geben könnte, wird schon durch die Wortwahl ausgeschlossen, auch wenn diese Gründe auf der Hand liegen, ihre wissenschaftliche Begründung ganze Bibliotheken füllt und es buchstäblich keine einzige europäische Gei-

stestradiation gibt, die *keine* islamkritischen Implikationen hätte. Islamkritiker kann man von einem linken, rechten, liberalen, konservativen, christlichen, nationalistischen, feministischen, aufklärerischen, gegenaufklärerischen oder marxistischen Standpunkt sein. Man *muß* es sogar sein, wenn man diesen jeweiligen Standpunkt und damit Grundlagen des eigenen Denkens ernstnimmt.

- **JUGENDLICHE**

Ein Tarnwort. Wenn laut Medienberichten »Jugendliche« in bestimmten Zusammenhängen bestimmte Arten von Gewalttaten begehen, kann man mit Sicherheit davon ausgehen, daß es sich um Jugendliche mit nicht-deutschem Hintergrund handelt; dies nicht etwa deshalb, weil deutsche Jugendliche niemals gewalttätig würden, sondern weil es dann erwähnt würde, insbesondere, wenn irgendein Anhaltspunkt existiert, solche deutschen Jugendlichen mit »rechter«, »rassistischer« oder »ausländerfeindlicher« Gesinnung in Verbindung zu bringen.

Ethnisch motivierte Gewalt, wenn sie von Ausländern verübt wird und sich gegen Deutsche richtet, wird normalerweise nicht zum Thema gemacht, und der bewußte Verzicht auf die Nennung des ethnischen Hintergrunds von Tat und Täter auch in Zusammenhängen, wo dies für die Beurteilung des Vorgangs von Bedeutung ist, läuft auf Desinformation hinaus - eine Desinformation freilich, die ihre Wirkung zunehmend verfehlt, weil das Publikum gelernt hat, zwischen den Zeilen zu lesen

und aus den Informationen, die es bekommt, auf die zu schließen, die ihm vorenthalten werden: eine Kunst, die normalerweise in totalitären Regimen blüht. Daß die Leser der *Süddeutschen Zeitung* oder der *FAZ* mittlerweile einen ähnlichen Spürsinn entwickeln müssen wie vormals die der *Prawda* und des *Neuen Deutschland*, zeigt deutlicher als jede theoretische Analyse, wie »öffentlich« hierzulande der »öffentliche Diskurs« ist.

• KARNEVAL DER KULTUREN

Auf den ersten Blick ein Oxymoron: »Kultur« im traditionellen Sinne bezeichnet etwas Ernstes und Tiefes, »Karneval« das Gegenteil davon. Es gibt aber keinen Hinweis darauf, daß die Veranstalter des Berliner »Karnevals der Kulturen« sich dieses Oxymorons, das heißt des Zusammenspannens einander widersprechender Begriffe, bewußt wären. Man darf annehmen, daß sie davor zurückschrecken würden, einen »Karneval der Religionen« oder einen »Karneval der Philosophien« zu veranstalten, und daß sie den Ausdruck »Karneval der Kulturen« nicht um des rhetorischen Effekts willen gewählt haben, sondern weil sie überhaupt keinen Kulturbegriff haben.

Kultur ist unter anderem ein komplexes Ensemble von Normen und Wertvorstellungen, die eine Gesellschaft erst funktionsfähig machen, und die bei verschiedenen Völkern unterschiedlich sind. Nicht umsonst gibt es das Sprichwort »Andere Länder, andere Sitten«. Eine multikulturelle Gesellschaft wäre eine, in der gilt: »Gleiches Land, verschiedene Sitten«. Die Vorstellung, daß

eine solche Gesellschaft harmonisch sein könne oder gar müsse, kann nur hegen, wer davon ausgeht, die Kulturen, deren »Vielfalt« auch noch ideologisch gefeiert wird, seien in Wirklichkeit in jeder relevanten Hinsicht *ein und dieselbe Kultur* und die zwischen ihnen bestehenden Unterschiede folglich rein äußerlicher, folkloristischer Natur. Dieser Neigung, Kultur mit Folklore zu verwechseln und sie als etwas mißzuverstehen, was dem Menschen so äußerlich sei wie seine Kleidung (die er ja auch wechseln kann, ohne deshalb ein anderer zu werden), entspricht denn auch das infantile Adjektiv -»bunt«, das zur Beschreibung der multikulturellen Gesellschaft verwendet wird und in etwa besagt, daß alle Menschen sich so gleichen wie Smarties, die sich nur durch die Farbe (und nicht einmal den Geschmack) des Zuckergusses unterscheiden.

• **KEIN FORUM BIETEN**

Der altrömische Begriff des »Forums« ist heute eine Metapher für »Öffentlichkeit«. Wer also sagt, man dürfe diesen oder jenen Gruppen »kein Forum bieten«, sagt nichts anderes, als daß man verhindern soll, daß Anhänger der betreffenden Meinung oder Vertreter der betreffenden Interessen zu Wort kommen und ihre Argumente vortragen können.

Was sagt also derjenige, der Andersdenkenden »kein Forum bieten« will, über sich selbst?

Erstens, daß er sich den Argumenten jener Andersdenkenden nicht gewachsen fühlt; zweitens, daß er die Prinzipien einer liberalen Demokratie nicht verstanden

KEIN PLATZ FÜR

hat: Meinungsfreiheit ist kein humanitärer Luxus, den man sich in politischen Schönwetterperioden leistet, sondern die Voraussetzung dafür, daß die Gesellschaft ihre Fähigkeit zur Problemlösung behält. Diese muß in dem Maße verschwinden, in dem durch Ideologie (und Korruption) zusammengehaltene Machtkartelle und deren Anhänger das Monopol auf Meinungsäußerung haben, Kritiker mundtot machen können, die sich von einem abweichenden ideologischen Standpunkt aus äußern, und deswegen in ihrer Betriebsblindheit so lange unbehelligt bleiben, bis sie durch diese Blindheit das ganze Land an die Wand gefahren haben.

Das Recht, eben dies zu tun, nimmt für sich in Anspruch, wer fordert, Andersdenkenden »kein Forum zu bieten«.

• KEIN PLATZ FÜR

Die Forderung »kein Platz für« (es folgt regelmäßig eine der demagogisch pejorativen Bezeichnungen für Angehörige der politischen Rechten) geht noch ein wenig über die artverwandte Forderung hinaus, den Betroffenen -»»kein Forum zu bieten«. Sie sollen sich nicht nur öffentlich nicht politisch äußern können, sie sollen auch in keinem Sportverein tätig sein und keiner Kirche angehören, auch privat kein Restaurant oder Hotel besuchen, kein Bankkonto unterhalten und keinen Beruf mit Kundenkontakt ausüben dürfen, und es ist wohl nur eine Frage der Zeit, bis ihnen auch die Benutzung von Parkbänken, öffentlichen Verkehrsmitteln und Badeanstalten untersagt wird. Für diese Bestrebungen, eine ganze Bevölkerungsgruppe

buchstäblich aus der Gesellschaft auszuschließen, gibt es in der deutschen Geschichte nur eine Parallele, nämlich die Behandlung von Juden in den dreißiger Jahren.

Wenn man bedenkt, daß gerade diejenigen, die heute so schnell mit »Kein-Platz-für«-Forderungen bei der Hand sind, meist einem Geschichtsbild anhängen, wonach die Nationalsozialisten die Ausrottung der Juden *von Anfang an* geplant hätten, deren Ausschluß aus der Gesellschaft der erste Schritt der Ausführung dieses Plans gewesen sei und man *darin* die Mordabsichten hätte erkennen müssen, dann kann man die Forderung »kein Platz für ...« nur als die Selbstbezeichnung von Massenmördern im Wartestand auffassen.

- **KLIMAWANDEL**

Ohrwurm. Vom »Klimawandel« wird einfach so lange gesprochen, bis jeder daran glaubt (->Fachkräftemangel, ->Migranten haben unser Land aufgebaut). Da das Wetter sich naturgemäß ständig ändert, fehlt es nie an Indizien für den Klimawandel, wenn man nur danach sucht.

Man könnte dies komisch finden, wenn nicht gerade der »Klimawandel« von der Politik regelmäßig unter die ->globalen Herausforderungen gerechnet würde, deswegen der Nationalstaat, in dessen Rahmen demokratische Kontrolle wenigstens möglich ist (was nicht unbedingt bedeutet, daß sie auch stattfindet), Kompetenzen an supranationale Institutionen abgeben müsse, die praktisch jeder Kontrolle entzogen sind, dafür aber unser Leben diktieren.

• **KLISCHEE**

Wikipedia zitiert den Literaturwissenschaftler Gero von Wilpert mit der Definition: »[Klischees sind] vorgeprägte Wendungen, abgegriffene und durch allzu häufigen Gebrauch verschlissene Bilder, Ausdrucksweisen, Rede- und Denkschemata, die ohne individuelle Überzeugung einfach unbedacht übernommen werden.«⁴⁷

Klischees sind also definitionsgemäß unter anderem die -»rechte Gewalt«, die -»kulturelle Bereicherung«, der -»Generalverdacht«, der -»Fachkräftemangel«, die -»Diskriminierung«, der -»mündige Bürger«, die -»internationale Gemeinschaft« und überhaupt die meisten hier vorgestellten Ausdrücke aus der Sprache der BRD.

Ein Klischee ist aber auch das Wort »Klischee« selbst, das auf die oben genannten Ausdrücke gerade *nicht* angewendet wird, sondern stets dann ins Spiel kommt, wenn eine generalisierende Aussage über eine Personengruppe (oder deren konstitutives Merkmal) getroffen wird, die unter dem Schutz der Political Correctness steht, sofern die generalisierende Aussage negativ ist. Ein Klischee - gemäß der BRD-Sprache - ist die Rede von der »Ausländergewalt«, nicht aber die von der »rechten Gewalt«; die »kulturelle Bedrohung«, nicht aber die »kulturelle Bereicherung«; die Aussage, der Islam sei gewalttätig, nicht aber die, er sei eine Religion des Friedens; der »Kampf der Kulturen«, nicht aber der »Dialog der Kulturen«.

Kurz und gut, das Wort »Klischee« ist einer jener Ausdrücke (-»dumpf, -»krude, -•Vorurteil, -»Stammtisch) die im herrschenden Diskurs üblicherweise dann be-

nutzt werden, wenn man nicht fähig oder willens ist, die als Klischee bezeichnete Position mit Argumenten zu widerlegen, und andere davon abhalten möchte, sich mit ihr auseinanderzusetzen.

- **KRUDE**

Manche Worte werden derart stereotyp zur Vortäuschung von Intellektualität gebraucht, daß selbst Autoren der politischen Linken sich über ihre Häufigkeit lustig machen. So schreibt der taz-Kolumnist Deniz Yücel in einer Satire unter dem Titel »Krupe, kruder, am krudesten - Wie schreibe ich einen Profimeinungskommentar, der sich nicht anhört wie jeder andere? Zwölf goldene Regeln«:

»9. Stammtischparole: Werfen Sie Ihrem Gegner vor, daß er Stammtischparolen verbreitet. Oder populistisch argumentiert. Oder Klischees bedient. Oder eine Regel mißachtet. Vergessen Sie nicht das passende Adjektiv: Stammtischparole (dumpfe), Populismus (reiner), Klischee (billiges), Regel (goldene).

10. Krudismus: Geben Sie Ihrem Gegner den Rest, bezeichnen Sie seine Ansichten als krude. Der Höchstbietende gewinnt: krude, kruder, am krudesten.«⁴⁸

Siehe auch -»»dumpf«, -»»Stammtisch«, -»»Populismus«,

- **KULTUR**

-»multikulturell

- **MENSCHEN**

Jeder Begriff basiert auf einer Definition, das heißt einer Abgrenzung, und im Extremfall erschöpft er sich sogar in dieser Negation. Wer lediglich von »Menschen« spricht, meint strenggenommen bloß alle Lebewesen, die keine Tiere, Pflanzen, Pilze usw. sind; er verzichtet nicht nur auf jegliche Unterscheidung *zwischen* ihnen, sondern auf jegliche Spezifizierung der gemeinten *Menschen* überhaupt: etwa als Konsumenten, Wähler, Bürger oder Steuerzahler. Er verzichtet auf jegliche Benennung des sozialen Bezugs, in dem diese Menschen stehen.

In Zusammenhängen, in denen es gerade auf diese sozialen (politischen, wirtschaftlichen, familiären usw.) Bezüge ankommt, bedeutet ihre Unterschlagung zum einen die Reduktion der Gemeinten auf ihre biologische Eigenschaft, keine Tiere zu sein. Insbesondere bedeutet sie die Abstraktion von ihren spezifisch politischen Rechten und Eigenschaften (-»»Ängste der Menschen ernstnehmen«).

Dies ist freilich nicht immer der Hauptzweck solch unpräziser Begrifflichkeit. Normalerweise geht es einfach um die Entdifferenzierung der Sprache zu dem Zweck, Differenzen aus der Realitätswahrnehmung verschwinden zu lassen. Wenn etwa Maria Böhmer von den »2,7 Millionen Menschen aus türkischen Familien« spricht, »die in Deutschland leben« (und es damit ihrer Meinung nach bereichern), dann lautet der Subtext, daß hier weder Arbeitssuchende kommen, noch Moslems, noch eine ethnische Minderheit, die politische Rechte einfordert: Das alles wird von vornherein ausgeblendet. Die Fragen nach den Interessen dieser Gruppe, de-

nen der Einheimischen und den Folgen von Masseneinwanderung allgemein werden nicht nur von der Tagesordnung gedrängt, sondern geradezu tabuisiert. Motto: Wollen Sie gegenüber *Menschen* und *Familien* schöne *Interessen* geltend machen, Sie herzloser Mensch?

Das Wort »Menschen«, sofern es in Zusammenhängen verwendet wird, in denen ein präziser Begriff gefordert ist, gehört also zur entpolitizierenden Tantensprache der BRD, in der sentimentale Phrasen dazu dienen, gänzlich unsentimentale Interessen und Machtansprüche dadurch durchzusetzen, daß man ihre Benennung scheinmoralisch tabuisiert, ihren Gegnern von vornherein das Argument verweigert und es durch moralische Erpressung ersetzt.

- **MENSCHEN, JÜDISCHE**

Hitler ist allgegenwärtig. Er bestimmt die Richtlinien der Politik - insofern Staatskunst sich nach dem Selbstverständnis der BRD darin erschöpft, stets das genaue Gegenteil von dem zu tun, was Hitler mutmaßlich getan hätte. Er ist auch nach wie vor der größte Medienstar Deutschlands - kein anderer Politiker taucht öfter auf der Titelseite des *Spiegel* auf, und seine Präsenz im Fernsehen kann sich mit der des jeweils aktuellen Bundeskanzlers zumindest messen. Und er bestimmt, wie wir reden sollen: Da Hitler Juden »Juden« nannte, müsse, so schließt man messerscharf, das Wort »Juden« (obwohl auch jeder andere, einschließlich der Juden selbst, es gebraucht) per se etwas Hitlerisches an sich haben, und ersetzt es durch »jüdische Menschen«.

Es handelt sich um gutgemeinte Gutmenschen-sprache, an der sich die Binsenweisheit demonstrieren läßt, daß das bloß Gutgemeinte mit dem wirklich Guten meist wenig zu tun hat. Die Formulierung »jüdische Menschen« hat nämlich zwei gleichermaßen problematische Subtexte: Wenn man nämlich ausdrücklich betonen zu müssen glaubt, daß Juden Menschen sind, suggeriert man damit zugleich, daß dies keine Selbstverständlichkeit sei (sonst würde man es ja nicht betonen); niemandem würde es einfallen, von »christlichen Menschen«, »moslemischen Menschen« oder »buddhistischen Menschen« zu sprechen, auch nicht von »französischen Menschen« oder »deutschen Menschen«.

Die Nationalsozialisten freilich haben den Ausdruck »deutsche Menschen« sehr wohl gebraucht, und zwar mit positiver Wertung und der Suggestion, Deutsche seien eine besondere Art von Menschen, sozusagen die Krone der Schöpfung. Die Verbindung einer Ethnobezeichnung mit dem Wort »Menschen« enthält also den Subtext, es bestehe ein qualitativer Unterschied und Gegensatz zwischen der jeweiligen Ethnie und dem Rest der Menschheit, und diesen Subtext, nämlich daß Juden eine besondere *Art* von Menschen seien, enthält auch die Formulierung »jüdische Menschen«. Wenn Philosemiten oder gar Juden eine solche Formulierung verwenden, schießen sie ein Eigentor. Denn selbst wenn es freundlich gemeint ist: Von solcher Art Philosemitismus zum Gegenteil davon ist es nur ein winziger Schritt.

- **MENSCHENFEINDLICHKEIT, GRUPPENBEZOGENE**

Das Theorem der »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit«⁴⁹ wurde von dem Soziologen Wilhelm Heitmeyer entwickelt. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nach Herrn Heitmeyer kann sich richten unter anderem gegen Moslems, Juden, Ausländer, Frauen, Homosexuelle, Hartz-IV-Empfänger und Obdachlose.

Sie kann sich, und zwar definitionsgemäß, also als Prämisse, nicht etwa als Konsequenz empirischer Beobachtung, *nicht* richten gegen Deutsche, Christen, Männer, Heterosexuelle und Menschen, die von ihrer eigenen Arbeit leben.

Wenn also ein Befragter das Statement bejaht, es gebe zu viele Ausländer in Deutschland, dann gilt dies als »mensenfeindlich«. Wenn aber eine arabische Jugendbande einen Deutschen zusammentrampelt, und dies unter den üblichen deutschfeindlichen und christenfeindlichen Beschimpfungen, dann zählt das für Herrn Heitmeyer *nicht* als Menschenfeindlichkeit.

Die Implikation dieser Theorie lautet unter anderem, daß es keineswegs unmoralisch ist, auf den Interessen von Deutschen, Christen, Heterosexuellen, Männern und Erwerbstätigen, wenn nicht sogar ganz buchstäblich auf ihnen selbst, herumzutrampeln. Ihre Interessen, das heißt die Interessen der Mehrheit, sind von vornherein bar jeder Legitimität. Der Vorwurf der »Mensenfeindlichkeit«, den solche Ideologen unter dem fadenscheinigen Deckmantel von »Wissenschaftlichkeit« gegen Millionen ihrer Mitbürger erheben, fällt auf sie selbst zurück.

• MENSCHENRECHTE

Wenn sich in den Zeitungen die Erwähnungen des Wortes »Menschenrechte« häufen, darf man sicher sein, daß ein Krieg vor der Tür steht.

Im Vorfeld solcher Kriege, sofern es sich um geplante Angriffskriege handelt, pflegt der Angreifer den jeweils aufs Korn genommenen Gegner als einen Feind der »Menschenrechte« zu brandmarken und damit als Machthaber zu delegitimieren - was unter anderem zur Folge hat, daß man es mit dessen *eigenen* Menschenrechten nicht so genau zu nehmen braucht, wie von Ludwig XVI. bis zu Gaddafi viele Potentaten erfahren mußten, die das Pech hatten, ins Fadenkreuz von politischen Kräften und Mächten zu geraten, die sich ideologisch auf die Idee der Menschenrechte stützten.

Zum Propagandaslogan taugt das Wort unter anderem deshalb, weil der, der sich abstrakt auf die »Menschenrechte« beruft, in aller Regel keine kritische Nachfrage zu erwarten hat, von *welchen* Rechten er eigentlich konkret spricht. Daß man Freiheit und Sicherheit - beides Dinge, auf die man einem freiheitlichen Rechtsstaat gegenüber einen Anspruch hat - normalerweise nicht gleichzeitig im selben Maß bekommen kann, ist ein alter Gemeinplatz, der aber regelmäßig vergessen wird, sobald die »Menschenrechte« auf den Plan treten und mit dem Anspruch auf absolute Geltung eingefordert werden. Konkret: Ein Mann wie Saddam Hussein hat zweifellos Menschenrechte verletzt, aber seit seinem Sturz mußten mehrere hunderttausend Christen - um nur diese Gruppe zu nennen - aus dem Land fliehen, weil sie sich seit dem Zusammenbruch der staatlichen Ordnung

permanent gewalttätigen Übergriffen islamischer Extremisten ausgesetzt sehen, vor denen Saddams eiserne Faust sie bis 2003 geschützt hatte. Der Versuch, das unter völlig anderen historischen Voraussetzungen entstandene Modell der westlichen Demokratie in ein Land wie den Irak zu verpflanzen, hat zu dem Ergebnis geführt, daß selbst diejenigen Menschenrechte, die unter Saddam noch effektiv gewährleistet waren (etwa auf öffentliche Sicherheit), im heutigen Irak nur noch auf dem Papier stehen (und in absehbarer Zeit womöglich sogar von diesem Papier radiert werden). Ein solches Ergebnis wäre selbst dann ein Debakel (das die Ausgangsidee restlos diskreditieren müßte), wenn die Kriegführung selbst nicht hunderttausende von ungefragten und unschuldigen Opfern gekostet hätte, auf deren Menschenrechte es den USA wohl nicht ankam.

Menschenrechte gelten - wie jegliches Recht - nur, sofern es eine sie gewährleistende Ordnung gibt, und dies bedeutet mindestens, daß es *überhaupt* so etwas wie eine Ordnung geben muß. In gescheiterten Staaten, wie etwa dem Deutschland des Dreißigjährigen Krieges oder dem heutigen Somalia, war der Staat praktisch nicht der Lage, Menschenrechte zu verletzen, dafür aber konnte es jeder der zahlreichen Bewaffneten. Der Staat konnte bzw. kann die Menschenrechte in solchen Situationen nicht verletzen, aber gewährleisten kann er sie eben auch nicht.

Überdies kann kein Staat seine innere Ordnung aufrechterhalten, wenn er sich zu der Gesellschaft, über der er thront, wie eine Armee in besetztem Feindesland verhält. Ein Staat, der kein schieres Gewaltregime sein will, muß das innere Gefüge der Gesellschaft schon deshalb

respektieren, weil deren autonome Ordnungsmechanismen ihn von Regelungs- und Kontrollaufgaben entlasten, die für ihn sonst nicht zu meistern wären, und er muß sein eigenes Binnengefüge darauf, das heißt auf die konkret existierende und historisch gewachsene Gesellschaft einstellen. Dies bedeutet, daß es ein universell gültiges Staatsmodell nicht geben kann und daß der Versuch, das westliche Staatsmodell weltweit zu verbreiten, entweder in Anarchie oder - zu deren Verhinderung - in totalitären Regimen enden muß. Das Ziel, liberale, demokratische Rechtsstaaten zu errichten, wird auf diesem Wege auf keinen Fall erreicht - sofern es überhaupt verfolgt wird. Es wird lediglich der Machtbereich der USA ausgedehnt.

Das Grundproblem der ständigen Rede von den Menschenrechten ist das Grundproblem utopistischer Ideologie insgesamt: Wer abstrakte »Rechte« ohne Bezug zu einer konkreten Ordnung an den Beginn seiner Überlegungen stellt, postuliert ein Absolutum, dem gegenüber alle anderen Überlegungen, vom gesunden Menschenverstand bis zur politischen Moral, in den Hintergrund zu treten haben. Er kreierte ein Begriffsuniversum, in dem die soziale, politische und anthropologische Wirklichkeit bestenfalls noch als Objekt der Manipulation und als zu überwindendes Hindernis vorkommt. Das Pathos, mit dem die Menschenrechte seit der Französischen Revolution propagiert werden, ist unverkennbar religiöser Natur, aber es handelt sich dabei um Religiosität an der falschen Stelle: um eine Religion, die sich nicht auf eine ontologisch gegebene, sondern eine utopisch noch zu schaffende Wahrheit beruft, auf eine Wahrheit,

die politisch, und das heißt gewaltsam, herbeigezwungen werden soll.

Daß diese Quasireligion in allen ihren Spielarten von Robespierre über Lenin bis hin zu George W. Bush immer wieder Gewaltherrscher und Kriegstreiber hervor gebracht hat, braucht niemanden zu überraschen und liegt in der Natur der Sache; dies um so mehr, als ein abstrakter Begriff ohne Bezug zur Wirklichkeit zur willkürlichen Auffüllung mit beliebigen Inhalten nicht nur einlädt, sondern zwingt. Solche Begriffe sind wie geschaffen dazu, von Demagogen als Schlagwörter benutzt zu werden. Eine Gesellschaft, die angesichts pseudoreligiös daherkommender Begriffsblasen nicht den Mut zur kritischen Nachfrage hat, ist nach Belieben von Meinungsmultiplikatoren manipulierbar, und um ihre Autonomie und demokratische Substanz ist es kaum besser bestellt als um die einer Schafherde.

- **MENSCHENVERACHTEND**

Die Herrscher des Römischen Imperiums pflegten die Verfolgung der frühen Christen mit der Behauptung zu rechtfertigen, diese seien »Feinde des Menschengeschlechts«, da sie sich bekanntlich weigerten, alle Götter und Religionen für gleichermaßen wahr zu halten. Mit heutigen Praktiken war diese Rhetorik eng verwandt: zum einen insofern, als die Ablehnung herrschaftssichernder ideologischer Fiktionen den Nonkonformisten die Feindschaft der führenden Schichten eintrug, zum anderen, insofern das Beharren auf einer *Unterscheidung* (hier zwischen wahr und unwahr) der Stein des

Anstoßes war, und drittens, insofern die Betroffenen nicht als *Staatsfeinde*, sondern als Feinde des *Menschengeschlechts* bezeichnet wurden.

Der in der politischen Sprache der BRD ubiquitäre Begriff »Menschen« zeigt seine besondere Kehrseite in dem (dem altrömischen Sprachgebrauch verwandten) Adjektiv »menschenverachtend«, mit dem vorzugsweise politische Gegner und deren Ansichten gekennzeichnet werden, insbesondere wenn diese Ansichten sich durch Illusionslosigkeit hinsichtlich bestimmter Gruppen und der auf sie bezogenen politisch korrekten Sprachregelungen auszeichnen. Es handelt sich um eine semantische Lüge, zumindest in Zusammenhängen, in denen keineswegs »Menschen« schlechthin, sondern einzelne Gruppen - und dies nur zu oft auf der Basis überreichlich vorliegenden Tatsachenmaterials - kritisch eingeschätzt werden.

Wer solche Positionen »menschenverachtend« nennt, treibt auf der einen Seite sein Bedürfnis nach Unterschiedslosigkeit derart auf die Spitze, daß er jegliche Ablehnung einzelner Gruppen als Ablehnung aller Menschen wertet (oder zu werten vorgibt); auf der anderen Seite steigert er politisch-ideologische Meinungsverschiedenheiten oder auch Interessengegensätze, deren friedliche Austragung das Wesen einer freien Gesellschaft ausmacht, zu einer prinzipiellen und durch nichts zu überbrückenden Feindschaft. Es genügt nicht, zu behaupten (und dann gegebenenfalls auch zu belegen), daß der Andersdenkende im Unrecht sei, er muß vielmehr ein *Feind* sein, und nicht etwa ein Feind bestimmter Ideologien, Gruppen oder Interessen, sondern ein *absoluter* Feind, nämlich der Feind aller *Men-*

schen. Wer Menschen »verachtet«, so lautet der Subtext, ist selbst kein Mensch und hat demgemäß auch keine -> Menschenrechte.

- **MENSCHHEIT**

Bei der Verwendung des Wortes »Menschheit« wird häufig suggeriert, daß im Zweifel deren Interessen automatisch Vorrang vor denen kleinerer Einheiten haben müsse - was für Machthaber insofern praktisch ist, als es niemanden gibt und geben kann, der authentisch »die Menschheit« und deren Interessen repräsentiert und es daher eine schiere Machtfrage ist, zu definieren, was dieses Interesse gerade zu erheischen scheint. Da sitzen Machthaber naturgemäß am längsten Hebel. Es liegt in ihrem - und nur in ihrem - Interesse, eine Moral zu propagieren, wonach jegliche Solidarität gegenüber sozialen Einheiten, die kleiner sind als die Menschheit, sozusagen ein Verrat an Letzterer sei. Was auf den ersten Blick plausibel klingt - welcher Mensch will schon »gegen die Menschheit« sein? - ist in Wahrheit Betrug:

Erstens hat Solidarität nur Bestand, wenn sie auf Gegenseitigkeit beruht, d.h. wenn der solidarisch sich Verhaltende realistisch die Existenz einer Solidargemeinschaft unterstellen und daher erwarten kann, gegebenenfalls selbst von ihr getragen zu werden. Wo er dies nicht erwarten kann, schraubt er seine solidarische Opferbereitschaft entsprechend herunter, und dies ist nicht unmoralisch, sondern realistisch. Je schwächer eine Solidargemeinschaft als solche ist, desto weniger ist man bereit, für sie zu tun. Mehr zu tun, wäre Altruismus

(Handeln zugunsten anderer), aber Gesellschaften beruhen eben nicht auf Altruismus, sondern auf Solidarität. Und das ist etwas vollkommen anderes.

Zweitens wäre die Menschheit längst ausgestorben, wenn sie auf Ideologen hätte warten müssen, die ihr erklären, mit wem ein konkreter Mensch solidarisch zu sein hat. Die Menschen müssen schon von Natur ein Gespür dafür haben, von wem sie welches Maß an Solidarität zu erwarten haben und wem sie deshalb welches Maß an Solidarität schulden. So unterschiedlich die kulturellen Ausprägungen der entsprechenden Vorstellungen bei unterschiedlichen Völkern sind: *Ein* Zusammenhang ist immer konstant, nämlich der zwischen sozialer Solidarität und genetischer Verwandtschaft. Wir sind um so solidarischer, je enger die Verwandtschaft ist: Der eigenen Familie sind wir mehr verpflichtet als dem eigenen Volk, dem Volk mehr als der Menschheit, der Menschheit mehr als der Tierwelt, und selbst innerhalb der Tierwelt privilegiert das Gesetz, etwa das deutsche Tierschutzgesetz, noch Wirbeltiere gegenüber Nicht-Wirbeltieren, also die engeren Verwandten gegenüber den ferneren.

Unter Weißen ist dieser Zusammenhang schwächer ausgeprägt als bei anderen Völkern, vermutlich, weil die meisten von Weißen geprägten Kulturen sich von alters her durch exogame Familienstrukturen auszeichnen, Eheschließungen innerhalb der engsten Verwandtschaft also nach Möglichkeit vermieden werden und man ganz bewußt in fernerstehende (wenn auch nicht gerade in exotische) Familien einheiratet, und dies schon seit Jahrtausenden, sodaß entsprechende Dispositionen sich auch genetisch niedergeschlagen haben dürften.

Damit sind Weiße aber Sonderlinge innerhalb der Menschheit; bei den meisten anderen Völkern ist die Solidarisierung entlang von Familien-, Clan-, Stammes- und Volksgrenzen eine solche Selbstverständlichkeit, daß der Versuch, sie ihnen ideologisch ausreden zu wollen, geradezu lächerlich ist. Selbst bei Weißen, bei denen die Disposition etwas schwächer ist, bedurfte es massiver ideologischer Propaganda, wenigstens eine Minderheit von ihnen dazu zu bringen, eine Moral zu akzeptieren, wonach die größte denkbare Einheit, nämlich die Menschheit, der *bevorzugte* Bezugspunkt ihrer Solidarität sein solle - eine Moral, die buchstäblich die Umwertung aller Werte beinhaltet.

• **MIGRANTEN HABEN UNSER LAND AUFGEBAUT**

Zu den unverschämtesten Lügen der politischen Klasse der BRD gehört die Behauptung, Migranten hätten »unser Land aufgebaut« oder »mit aufgebaut«. ⁵⁰ Es handelt sich dabei um einen Ohrwurm, das heißt um eine Floskel, die durch ständige Wiederholung in die Köpfe einsickern soll.

Eigentlich sollte es sich erübrigen, diesen hanebüchernen Unfug mit Argumenten zu widerlegen. Leider gibt es aber gar nicht so wenige Mitmenschen, besonders der jüngeren Generation, die anfangen, dies zu glauben. Daher nur in aller Kürze: Als Deutschland in Trümmern lag, halfen keine Migranten. Sie kamen erst, als Deutschland nicht nur wieder aufgebaut war, sondern sich, gestützt allein auf den westlichen Teilstaat, erneut als führende Wirtschaftsmacht Europas etabliert hatte. Diese

MITTE, EXTREMISMUS DER

phänomenale Aufbauleistung ist von unseren Eltern und Großeltern (und für die Jüngeren: Urgroßeltern) erbracht worden, von sonst niemandem. Die einzigen »Migranten« (wenn wir sie denn so nennen wollen), die daran Anteil hatten, waren deutsche Binnenflüchtlinge. Etwas anderes zu behaupten, beleidigt nicht nur diejenigen, die das Land *wirklich* aufgebaut haben, sondern bringt auch die blanke Verachtung gegenüber den Zuhörern zum Ausdruck, denen man offenbar zutraut, auch die dreisteste Lüge noch zu schlucken.

• MITTE, EXTREMISMUS DER

»Extremismus der Mitte« war ursprünglich ein Begriff, der die Hinwendung von Teilen der deutschen Mittelschicht zur NSDAP Anfang der dreißiger Jahre beschreiben sollte. Von den neunziger Jahren an wurde es als Schlagwort und Propagandawaffe entdeckt, mit dem ganz selbstverständliche Werthaltungen einer Mehrheit, etwa das Festhalten am Nationalstaat, als Rechtsextremismus verunglimpft wurde.

Hervorgetan hat sich dabei unter anderem die Friedrich-Ebert-Stiftung,⁵¹ die sich, wenn sie ihre eigenen Befunde ernstnähme, umgehend einen neuen Namenspatron suchen müßte, weil ein Mann wie Friedrich Ebert laut der Definition der nach ihm benannten Stiftung unzweifelhaft als Rechtsextremist, wenn auch als einer »der Mitte«, zu qualifizieren wäre.

Die Phrase vom »Extremismus der Mitte« bzw. vom Rechtsextremismus, der »in der Mitte der Gesellschaft« angekommen sei, spiegelt, wenn auch in demagogischer

Verzerrung, den objektiven Sachverhalt wieder, daß die gesellschaftlichen Machteliten und die ihnen zuarbeitenden linken Ideologen die Mehrheit des Volkes gegen sich haben. Dies nicht etwa deshalb, weil dieses Volk nach rechts gewandert wäre (wie sie glauben machen möchten), sondern weil sie selbst immer weiter nach links gerückt sind, Ideologien vertreten, die noch vor dreißig Jahren als linksradikale Spinnerei galten, jede Bindung ans Volk verloren haben und immer offener eine von utopistischen Wahnideen befeuerte Destruktionspolitik betreiben, die darauf abzielt, nichts weniger als den Nationalstaat, die Völker, die Familie und die Religion aus der Welt zu schaffen, und da eine solche Politik mit verfassungskonformen Mitteln nicht durchsetzbar und mit einer demokratischen Verfassung nicht vereinbar ist, müssen am Ende auch die Meinungsfreiheit, die Rechtsstaatlichkeit und die Demokratie dran glauben.

Wir haben es mit der Herrschaft von Menschen zu tun, die das Ziel der vollständigen Umwertung aller Werte und der Umwälzung der Grundlagen von Staat und Gesellschaft verfolgen. Da viele dieser Leute für sich in Anspruch nehmen, die politische Mitte zu verkörpern, gewinnt das Schlagwort vom »Extremismus der Mitte« einen von seinen Erfindern durchaus nicht intendierten ironischen Doppelsinn.

• **MITTE DER GESELLSCHAFT**

->Mitte, Extremismus der

- **MULTIKULTURELL**

Eine Kultur besteht vor allem aus den tausend und aber-tausend ungeschriebenen Regeln, Sichtweisen und Wertorientierungen, über die Konsens unterstellt werden kann und die deshalb Konflikte verhindern, mit deren Regelung der perfektste Staat überfordert wäre. Ein liberaler Rechtsstaat ist nur dort möglich, wo die Gesellschaft sich vermittels eines solchen Systems weitgehend selbst reguliert und den Staat dadurch in seiner Ordnungsfunktion entlastet, die er sonst nur mit einem Maximum an Repression und selbst dann nur mit unbefriedigenden Ergebnissen erfüllen könnte.

Bestehen in einer Gesellschaft mehrere Kulturen, d.h. mehrere solcher Regelsysteme nebeneinander, existiert ein solcher Konsens nicht und tauchen deshalb bereits im Alltag millionenfach Konflikte auf, die es ohne »Multikulturalismus« nicht gäbe, die die Tendenz zur gewalttätigen Eskalation in sich tragen, und die allen - Einheimischen wie Migranten - das Leben sauer machen.

Dabei ist dieses Chaos auf der Mikroebene, obwohl es vielen Menschen das Leben schier unerträglich macht, noch das geringste Problem. Gravierender, insbesondere von einem emanzipatorischen Standpunkt, ist, daß auch Demokratie auf »multikultureller« Basis nicht möglich ist. Denn der Begriff »multikulturelle Gesellschaft« ist in Wahrheit ein Euphemismus. Eine »multikulturelle« ist notwendigerweise zugleich eine multiethnische Gesellschaft, ein Vielvölkerstaat, eine Gesellschaft in ethnischer Gemengelage.

Wer Multikulturalismus will, will eine ethnische Gemengelage, wie sie in Südafrika, im Libanon, im Kongo

und im ehemaligen Jugoslawien herrschen, und das heißt, er führt die dazugehörigen politischen Zustände herbei: Diktatur oder Bürgerkrieg oder beides.

Die immer drakonischeren Meinungsparagrafen, der immer hysterischere Kampf gegen »Rechts« - das heißt nicht etwa gegen Extremisten, sondern schlicht gegen die Sachwalter der Interessen des eigenen Volkes -, der mit seiner Gesinnungsjustiz und seinem Denunziantenunwesen allmählich Züge einer mittelalterlichen Hexenjagd annimmt, sind nur die ersten Vorboten eines neuen Totalitarismus, der erforderlich werden wird, um die Illusion eines gesellschaftlichen »Friedens« zu erzwingen, den die Gesellschaft, solange sie nicht »multikulturell« war, dem Staat frei Haus geliefert hat. Wie jeder andere Vielvölkerstaat der Geschichte wird auch die BRD und werden die anderen EU-Staaten ihrer ethnischen Konflikte auf die Dauer nur mit diktatorischer Gewalt und durch Suspendierung der Bürgerrechte Herr werden. Der Unterschied ist, daß die Staaten Europas diesen Zustand absichtlich herbeigeführt haben, den andere Vielvölkerstaaten als historisch tradiertes Problem nur vorgefunden haben, und daß die Linke die politische Speerspitze dieses Zerstörungswerks ist.⁵²

• **MUSLIME UNTER GENERALVERDACHT STELLEN**

Angehörige, Profiteure und Förderer der Migrations- und Integrationsindustrie, etwa die berüchtigte Integrationsbeauftragte der Bundesregierung (bis 2013) Maria Böhmer, aber beileibe nicht nur die, warnen bekanntlich oft davor, »Muslime unter Generalverdacht zu stellen«.

Dem kann man sich nur anschließen:

In der Tat ist es unzulässig, um nicht zu sagen ->dumpf, ->krude, ->rassistisch und -•menschenverachtend, moslemische Einwanderer unter den *Generalverdacht* zu stellen, sie seien *schlechte* Moslems, ihnen also pauschal zu unterstellen, das Wort Allahs zu vergessen, das Beispiel des Propheten zu mißachten und die Pflicht zum Dschihad zu vernachlässigen. Man kann ihnen wahrhaftig nicht nachsagen, mit dem Koran so umzugehen wie »christliche« Theologen mit der Bibel. Man verleumdet sie, wenn man das ->stereotype ->Klischee verbreitet, daß »alle Religionen dasselbe wollten« und daß deshalb auch der Koran zu jener Sorte liberaler Plitudensammlungen gehöre, zu der gewisse Leute die Bibel umgedeutet haben. Den kindischen und opportunistischen Umgang mit der religiösen Überlieferung, der im ehemals christlichen Europa heute *en vogue* ist, kann man Moslems nicht vorwerfen, schon gar nicht pauschal. Die wenigen Einzelfälle, in denen auch Moslems dem sie umgebenden Vulgärliberalismus anheimgefallen sind, dürfen auf keinen Fall zu einem Pauschalurteil über die moslemische Gemeinschaft insgesamt verallgemeinert werden. Genau dies tut man aber, wenn man die tiefgreifenden kulturellen Gegensätze zu bloß folkloristischen Farbnuancen verniedlicht, die einer »Integration« nicht im Wege stünden.

Wer die Moslems unter den ->Generalverdacht stellt, jener infantilen gottlosen Dekadenz zu frönen, die sie optimalerweise mitbringen müßten, um in Frau Böhmers Disneylandrepublik integrierbar zu sein, deren Ehrgeiz sich darin erschöpft ->>bunt« und »fröhlich« zu

sein, der beleidigt sie und ihren Glauben mehr, als alle Islamkritiker der Republik zusammen es jemals könnten.

- **MUT GEGEN**

->Zivilcourage, ->Gesicht zeigen

- **NAZI**

Ein selbst für die Verhältnisse der geistig wahrlich nicht anspruchsvollen politischen »Kultur« der BRD ungewöhnlich plattes und geistloses Totschlagwort. Als »Nazi« wird abgestempelt, wer den Herrschenden, den für diese Herrschenden sich prostituierenden Ideologen und ihren linksradikalen Sturmabteilungen nicht in den Kram paßt.

- **NICHTREGIERUNGSORGANISATION**

Bei dem Wort »Nichtregierungsorganisation« handelt es sich um eine Fehlübersetzung des englischen Begriffs »Non-governmental Organisation«, den man treffender mit »nichtstaatliche Organisation« wiedergeben müßte. Irreführend wäre der Ausdruck aber auch dann, und zwar in doppelter Hinsicht:

Zum einen müßte man korrekt von »privaten Organisationen« sprechen. Täte man dies, so würde damit die Wahrheit ausgesprochen, daß solche Organisationen bei weitem nicht der rechtlichen und politischen Kontrolle staatlicher Amtsträger unterliegen, und daß sie selbstverständlich bestimmte Interessen verfolgen. Das ist völlig legitim. Es würde nur dazu führen, daß das Publikum

einen etwas kritischeren Blick auf die Aktivitäten solcher Organisationen werfen und womöglich nicht von der Vermutung ausgehen würde, hier seien ausschließlich selbstlose Idealisten am Werk, die sich für das Wohl der Menschheit aufopferten, weswegen jede Kritik an ihnen moralisch anrühlich sei.

Zum anderen werden solche angeblich nichtstaatlichen Organisationen in vielen westlichen Ländern von den Regierungen aus Steuermitteln finanziert. Auch dies ist nicht unbedingt verwerflich, läßt die »Nichtstaatlichkeit« dieser Organisationen aber in einem merkwürdigen Licht erscheinen.

Man kann getrost von der Faustregel ausgehen: Je größer, reicher und einflußreicher eine solche Organisation ist, desto größer ist ihre Nähe zu mächtigen und finanzstarken gesellschaftlichen Großakteuren. Das kann der Staat und können dessen Geheimdienste sein, insbesondere bei Organisationen, deren Ziele der Sturz ausländischer Regierungen oder die Bekämpfung oppositioneller Strömungen im Inland sind, Ziele also, die offen zu verfolgen der Regierung eines Rechtsstaates politisch peinlich, oft genug auch rechtlich untersagt ist. Da bedienen Regierungen sich gerne einer »Nichtregierungs«-Fassade.

Häufig sind es aber auch große wirtschaftsnahe Stiftungen, nicht selten unter Kontrolle der Letzteigentümer multinationaler Konzernkonglomerate, die ihre Ziele gerne unter dem Deckmantel einer »Basis«-Bewegung verfolgen, um von dem Vertrauensvorschuß zu profitieren, den die Öffentlichkeit solchen »Bewegungen« insbesondere dann einräumt, wenn die Massenmedien sich an deren Imagepflege beteiligen.

Eine »Nichtregierungsorganisation« muß nicht, *kann* aber das Vehikel von Interessen sein, die Grund haben, das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen.

• **OFFENHEIT**

Der Duden definiert »Offenheit« als

»1. freimütige Wesensart; rückhaltlose Ehrlichkeit

2. Aufgeschlossenheit; Bereitschaft, sich mit jemandem, etwas unvoreingenommen auseinanderzusetzen«.

Halten wir zunächst fest, daß Offenheit im Sinne von Freimut und Ehrlichkeit das Letzte ist, was hierzulande erwünscht ist, wie jeder feststellen wird, der freimütig sagt, was er denkt, sofern er damit das ideologische Laufstälchen der BRD verläßt.

Um »Offenheit« im zweiten Sinne des Wortes ist es kaum besser bestellt. Zwar wird diese »Offenheit«, insbesondere gegenüber fremden Kulturen, täglich von Repräsentanten des herrschenden Machtkartells rhetorisch eingefordert, aber nicht praktiziert. Eine ernsthafte und unvoreingenommene Auseinandersetzung etwa mit der islamischen Kultur führt zwangsläufig zu Ergebnissen, die man freimütig und ehrlich nur aussprechen kann, wenn man in Kauf nimmt, zur Zielscheibe der Attacken der Medien, der Politik, der Wissenschaft, nicht zuletzt auch der Kirchen zu werden, die grundsätzlich jeden zum Rechtsextremisten stempeln, dessen Auseinandersetzung mit dem Islam ehrlich genug ist, sich nicht in oberflächlicher Affirmation zu erschöpfen.

So braucht es uns auch nicht zu wundern, daß duden.de als dritthäufigstes Substantiv, das in Verbindung mit

OPFER

»Offenheit« auftaucht, nach »Ehrlichkeit« und »Transparenz« ausgerechnet -»Toleranz nennt, daß das Begriffspaar »Offenheit und Toleranz« also bereits zum -»Klischee geronnen ist, das heißt zu einem Ausdruck, der ohne Nachdenken benutzt wird. Da »Toleranz« in der Sprache der BRD die Umschreibung für die Bereitschaft ist, Zumutungen zu ertragen, insbesondere gegen Masseneinwanderung keine Einwände zu erheben und nicht einmal deren Ergebnisse zu kritisieren - und schrien diese Ergebnisse zum Himmel! - bezieht sich auch der Ausdruck »Offenheit«, und nicht als Neben-, sondern als Hauptbedeutung, auf die Offenheit der Grenzen und gerade nicht auf die Offenheit der Geister.

• OPFER

Das Wort »Opfer« war einst ein religiöser Begriff. Opfer war, wer zur Besänftigung von Götzen auf deren Altar sein Leben lassen mußte. Man sollte meinen, daß die aufgeklärte Moderne so etwas wie »Opfer« gar nicht mehr kennt, zumal das Menschenopfer bereits im Alten Testament verboten wurde und sich spätestens seit dem Opfertod Christi, also seit ungefähr zweitausend Jahren, endgültig erledigt haben sollte. Weit gefehlt. Wer nach dem Wort »Opfer« googelt, bekommt den Eindruck, daß die ganze Menschheit nur aus Opfern besteht, und daß es praktisch keine Lebenslage gibt, in der man nicht zum Opfer werden kann.

Wo von Unfallopfern, Taifunopfern, Tsunamiopfern oder Erdbebenopfern die Rede ist, mag man dem Begriff mit seinen religiösen Obertönen noch eine gewisse Be-

rechtiung, zumindest aber Ehrwürdigkeit zusprechen, weil er den Trost bietet, daß wir es nicht mit sinnlosem Zufall, sondern mit dem unbegreiflichen Wirken Gottes zu tun haben, das schrecklich sein mag, aber per definitionem nicht sinnlos ist.

Wie aber steht es mit dem Bafög-Opfer, dem Opfer ärztlicher Behandlung, dem Smartphone-Opfer, Lehman-Opfer, Loveparade-Opfer, Opfer der Telefonwerbung, Opfer häuslicher Gewalt, Phishing-Opfer, Mobbing-Opfer, Stalking-Opfer, Justizopfer, Opfer der Privatisierung, Gewaltopfer, Abmahnungsopfer, Promi-Opfer, Casting-Opfer, EC-Karten-Opfer und Opfer der Badenia-Bausparkasse?

Man wird nicht einfach betrogen, man ist ein Betrugsopfer; der Betrug bewirkt mithin nicht einfach eine Verringerung des Kontostandes, sondern eine existentielle Wandlung, durch die man zu einer anderen Art von Mensch wird, nämlich zu einem Opfer. Die Badenia-Bausparkasse hat ihre Kunden nicht etwa zu betrogenen Kunden gemacht, sondern zu Opfern, d.h. zu christusartigen Gestalten, die dadurch mit einer Aura von »Heiligkeit« umgeben sind, an der zu zweifeln sich schon aus Gründen der Pietät verbietet. Es ist nur folgerichtig, daß die *Verhöhnung der Opfer* das moderne Äquivalent zu dem ist, was man früher »Blasphemie« nannte.

Folgerichtig ist auch, daß der Täter, den es ja geben muß, wo es ein Opfer gibt, nicht einfach verwerflich gehandelt hat, sondern zu einer Art Aztekenpriester wird, der das Opfer, oder in symbolischer Stellvertretung dessen Brieftasche, auf dem Altar seiner Habgier oder irgendeines anderen Götzen dahinmeuchelt. Wo von

Opfern die Rede ist, wird der Verstoß gegen das Strafgesetzbuch zur satanistischen Kulthandlung.

Nein, hier wird nicht einfach ein ursprünglich religiöser Begriff mit einer neuen, säkularen Bedeutung versehen und in dieser Bedeutung verwendet. Daß die religiösen Bezüge weiterhin aktuell sind, erkennt man, wenn man Stilblüten wie das »Smartphone-Opfer« beiseite läßt. Das Smartphone-Opfer ist gewissermaßen nur der niedliche kleine Bruder von Opferkategorien ganz anderen politischen, moralischen und ideologischen Kalibers. Google liefert uns unter anderem das Kirchenopfer und Papstopfer, das Mißbrauchsoffer und Familien-Opfer; wir sehen Opfer rechter Gewalt, Stasiopfer, Dopingopfer, Maueropfer, Holocaustopfer, NS-Opfer, Opfer des Stalinismus, Opfer rassistisch motivierter Polizeigewalt, Opfer von Rechtsextremismus, Guantanamo-Opfer, Kundus-Opfer, Hitlers afrikanische Opfer und natürlich die Opfer von Diskriminierung.

Opfer zu sein bedeutet nicht nur Heiligkeit - was an sich schon Prestige und eine gewisse Befriedigung bedeutet -, es bedeutet auch, daß man von dieser Heiligkeit etwas hat. Man kann Entschädigungen und Entschuldigungen fordern, man bekommt versichert »Den Zeitpunkt der Versöhnung können nur die Opfer bestimmen« (Überschrift eines DZF-Beitrags über Stasiopfer), man kann den Tätern den Mund verbieten, weil dies sonst eine »Verhöhnung der Opfer« (also Blasphemie) sei, und man kann Täter schikanieren, indem man zum Beispiel die Entlassung niederrangiger Ex-Stasi-Bediensteter aus der Unterlagenbehörde durchsetzt, weil es »ein Schlag in die Gesichter der Opfer« sei, wenn diese

auf einem Fußboden gehen müßten, der von einer Putzfrau gewienert wurde, die dasselbe schon unter Erich Mielke getan hat.

Zugleich haben diese Opfer auch ihre Mitesser: Gutmenschen, die sich »auf die Seite der Opfer stellen« und dadurch an deren vermeintlicher Heiligkeit teilhaben, Heerscharen von Opferanwälten, die nicht für Gotteslohn, sondern für klingende Münze arbeiten, all die Betreiber von Hotlines, Beratungsinitiativen und Nachsorgeangeboten, die sich dafür vom Steuerzahler bezahlen lassen, nicht zuletzt eine Medienindustrie, die mit der Präsentation von Opfern aller Art nicht nur die Tränenrüse, sondern auf dem Umweg über Einschaltquoten auch den Geldbeutel des Zuschauers anzapft.

Es gibt also eine ganze Industrie, die vom ständigen Nachschub an Opfern lebt und im Namen ihrer jeweiligen Schützlinge mit harten Bandagen um deren Platz in der Opferhierarchie kämpft. Google liefert uns als Nebenprodukte dieses Kampfes Begriffe wie Opfer zweiter Klasse, wahres Opfer, ewiges Opfer. Die unermüdliche Opfersuche spiegelt sich in den Floskeln unsichtbare Opfer, unbekannte Opfer, vergessene Opfer, und sogar: Opfer des Tages. Wenn wir die obige Opferliste durchgehen, erkennen wir, wem der Status der Heiligkeit verwehrt werden soll. Es gibt Diskriminierungsopfer, aber keine Dschihadopfer. Es gibt Opfer *rechter*, aber nicht *linker* Gewalt. Wer nicht zu den Aztekenpriestern gerechnet werden will, hat sozusagen keine andere Wahl, als sich auf die Opferkonkurrenz einzulassen und darauf hinzuweisen, daß nicht nur Ausländer Opfer von Deutschen werden, sondern daß der umgekehrte Fall weitaus häufi-

ger ist.⁵³ Daß nicht nur Frauen Opfer von Männern sein können, sondern auch umgekehrt, und daß linke Gewalt gegen Rechte ziemlich häufig ist (und um so wahrscheinlicher ist, je harmloser die jeweiligen Rechten sind: An betenden Christen oder an einem alten Mann, der die Farben seiner Studentenverbindung trägt, vergreift man sich gefahrloser als an Skinheads.). In einer Gesellschaft, die den Opferstatus prämiert, sind Gruppen wie Männer oder Deutsche, zu deren Selbstbild es gerade *nicht* gehört, Opfer zu sein, von vornherein chancenlos in der Opferkonkurrenz. Sie weigern sich, mit ihrem Opferstatus gegebenenfalls hausieren zu gehen.

Gleichzeitig hat das Gutmenschentum dem Schimpfwort »Du Opfer« den Kampf angesagt, aus seiner Sicht verständlicher Weise. Im Schimpfwort zeigt sich nämlich, was der Begriff des »Opfers« - außer einer vermeintlichen Heiligkeit - *noch* enthält: Ein Opfer ist jemand, der schwach ist, der auf anderer Leute Hilfe angewiesen ist, der sein Leben nicht im Griff hat, der kein Recht auf Stolz hat, der leidet, der Mitleid braucht und seinen Mitmenschen ein schlechtes Gewissen macht. Kurz gesagt, Opfer sind Leute, auf die die Gesellschaft gut verzichten kann.

Eine Gesellschaft, die den Opferstatus prämiert - mit moralischer Unangreifbarkeit, mit einem, wenn auch verlogenen »Prestige«, mit öffentlicher Aufmerksamkeit, nicht zuletzt mit Geld - prämiert Schwäche statt Stärke, das Leiden statt der Tat, Abhängigkeit statt Freiheit, Demut statt Stolz. Prämiert wird, was das Land kaputt macht. Gezüchtet werden Untertanen. Verdächtig ist und bekämpft wird, wer stark, aktiv, frei und stolz ist.

Bekämpft werden die Gruppen, die es ablehnen, Opfer zu sein.

Und doch klappt es nicht, so sehr es versucht wird. Man hat sich oft über den merkwürdigen »Sündenstolz« der Deutschen gewundert, über dieses »Unsere Verbrechen sind die größten!« Man hat sich gewundert, wie wenig sie von ihren eigenen Opfern (Bombenkrieg, Vertreibung, Massenvergewaltigungen) im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg sprechen bzw. sie krampfhaft als Konsequenzen des eigenen Handelns deuten (»Wir dürfen nie vergessen, daß Deutschland zuerst...«). Masochismus? Auch. Vor allem aber ein als Masochismus getarnter Stolz, der offenkundig unverwüstlich ist. Es hat einen subtilen Doppelsinn, wenn die Antideutschen (die sich dabei, wie so oft, als die Deutschesten von allen entpuppen) propagieren »Deutsche sind keine Opfer!«, und damit genau das deutsche Selbstverständnis wiedergeben.

Wir sind keine Opfer. Und wir gedenken auch nicht, es zu werden!

- **PATCHWORKFAMILIE**

Verschleiernder Anglizismus; die übliche deutsche Bezeichnung ist »Stieffamilie«, diese wäre aber nicht unbedingt positiv konnotiert; erst recht gilt dies für die möglichen Übersetzungen »Flickwerkfamilie« oder »Stückwerkfamilie«. Die Existenz einer Patchworkfamilie setzt normalerweise das vorherige Scheitern von Lebensplänen voraus, und das Wort »Flickwerk« ist semantisch durchaus angemessen für den verdienstvollen Versuch,

das Zerrissene wenigstens zu flicken, wenn man schon das Zerreißen nicht verhindern konnte.

In zunehmendem Maße ist von »Patchworkfamilien« aber auch dort die Rede, wo eine traditionelle Familie nicht etwa gescheitert ist, sondern gar nicht erst angestrebt wurde, etwa bei homosexuellen Paaren mit Kindern, oder bei Frauen, die wohl ein Kind, aber keinen Mann dazu möchten, wo Eltern also, weil es ihnen selber so paßt, den betroffenen Kindern etwas von vornherein als unvollkommen Konzipiertes zumuten.

Parallelen hierzu gibt es nicht nur in der modernen Kunst, die nicht selten zu einer Orgie der Häßlichkeit ausartet und uns das Zerstörte entgegen jedem ästhetischen Empfinden als das wahrhaft Schöne verkaufen will, sondern auch in der Politik: Der Patchworkfamilie nicht im Sinne eines brauchbaren Notbehelfs, sondern einer bewußten Fehlkonstruktion liegt die gleiche kranke Ideologie zugrunde wie der -»multikulturellen Gesellschaft, nämlich die Idee, daß seit Urzeiten bewährte Muster menschlichen Zusammenlebens prinzipiell minderwertig gegenüber ideologischen, utopistischen Kopfgelassenheiten und Letztere daher zu bevorzugen seien, zumal sie ->bunt sind (wie es bei einem Flickwerk normalerweise der Fall ist) und diese »Buntheit« der jeweiligen Konstruktionen jedes andere Kriterium, insbesondere die Frage nach der Funktionstüchtigkeit, verdrängt.

- **POST-**

Lateinische Vorsilbe mit der Bedeutung »nach-«; gängige Wortverbindungen wie »postmodern«, »postindustriell«

und »postmaterialistisch« verweisen freilich auch auf die Möglichkeit, alten Wein in neuen Schläuchen zu verkaufen und einen grundlegenden Gegensatz rhetorisch zu fingieren, wo in Wahrheit nur eine Fortentwicklung desselben Prinzips vorliegt. Ein solches Vorgehen bietet sich insbesondere dann an, wenn der Grundbegriff - aus welchen Gründen auch immer - problematisch geworden ist.

In Unterschied hierzu dient die Vorsilbe »neo-« (griechisch für »neu«) zur Bezeichnung für Erneuerungen alter Prinzipien, also nicht für ihre (und sei es nur vermeintliche) Überwindung.

Die Chance zu völlig willkürlichen, politisch motivierten Zuschreibungen liegt auf der Hand. Und so brauchen wir uns nicht zu wundern, daß es in unserem Land zwar Postkommunisten und Neonazis, aber keine Neokommunisten und Postnazis gibt.

- **-PHOBIE**

Das Wort »Phobie« ist eine psychiatrische Bezeichnung für krankhafte Angstzustände, der Gebrauch des Wortes in nichtpsychiatrischen Zusammenhängen durch Nichtpsychiater, denen zum Gebrauch des Wortes »Phobie« die fachliche Kompetenz fehlt, insbesondere der Gebrauch in politischen Zusammenhängen, ist Demagogie.

Sozial- und Politikwissenschaftler, die sich dieses a priori unwissenschaftlichen Demagogenvokabulars bedienen und Schlagwörter wie »Homophobie«, »Xenophobie« oder »Islamophobie« erfinden, disqualifizieren sich selbst als Wissenschaftler.

PRO FAMILIA

Sie *qualifizieren* sich allerdings gerade deswegen und dadurch für Drittmittel von Akteuren aus dem politischen und parapolitischen Bereich, indem sie deren Demagogie gegen Nationalstaat, Volk, Familie und Religion mit pseudowissenschaftlichen Weihen versehen.

Eine solche »Wissenschaft« verhält sich nicht anders als die entsprechenden Fachdisziplinen in der DDR, die ebenfalls von der Staatsführung einen politischen *Kampfauftrag* entgegennahmen und ihn ausführten.

Und die Selbstverständlichkeit, mit der sie die Nonkonformität mit der Ideologie und den Interessen des herrschenden Machtkartells als behandlungsbedürftige Krankheit diffamieren, entspricht der nämlichen Selbstverständlichkeit, mit der in der Sowjetunion Dissidenten in psychiatrische Kliniken eingeliefert wurden.

• PRO FAMILIA

»Pro Familia« (und ihre schein-katholische Schwesterorganisation »Donum Vitae«) sind Organisationen, deren Daseinszweck darin besteht, Abtreibungen zu erleichtern, also gerade nicht darin, die Gründung von Familien zu unterstützen oder Leben zu schenken. Diese Namen sind Lügen, und daß diese Lügen in lateinischer Sprache verkündet werden, macht die Dinge nicht besser, im Gegenteil: Latein ist die Sprache der katholischen Kirche, und ihre Verwendung in einem *solchen* Zusammenhang verfolgt erkennbar den Zweck, dem eigenen ganz und gar unkatholischen Anliegen, also der Erleichterung von Abtreibungen, ein religiös-moralisches Mäntelchen umzuhängen. Die Umwertung aller Werte wird hier Name und Begriff.

- **RASSISMUS**

Bezeichnete ursprünglich die Benachteiligung und Geringschätzung eines Menschen aufgrund seiner Rasse, wird heute aber stillschweigend umgedeutet: Als »Rassismus« gilt heute bereits die Feststellung, daß es überhaupt so etwas wie Rassen gibt.⁵⁴ Zur polemischen Funktion solcher Bedeutungsverschiebungen siehe ->Sexismus.

Versteht man »Rassismus« im traditionellen Sinne, so dürfte es schwierig sein, ein Volk zu finden, das weniger rassistisch ist als das deutsche. Zugleich dürfte es schwierig sein, ein Land zu finden, in dem die veröffentlichte Meinung in höherem Maße »Rassismus« - was immer das sein mag - zu einem gesellschaftlichen Problem hochredet - selbstredend nur, sofern damit der vermeintliche »Rassismus« der Deutschen gegen nichteuropäische Einwanderer gemeint ist, während die offenkundige Deutscheindlichkeit vieler dieser Einwanderer selbst dann kein Problem darzustellen scheint, wenn sie sich in Gewalttaten bis hin zum Mord entläßt.

Es gibt praktisch kein Negativklischee über das deutsche Volk, das nicht auf die Zustimmung eben jener veröffentlichten Meinung rechnen könnte, die zugleich Rassismus (aber eben nur, sofern er von Deutschen vorgetragen wird) zur Todsünde erklärt. Derlei Inkonsequenz ist von Heuchelei nicht zu unterscheiden, und Heuchelei kommt stets dort ins Spiel, wo jemand zu seinen wirklichen Zielen, Ansichten und Absichten nicht stehen kann. Wenn, und nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten westlichen Welt, »Rassismus« von Weißen gegen Nichtweiße bzw. Nichteuropäer (nicht

aber umgekehrt) in immer neuen Kampagnen gesellschaftlicher Großakteure (Parteien, Regierungen, Wirtschaftsverbände, supranationale Organisationen, Medien bis hin zu scheinbar unpolitischen Organisationen wie der FIFA) zum gesellschaftlichen Hauptproblem stilisiert wird, dann muß man ungewöhnlich naiv sein, um hinter derart konzertierten Aktionen etwas anderes als eine strategische *Absicht* und entsprechende *Interessen* zu vermuten.

Selbst wenn es sich wirklich um ein relevantes Problem handeln *würde* - was offensichtlich nicht der Fall ist -, bliebe immer noch die Frage zu beantworten, warum von allen relevanten Problemen gerade *dieses* eine so intensive Thematisierung erfährt.

Es geht, kurz gesagt, um massenhaften Psychoterror: Niemand soll es wagen, öffentlich zu bezweifeln, daß die Masseneinwanderung nach Europa, die ganz offensichtlich niemals enden soll, eine ->Bereicherung darstellt. Niemand soll die solchen Zweifeln zugrundeliegenden Argumente äußern können, ohne von der Rassistenkeule getroffen zu werden, und deswegen wird nicht erst die Thematisierung von Rassenunterschieden (von denen jeder weiß, daß es sie gibt), sondern die Benennung *irgendwelcher* Unterschiede zwischen den Völkern Europas einerseits, den Völkern der Einwanderer andererseits, als »Rassismus« gebrandmarkt (-•kulturalisierter Rassismus). Den Einheimischen soll von vornherein die Idee ausgetrieben werden, daß es ihr gutes Recht ist, darüber zu entscheiden, wen sie in ihr Land einlassen wollen und wen nicht. Selbst der Gedanke, daß das eigene Volk erhaltenswert sein könnte,

soll schon als »rassistisch« im Nirwana des Udenkbaren verschwinden. Wer eine solche Strategie verfolgt, *will* offensichtlich, daß die Völker Europas nicht nur in ihren eigenen Ländern in die Minderheit gedrängt werden, sondern aufhören zu existieren.

Das Programm, das den unaufhörlichen Kampagnen gegen »Rassismus« zugrundeliegt, hat nicht das geringste mit dem Schutz von Minderheiten zu tun. Es handelt sich vielmehr um ein Programm des kalten Genozids an den weißen Völkern, anders gesagt: um exterminatorischen Rassismus.

• **RASSISMUS, KULTURALISIERTER**

Die Arbeits(beschaffungs)stelle Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf stand eines Tages vor dem Problem, wie man Islamkritik als »rassistisch« verteufeln könne.

Das ist gar nicht so einfach, weil der Islam bekanntlich keine Rasse, sondern eine Religion und zugleich eine politische Ideologie ist. Wenn Islamfeindlichkeit »rassistisch« ist, dann könnte man mit demselben Recht und nach derselben Logik auch zum Beispiel Antifaschismus »rassistisch« nennen, weil der sich gegen eine politische Ideologie richtet.

Der drittmittel- und planstellensichernde Ausweg, auf den die »Neonazismusforscher« genannten Hexenjäger verfielen, war die Erfindung einer neuen Art von Rassismus, nämlich des »kulturalisierten Rassismus«.⁵⁵ Die Logik hinter einer solchen Denkfigur läßt sich ungefähr so umschreiben: Daß die Islamkritiker eine rassisti-

sche Bewegung seien, erkennt man daran, daß sie gerade keine rassistischen Thesen vertreten.

- **RECHTS**

In der Sprache der BRD wird das Wort »rechts« ausschließlich in einem diffamierenden Sinne verwendet. Vermutlich ist den meisten Menschen, sogar den Älteren, kaum mehr bewußt, daß mit »links« und »rechts« einmal die Spektren von SPD und CDU/CSU bezeichnet wurden, das Wort »rechts« in keiner Weise einen abwertenden Beigeschmack hatte und auch von Mainstreamkonservativen zur Bezeichnung des eigenen politischen Standorts verwendet wurde.

»Rechts« ist schließlich nicht nur im Deutschen, sondern auch in vielen anderen Sprachen konnotiert mit »richtig«, »Recht« und »Gerechtigkeit«. »Links« dagegen wird verbunden mit »linkisch« und »link« im Sinne von unredlich. »Seltsam, wie man sich >links< nennen kann, da links von alters her als Synonym für das Fehlgehende gilt«,⁵⁶ schrieb Botho Strauß. Wenn im heutigen BRD-Sprech »links« mit »gut« und »rechts« geradezu mit »böse« assoziiert wird, so ist dies ein eindrucksvoller Beweis für die Macht von Propaganda, auch und gerade primitiver Propaganda.

Daß diese Propaganda funktionieren konnte, hat nicht zuletzt mit der erbärmlichen Feigheit der bourgeois Karrieristen des Mainstreamkonservatismus zu tun, die um keinen Preis als »rechts« gelten wollten, dann mit dem Begriff auch die Sache aufgaben, für die er steht, und die heute in der Tat schon deshalb nicht

»rechts« sind, weil sie hierzu überhaupt Überzeugungen haben müßten. Was ist eigentlich ein rechter Standpunkt?

Rechts sein heißt (und hieß schon immer), von der Frage auszugehen, wie die Welt *ist*, nicht, wie sie sein *soll*. Rechts sein heißt, sein Weltwissen aus der Geschichte zu beziehen, nicht aus einer imaginierten Zukunft, es heißt, die Welt nicht vom Standpunkt einer utopischen Verheißung zu beurteilen, sondern vom Standpunkt der ihr drohenden Gefahren. Rechts sein heißt, bei der Beurteilung der Wirklichkeit den eigenen Augen zu trauen, und es heißt, das, was funktioniert, dem vorzuziehen, was nicht einmal *beansprucht* zu funktionieren. Links sein heißt von alledem das Gegenteil.

Da das Volk in diesem Sinne von Natur aus rechts ist, ist die Linke darauf angewiesen, es zum Schweigen zu bringen.

- **RECHTSEXTREMIST**

Da ein -»Extremist per definitionem jemand ist, dessen Ansichten sich von denen etablierter Kräfte grundlegend unterscheiden, gibt es zwei Möglichkeiten, zum Rechtsextremisten zu werden: Entweder rückt man selbst an den äußersten (»extrem« heißt »äußerst«) rechten Rand des politischen Spektrums, oder die etablierten Kräfte rücken so weit nach links, daß rechts von ihnen immer mehr Platz bleibt. Sie sind dann zur Verschleierung dieses Sachverhalts gezwungen, die Definition des Begriffs »Rechtsextremismus« immer mehr auszuweiten, so daß immer größere Teile des Volkes und des politischen

Spektrums unter diese Definition fallen. In einem Staat, der von Verfassungsfeinden regiert wird, hat es freilich seine innere Logik, daß Bürger, die auf dem Boden der Verfassung stehen, aus der Sicht dieser Verfassungsfeinde »Rechtsextremisten« sind.

• **RECHTSPOPULISMUS**

Populismus ist die Fähigkeit, dem Volk nicht unbedingt nach dem Munde zu reden, wohl aber aus dem Herzen zu sprechen. Wer das Wort »Populist« in einem pejorativen Sinne verwendet, gibt mithin zu, daß ihm selber diese Fähigkeit fehlt und daß seine Ideologie der Mehrheit des Volkes nicht einleuchtet.

Im übrigen wird das Wort »rechtspopulistisch« in demselben diffamierenden Sinne gebraucht wie »rechtsextrem« oder »faschistisch«, und es dient ebenso dazu, das Recht des Diffamierten auf freie Meinungsäußerung in Frage zu stellen. Spricht man von einem »Rechtspopulisten« statt einem ->Rechtsextremisten, so handelt es sich um eine pseudointellektuelle Scheindifferenzierung (ähnlich wie bei dem Ausdruck »faschistoid« statt »faschistisch« oder ->kulturalisierter Rassismus« statt einfach ->»Rassismus«), bei der platte Demagogie wohl ihr Ziel erreichen, nicht aber als Demagogie erkennbar sein soll.

• **RECHTS, KAMPF GEGEN**

Da ->»rechts« und »links« aufeinander bezogene Komplementärbegriffe sind, ist jeder Standpunkt, der nicht

links ist, automatisch entweder rechts oder kein Standpunkt.

»Kampf gegen Rechts« heißt im Klartext: Kampf gegen alles, was nicht links ist. Es widerspricht diesem Befund nicht, daß es Menschen gibt, die sich als nicht links verstehen und trotzdem den »Kampf gegen Rechts« unterstützen. Sie betreiben *Appeasement* im verächtlichen Sinne des Wortes, das heißt: Sie füttern das Krokodil in der Hoffnung, als Letzter gefressen zu werden.

Da zu einem rechten Standpunkt die Hochschätzung intakter Strukturen gehört, ist der »Kampf gegen Rechts« zugleich der Kampf gegen diese Strukturen, also unter anderem gegen Völker, Nationalstaaten, Familien, Recht und Religion. Die Begriffe »rassistisch«, »nationalistisch«, »faschistisch«, »sexistisch«, »homophob«, »fundamentalistisch«, »rechtspopulistisch« und »reaktionär« werden in einem polemisch diffamierenden Sinne *ausschließlich* gegen Verteidiger dieser Strukturen, und zwar *wegen* dieser Verteidigung, vorgebracht. Der Kampf gegen Rechts ist die politische Flankierung eines nihilistischen Zerstörungsprojekts, das sich gegen Gesellschaft und Zivilisation *schlechthin* richtet.

- **REICHSPOGROMNACHT**

Für die staatlich gelenkten Terrorakte gegen Juden am 9. November 1938 prägte der in solchen Dingen ziel-sichere Berliner Volksmund spontan den Ausdruck »Reichskristallnacht« und spießte damit die pathetische Sprache des Regimes ebenso auf wie das Bizarre und zugleich Schäßige des ganzen Vorgangs. Jahrzehntelang

war dies die gängige Bezeichnung, bis in den achtziger Jahren die -»antifaschistische Gesinnungs- und Betroffenen-SA zum Großeinsatz ausrückte und nicht ruhte, bis sie mit »Reichspogromnacht« eine Sprachregelung durchgesetzt hatte, die der historischen Wahrheit ins Gesicht schlug, aber ziemlich gut zu den damaligen Lügen von Joseph Goebbels paßte:

Das Wort »Pogrom« enthält immer ein Element spontaner Massengewalt. Von einem Pogrom hätte man also *nur dann* sprechen können, wenn sich die Dinge so zgetragen hätten, wie Goebbels sie darstellen ließ, nämlich als Spontanaktion des deutschen Volkes insgesamt.

Dagegen belegen praktisch alle zeitgenössischen Berichte, daß die überwältigende Mehrheit des Volkes diese Terrorakte spontan *verabscheute* und sich aufrichtig schämte, daß dergleichen in Deutschland möglich war (und zwar ohne daß es hierzu der Nachhilfe durch phrasendreschende Bundespräsidenten bedurft hätte). Von einer Beteiligung des Volkes kann mithin nicht einmal im Sinne stillschweigender Billigung die Rede sein.

Mit dem Ausdruck »Reichspogromnacht« wird für ein Verbrechen, für das ausschließlich die nationalsozialistische Führung und die ausführenden konkreten Täter verantwortlich sind, eine kollektive Komplizenschaft des deutschen Volkes herbeigelogen. Und genau dazu ist er auch erfunden worden.

Typisch für die Sprache der BRD ist auch in diesem Fall, daß massive deutschfeindliche Propaganda mit geheuchelter Fürsorge und verlogener Pietät bemäntelt wird.

- **RESPEKT**

»Respekt« nach abendländischem Verständnis ist etwas, was man sich durch moralisch vorbildliches Handeln erwerben kann und muß. »Respekt« nach morgenländischem, insbesondere islamischem Verständnis, ist etwas, was der Niederrangige dem Höherrangigen unabhängig von dessen Leistungen oder Verdiensten schuldet. Der Rang, der hier gemeint ist, ist nicht mit dem sozialen Status zu verwechseln:

Es handelt sich vielmehr um den Rang, den man in den Augen Gottes und durch dessen Ratschluß hat, also um den Vorrang von Herren gegenüber Sklaven und Männern gegenüber Frauen, insbesondere aber von Angehörigen der »beste(n) Gemeinschaft, die je unter Menschen hervorgebracht worden ist« (Koran 3:110) gegenüber nichtdazugehörigen Personen und Völkern. Eine Bekundung von »Respekt« bedeutet die Anerkennung der Rangordnung, das heißt die Unterwerfung unter den Suprematieanspruch einer Wüstenkriegerreligion.

Ob christliche Würdenträger, die mehr »Respekt für den Islam« fordern, sich bewußt sind, daß Moslems dies als Unterwerfungsaufwurf verstehen, sei dahingestellt. Es sollte fachkundigen Therapeuten überlassen bleiben, eventuelle masochistische Neigungen zu diagnostizieren. Mindestens jedoch wird man sagen müssen, daß wir es mit jener Art von -»»Offenheit« zu tun haben, die sich vor der redlichen Auseinandersetzung mit Glaubensinhalten fremder Religionen grundsätzlich drückt aus Angst, die eigenen Illusionen könnten dabei Schaden nehmen. Was darin zum Ausdruck kommt, ist ein kultureller Autismus, der das Fremde nicht verstehen will, um

REVISIONIST

es desto besser preisen, das Eigene jedoch desto besser bekämpfen zu können.

- **REVISIONIST**

Das Wort »Revisionist«, zumindest sofern »Geschichtsrevisionisten« betroffen sind, gilt im BRD-Diskurs als Diffamierung und Beleidigung. Dieser Umstand allein würde schon ausreichen, dem Diskurs jegliche Seriosität und Wahrhaftigkeit abzusprechen. Wer das Wort »Revisionist« nämlich als Vorwurf gebraucht, sollte sich darüber im Klaren sein, in welche geistige Tradition er sich damit stellt:

»Revisionisten« nannte man in der Bebel-SPD und später auch in allen anderen marxistischen Organisationen diejenigen Theoretiker, die die Lehre von Marx und Engels re-vidieren (von lat. *re-videre*: neu betrachten) und korrigieren wollten. In Ländern, in denen Kommunisten zur Macht gelangten, galt es den Ruch des »Revisionismus« schon deshalb zu meiden, weil zu gewissen Zeiten bereits der Verdacht den Kopf kosten konnte.

Der wissenschaftliche Fortschritt freilich lebt von der ständigen Revision, von der Neubetrachtung, von der Infragestellung vertrauter Sichtweisen und etablierter Konzepte. *Alle* bedeutenden Denker der Geistesgeschichte auf allen Fachgebieten, auch der Geschichtswissenschaft, waren Revisionisten, sonst wären sie keine bedeutenden Denker gewesen. Die Machwerke von Mode- und Karriereintellektuellen, die den Windkanal des Zeitgeistes durchlaufen haben, den Machthabern

nach dem Mund reden und bestenfalls die gerade gültigen All-Gemeinheiten gefällig zu verpacken verstehen, sind nach fünf Jahren vergessen. Nur diejenigen Denker, die neue Wege des Geistes beschreiten und unbekanntes Gelände erkunden, bringen eine Kultur voran; daher sind sie - und sie allein! - auch nach Jahrhunderten berühmt, und dies zu Recht.

Das Wort »Revisionist«, verwendet als Vorwurf, disqualifiziert nur den, der es in den Mund nimmt. Für den, dem es gilt, ist es ein Ehrentitel.

- **SEXISMUS**

Ähnlich wie beim Begriff »Rassismus« findet ein zielstrebig herbeigeführter Bedeutungswandel statt. Ursprünglich bezeichnete »Sexismus« die Benachteiligung oder Geringschätzung einer Person aufgrund ihres Geschlechts, heute gilt als »sexistisch« bereits die offenkundig wahre Feststellung, daß die Geschlechter unterschiedlich veranlagt sind, jedenfalls im statistischen Durchschnitt, ferner die Feststellung, daß es überhaupt so etwas wie Geschlechter gibt und es sich dabei um biologische Vorgaben, nicht etwa um soziale Konstrukte handelt.

Die Differenz zwischen dem vom Publikum unterstellten und dem tatsächlich gemeinten semantischen Gehalt des Wortes, d.h. zwischen dem Verständnishorizont des Senders und dem des Empfängers, wird hierbei bewußt demagogisch ausgenutzt: Die Bezeichnung eines Andersdenkenden als »Rassist« oder »Sexist« soll dem Publikum suggerieren, der Betreffende betrachte An-

SHOAH

gehörige fremder Rassen oder eines Geschlechts (meist des weiblichen) als minderwertig oder behandle sie unfair und im negativen Sinne des Wortes diskriminierend, selbst wenn dies keineswegs der Fall ist und seine einzige »Sünde« darin besteht, hanebüchene linke Theorien nicht anerkannt zu haben.

- **SHOAH**

Der Begriff »Shoah« wurde durch den gleichnamigen Dokumentarfilm von Claude Lanzmann von 1985 im deutschen Sprachraum bekannt und ist seitdem in die Sprache des Gutmenschentums eingegangen. Die mutwillige Übernahme eines im Deutschen bis dahin nicht bekannten hebräischen Begriffs, der so viel wie »großes Unglück« oder »Katastrophe« bedeutet, soll offenbar eine besondere Nähe zum »Opfervolk« suggerieren und dessen Fragestellungen und Perspektiven als die einzig legitimen erscheinen lassen.

Dabei liegt es in der Natur der Sache, daß unterschiedliche Völker dieselben historischen Sachverhalte, auch diejenigen, die als solche, das heißt im Hinblick auf ihren Tatsachengehalt, nicht strittig sind, unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachten; daß Geschichtsbilder für Völker ungefähr das sind, was das Gedächtnis für die Einzelperson ist, insofern sie die Kontinuität eines Identitätszusammenhangs ermöglichen; und daß Geschichtsbilder infolgedessen *naturgemäß partikular* sind.

Einen Konsens über *Fakten* kann die Geschichtswissenschaft, sofern man sie ungestört arbeiten läßt, durchaus stiften, wenigstens im Prinzip, ohne daß deswegen

schon von einem weltweit einheitlichen Geschichtsbild die Rede sein könnte. Ein solches Einheitsgeschichtsbild wäre eines, dem auch identische Fragestellungen, Kriterien und Sichtweisen zugrundelägen, und das mit der Partikularität der Geschichtsbilder auch das Gedächtnis der Völker löschen würde.

Es ist daher ungeachtet der moralischen Motivation alles andere als harmlos, die eigene Geschichte mit fremden Augen zu betrachten und diese Fremdperspektive bis in die Wortwahl hinein so zu privilegieren, daß schließlich vergessen wird, daß es so etwas wie eine *eigene* Perspektive überhaupt geben könne.

• **SINTI UND ROMA**

Der Austausch des traditionellen Begriffs »Zigeuner« durch »Sinti und Roma« wird mit zwei Argumenten begründet, die beide falsch sind:

Erstens habe jeder ein Recht darauf, so genannt zu werden, wie er genannt werden möchte; ein solches Recht hat es aber nie gegeben, wie wir selbst sehr schnell feststellen würden, wenn wir versuchen wollten, den Franzosen den Fehlbegriff »Allemands« (Alemannen) auszutreiben, der nur auf einen kleinen Teil der Deutschen (dafür aber auf alle Deutschschweizer und Elsässer) zutrifft.

Zweitens sei »Zigeuner« ein abwertender Ausdruck. Das ist zutreffend, spiegelt aber lediglich jahrhundertelange Negativerfahrungen mit dem betreffenden Volk wieder. Wenn nur noch das Wort »Roma« benutzt wird, die Erfahrungen mit den so bezeichneten Personen aber

wiederum negativ sind, wird »Roma« in fünf Jahren genauso negativ klingen wie »Zigeuner«. Überhaupt gehört es zu den Zwangsvorstellungen eines modernen Aberglaubens, sich einzubilden, man könne Einstellungen, die ihre Wurzeln in realen Sozialbeziehungen haben, dadurch verändern, daß man die Worte verbietet, in denen sie zum Ausdruck kommen. Was Menschen ausdrücken *wollen*, das *drücken* sie auch aus, egal in welchen Worten.

Eine Funktion erfüllt die Stigmatisierung traditionell gebräuchlicher und die Einführung neuer, »politisch korrekter« Ausdrücke aber in jedem Fall: Sie wirken als Geßlerhüte, die zu grüßen sind, und als Stolperfallen, vor denen man sich in acht nehmen muß. Wer sich, zumal als Prominenter, in der Öffentlichkeit äußert, muß angesichts der jederzeit drohenden Skandalisierung selbst niedrigster Nonkonformitäten in der Wortwahl täglich an seine ideologischen Pflichten denken. Ein »falsches« Wort (das nicht selten das eigentlich treffende, politisch aber unerwünschte ist), versehentlich geäußert, setzt den Betroffenen den Verdacht der ideologischen Nonkonformität aus.

Wenn er sich dann nicht den wortreichen und erniedrigenden Entschuldigungs-, Distanzierungs- und Selbstgeißelungsritualen unterwirft, die in solchen Fällen vorgesehen sind (von wem eigentlich?) und im chinesischen Stil »sozialistische Selbstkritik« übt, ist seine Karriere beendet. Aber selbst, *wenn* er es tut, hat er sich doch als jemand offenbart, der die zu bejahende Ideologie nicht hinreichend verinnerlicht hat und insofern ein unsicherer Kantonist ist. Wie sonst hätte es ihm unterlaufen können, »Zigeuner«, »Neger« oder »entartet« zu

sagen? Diese Geßlerhut- und Stolperfallenfunktion erfüllen die betreffenden Sprachregelungen freilich nur, solange sie vergleichsweise neu und daher noch nicht von jedermann verinnerlicht sind - weswegen fortlaufend für Nachschub an frischen Geßlerhut- und Stolperfallenwörtern gesorgt wird.

- **SONDERWEG, DEUTSCHER**

Die These, daß Deutschland einen »Sonderweg« gegangen sei, indem es, etwa im Vergleich zu Großbritannien und Frankreich, demokratische Strukturen erst sehr spät ausgebildet habe, ist nicht nur der Sache nach höchst angreifbar (das allgemeine Wahlrecht für Männer wurde in Deutschland 1871 eingeführt, in Großbritannien 1918, für Frauen in Deutschland 1919, in Großbritannien 1928), sondern verweist auch auf eine schematisch-deterministische Geschichtsauffassung, wonach es eine gesetzmäßige Entwicklung der Gesellschaft gebe. Diese Auffassung ist unverkennbar marxistischer Herkunft.

Nach marxistischer Geschichtsauffassung hat der Kapitalismus die »objektiv fortschrittliche« Funktion, hergebrachte Bindungen (Volk, Familie, Religion, aber auch Staat und jede Form traditioneller Autorität) zu vernichten, weil nur dadurch die Voraussetzung für die freie Assoziation aller geschaffen werden könne. Die Vernichtung der hergebrachten Bindungen muß und wird nach marxistischer Lehre im Weltmaßstab erfolgen, sofern der Kapitalismus sich frei entfalten kann.

Unfahrplanmäßig im Sinne dieser Auffassung war aber die Existenz Deutschlands, genauer gesagt eines

politisch-sozialen Paradigmas, das Kapitalismus ermöglicht und ihn sogar erfolgreich wirtschaften läßt, zugleich aber hochkonservativ ist, indem es, etwa in Gestalt der Sozialstaatlichkeit, nationale Solidarität stärkt und nicht schwächt; ein Kapitalismus, der nicht auf der Selbstauflösung des Nationalstaates aufbaut und, gerade weil er nicht imperialistisch ist, auch nicht das Potential hat, den ganzen Planeten einzubeziehen, wohl aber der von den angelsächsischen Ländern ausgehenden -***Globalisierung** Einhalt zu gebieten. Deutschland stand dem »Fortschritt«, also dem ungehemmten Wuchern der kapitalistischen Globalisierung und zugleich der Auflösung von Nation und Kultur, im Weg und ist auch heute noch eine Gefahr für diese Auflösung: Dieses Projekt »Globalisierung« ruht politisch auf den beiden Säulen USA und EU, und wenn Deutschland aussteigt, bricht die zweite der beiden Säulen zusammen.

Vom Standpunkt der marxistischen Geschichtsauffassung ist der »Fortschritt« gerade in seinen destruktiven Aspekten das Heilsnotwendige, gleichsam der normale Gang der Geschichte, der nicht weiter erklärungs- oder gar rechtfertigungsbedürftig ist. Der Widerstand dagegen, das Stehenbleiben oder das Abweichen vom Wege ist hingegen eine aktive Handlung; dies entspricht etwa der Perspektive eines Zugreisenden, aus dessen Sicht derjenige, der am Bahnsteig steht, derjenige ist, der sich bewegt, und zwar in die falsche Richtung, und mithin einen »Sonderweg« einschlägt.

Auf der Basis eines solchen Axioms ist den Befürwortern der ungehemmten Globalisierung ein Kunststück möglich, das zunächst wie ein typisches linkes

Doublethink aussieht: nämlich gleichzeitig zu wissen und nicht zu wissen, daß der »dreißigjährige Krieg gegen Deutschland 1914-1945« (Churchill) ein Krieg zur Durchsetzung des kapitalistischen Globalismus war, dessen Widersacher eliminiert werden mußte; gleichzeitig zu wissen und nicht zu wissen, daß der Nationalsozialismus Ergebnis einer fast 20jährigen Gesellschaftskrise seit 1914 war, die letztlich auf den Versuch zurückging, dieses Land von innen und außen zu zerstören; und demgemäß gleichzeitig zu wissen, daß Deutschland sich dreißig Jahre lang gegen den Versuch seiner Zerstörung gewehrt hat, und dennoch den Nationalsozialismus mitsamt Auschwitz als gleichsam autochthones Ergebnis spezifisch »deutscher Ideologie« und eines »deutschen Sonderweges« darzustellen. In dieser verkehrten Welt muß jede Abweichung vom a priori vorausgesetzten Heilsweg geradewegs in die Hölle führen. Der Nationalsozialismus darf daher auf keinen Fall eine Konsequenz dieses Heilswegs oder des durch ihn selbst induzierten Widerstandes sein, nicht einmal unter anderem. Er *muß*, weil sonst der ideologische Geschichtsdeterminismus erschüttert würde, die Konsequenz eines »deutschen Sonderweges« gewesen sein.

- **STAMMTISCH**

»Stammtisch« ist eine Metapher für das einfache Volk, »Stammtischparole« mithin eine Umschreibung für das, was die meisten Menschen für richtig halten. Da aber die meisten Menschen unverständlicherweise das, was sie mit eigenen Augen sehen, für richtig halten, beinhal-

SPRACHWANDEL

tet die abfällige Verwendung des Begriffs »Stammtisch« die Aufforderung, den eigenen Augen *nicht* zu trauen, sondern sich die Theorieangebote der ideologieproduzierenden Industrie zu eigen zu machen. Diese müssen zwangsläufig kompliziert sein - aber nicht etwa wegen ihrer Erklärungskraft, sondern weil der Versuch dieser Industrie, das offen zutage Liegende für nichtexistent zu erklären, nur auf der Basis weltfremder Annahmen möglich ist, die man ihrer Weltfremdheit wegen nur unter Zuhilfenahme eines Gestrüpps von Hilfhypothesen aufrechterhalten kann. Aus der Sicht der Ideologen hat dies den Vorteil, einen so komplexen Theorieapparat zu erfordern, daß die weltfremden und daher nicht offenzulegenden Prämissen darin versteckt werden können.

- **SPRACHWANDEL**

Ähnlich wie in dem Ausdruck -»demographischer Wandel« wird das Wort »Wandel« in »Sprachwandel« häufig als Euphemismus verwendet. An sich ist der Ausdruck »Wandel« wertneutral, und zweifellos gibt es spontanen Sprachwandel, der weder als gut noch als schlecht zu qualifizieren ist. Zum Euphemismus wird der Begriff erst dort, wo offensichtliche Verfallstendenzen als »Wandel« bagatellisiert werden. Verfallstendenzen liegen dort vor, wo die Sprache an Präzision und Differenzierungsfähigkeit einbüßt. Wer in der Formulierung »Ich geh Schule« den Verfall nicht erkennen kann, mag zu anderen Berufen taugen, zu dem des Germanisten aber nicht.

- **STAATSRATION**

Zur »Staatsraison« gehören traditionell ausschließlich diejenigen Staatsinteressen, deren Nichtbeachtung die Existenz und Souveränität des eigenen Staates gefährden würde. Die BRD freilich scheint ein Gebilde zu sein, deren Politiker ihren Ehrgeiz darin investieren, die vermeintliche Staatsraison mit allen möglichen Interessen zu verbinden, nur nicht mit denen des Staates. Denken wir an Wolfgang Schäuble, der 2009 - damals noch als Innenminister - den denkwürdigen Satz prägte: »Ich als Innenminister muß verhindern - das ist Staatsraison Deutschlands -, daß eine neue Ausländerfeindlichkeit entsteht.«⁵⁷

Der Innenminister glaubt, es sei Sache des Staates, seinen Bürgern ihre Gefühle, zum Beispiel Ausländerfeindlichkeit, zu verbieten bzw. vorzuschreiben. Eine solche Einstellung ist nicht etwa vordemokratisch - kein absolutistischer Monarch hätte sich je für einen Volkspädagogen gehalten -, sie ist totalitär. Die Bürger sollen mit allen Mitteln dazu gebracht werden, zu wollen, was sie sollen. Und das ist nicht nur ein Staatsziel - was schlimm genug wäre -, es ist Staats*raison*. Das heißt, der Staat muß Schäubles Ansicht nach, und zwar bei Strafe seines Untergangs, »verhindern, daß Ausländerfeindlichkeit entsteht«. Warum? Schäuble erläutert es: »Ich kann nicht, wie vor einer Woche in Vorarlberg, 25 Prozent für eine rechtsextreme Partei ertragen.«

Man sollte hellhörig werden, wenn ein Innenminister, also jemand, der über einen hochorganisierten bewaffneten Machtapparat verfügt, sagt, er könne ein demokratisch einwandfrei zustande gekommenes Wahl-

ergebnis zugunsten einer rechtskonservativen Partei (denn eine solche, die FPÖ, ist hier gemeint) »nicht ertragen«. Wenn das Wort »Staatsraison« in einem *solchen* Zusammenhang gebraucht wird, dann bedeutet dies mindestens, daß der Politiker, der es gebraucht, seine eigenen Machtinteressen und die seiner Partei mit der Staatsraison, seine Partei also mit dem Staat verwechselt. So möchte Schäuble dies freilich nicht verstanden wissen: »Deutschland würde sofort in den Verdacht geraten, es hätte aus den Erfahrungen der Nazizeit nichts gelernt.«

Wenn man jetzt nicht gerade unterstellen will, die USA hätten Deutschland für den Fall eines rechtskonservativen Wahlerfolges eine Militärintervention angedroht: Nüchtern betrachtet, ist der von Schäuble befürchtete »Verdacht«, in den Deutschland geraten könnte, nicht mehr als ein Imageproblem. Also nichts, was ernsthaft die »Staatsraison« tangieren würde, sofern man »Staatsraison« traditionell versteht. Bezeichnend ist freilich, daß bereits ein solches Imageproblem bei deutschen Politikern apokalyptische Ängste auslöst - zumal wenn man bedenkt, daß dieses hypothetische Imageproblem gegebenenfalls aus dem Versuch resultieren würde, das völlige legitime Eigeninteresse zu verfolgen, Masseneinwanderung zu begrenzen, um das eigene Staatsvolk und dessen Homogenität zu erhalten, also ein Ziel, das *in der Tat* aufs Engste mit der *wirklichen* Staatsraison verknüpft ist.

Noch bekannter, noch plumper, inhaltlich noch haarsträubender und noch offensichtlicher an anderen Interessen als denen des Staates (ganz zu schweigen von de-

nen des deutschen Volkes) orientiert ist allerdings das Diktum seiner Chefin Angela Merkel, die Sicherheit Israels sei Teil der deutschen Staatsraison.

Gewiß hat Deutschland ein gewisses Interesse an der Sicherheit Israels und eine Reihe von Gründen, Israel zu unterstützen. Die Existenz und Souveränität des deutschen Staates - und nur darum geht es, wo von Staatsraison die Rede ist - würde freilich von einem Ende Israels nicht zwangsläufig tangiert.

Allenfalls könnte man argumentieren, daß eine Flüchtlingswelle aus Israel, die zwangsläufig die Folge eines staatlichen Zusammenbruchs wäre, das ohnehin schon gestörte ethnische Gefüge Europas vollends aus dem Gleichgewicht bringen und damit das Ende der europäischen Nationalstaaten beschleunigen würde; wer dies befürchtet - ja, *der* kann sich auf die Staatsraison berufen. Zugespitzt formuliert: Die NPD kann die Sicherheit Israels zum Teil der deutschen Staatsraison erklären, ohne die Konsistenz ihrer Ideologie preiszugeben; die Kanzlerin kann es nicht. Aus deren Mund ist das Gerede von der Staatsraison bloß rhetorischer Overkill.

Diese Feststellung hat nichts mit Sympathien oder Moral zu tun: Es ist einfach so. Fatal ist aber, wenn die Bejahung von im jeweiligen Zusammenhang unsinnigen Floskeln wie der von der »Staatsraison« zu einer Frage der Moral erklärt wird. Es handelt sich um eine exemplarische Illustration des BRD-»Diskurses«, der scheinmoralisches Engagement auf Kosten des besseren Arguments prämiert.

Schäuble und Merkel erweisen sich als typische Vertreter der politischen Klasse der BRD, insofern sie die

STANDORT DEUTSCHLAND

Orientierung an der Perspektive und an den Interessen auswärtiger Mächte zum Hauptgesichtspunkt politischen Handelns machen, hinter dem die wirklichen Staatsinteressen und die wirkliche Staatsraison zurückstehen müssen. Würde eine Einzelperson so denken und die eigenen Interessen gegenüber den - obendrein illegitimen - Forderungen anderer hintanstellen, so würde man diese Person ohne weiteres für neurotisch gestört halten. Was Merkel und Schäuble »Staatsraison« nennen, ist also eine selbstzerstörerische Neurose, erhoben zur Staatsideologie.

- **STABILITÄTSMEECHANISMUS, EUROPÄISCHER / EURORETTUNGSSCHIRM**

Orwellische Sprachverirrung. Besagt nicht weniger, als daß systematische Inflationierung einer Währung, Aufkauf maroder Staatsanleihen durch die EZB, Kreditvergabe zu Schleuderzinsen und ungehemmtes Gelddrucken Wege zur »Rettung« und »Stabilität« sind.

- **STANDORT DEUTSCHLAND**

Der österreichische Staatskanzler Metternich, der grundsätzlich jede nationale Bewegung bekämpfte, kommentierte einst die entstehende italienische Nationalbewegung mit dem verächtlichen Satz, Italien sei bloß ein geographischer Begriff. Von seinem Standpunkt als Hüter des österreichischen Kaiserthrons war dies konsequent, denn *nationale* Bewegungen waren zugleich *demokratische* Bewegungen, die die Nation als politisches

Subjekt konstituieren und den Staat in die Verantwortung gegenüber dem Volk nehmen wollten. Von Metternichs Standpunkt aus betrachtet gab es im Grunde kein Volk, es gab bloß Untertanen, und die Länder, in denen diese Untertanen zufällig lebten, gehörten nicht ihnen, sondern dem Monarchen und waren aus dessen Sicht folglich rein geographische Begriffe.

Zweihundert Jahre später haben sich die Begriffe geändert, nicht aber die Denkweise. Die Monarchen sind gestürzt, sofern sie nicht als dekoratives Ornament von Staaten fungieren, die sich als demokratisch verstehen. Heutige Herrscher gebieten nicht über Throne und Staaten, sondern über internationale Großkonzerne, aber auch für sie gilt, daß Länder nichts mit den Völkern zu tun haben, die sie aufgebaut haben, sondern wirtschaftsgeographische Begriffe, nämlich »Standorte« sind. Die Politik huldigt diesen Herrschern, ihrem Vokabular und ihrer Denkweise. Es kommt auch ihren Zielen entgegen, vom eigenen Land in einer dürren Technokraten-sprache zu sprechen, die etwaige emotionale Assoziationen gar nicht erst aufkommen läßt.

Wenn Deutschland vor allem ein Standort ist, kann die Politik diesen Standort ebensogut von Brüssel wie von Berlin aus verwalten und sich dabei stillschweigend von dem bißchen demokratischer Kontrolle emanzipieren, die im Nationalstaat wenigstens prinzipiell möglich ist.

- **STEREOTYP**

Gehört zum sozialwissenschaftlichen Fachvokabular, wird aber wissenschaftsintern unterschiedlich defi-

TOLERANZ

niert. Im nicht fachspezifischen Sprachgebrauch wird das Wort »Stereotyp« fast ausschließlich negativ im Sinne von ->»**Klischee**« oder ->»**Vorurteil**« verwendet, um in stereotyper Weise mißliebige Feststellungen, die man nicht widerlegen kann, weil sie mindestens in einem statistischen Sinne richtig sind, als »Stereotype« abzuqualifizieren und dadurch vorzutäuschen, man habe ein Argument gegen ihre Richtigkeit vorgebracht.

- **TOLERANZ**

»Toleranz« kommt vom lateinischen »tolerare« und heißt so viel wie »dulden«, »ertragen«. Sobald zur Toleranz aufgerufen wird, wissen wir also, daß das, was da toleriert werden soll, etwas Unangenehmes ist, das man sich nicht selbst ausgesucht hat und auch nicht ausgesucht hätte.

Eine *Tugend* ist Toleranz nur insofern, als in westlichen Gesellschaften Pluralität, etwa im Bereich politischer Meinungen, wissenschaftlicher Hypothesen oder miteinander konkurrierender Unternehmen nicht nur in Kauf genommen wird, sondern ausdrücklich erwünscht ist, weil sie zugleich eine Konkurrenz um Problemlösungsstrategien ist und dazu beiträgt, Entwicklungsdynamiken zu entfesseln. Die Kehrseite dieser notwendigen Pluralität ist, daß zu ihrer Erhaltung Toleranz erforderlich ist, die deswegen - aber eben nur *deswegen* und *insofern* - als Tugend gilt.

Dies bedeutet nicht, daß jegliche Pluralität des Verhaltens in allen nur erdenklichen gesellschaftlichen Be-

reichen automatisch wünschenswerte Folgen hätte, und es bedeutet erst recht nicht, daß es eine Tugend wäre, die Toleranz anderer Menschen mutwillig in Anspruch zu nehmen. Niemand wird behaupten, daß es eine Tugend sei, in öffentlichen Fahrstühlen zu urinieren, anderer Leute Autos zu beschädigen oder ihre Häuser mit Graffiti zu beschmieren, andere zu beleidigen oder zu bedrohen, Abfall achtlos auf die Straße zu werfen, sich ungefragt in anderer Leute Wohnzimmern breitzumachen oder sich an ihren Bankkonten zu bedienen. Wir würden es als Unverfrorenheit empfinden, wenn der Betreffende uns vorhalten würde, wir hätten dies gefälligst zu dulden, da Toleranz doch eine Tugend sei.

Im öffentlichen Sprachgebrauch wird das Wort »Toleranz« aber just in diesem Sinne verwendet: Da *haben* wir zu dulden, daß Fremde, die niemand eingeladen hat, sich ungebeten zwar (noch) nicht in unseren Wohnzimmern, wohl aber in unserem Land breitmachen (was insofern dasselbe ist, als das eigene Land für ein Volk genau das ist, was für eine Familie die eigene Wohnung ist); wir *haben* zu dulden, daß ihr Verhalten sich nach den Maßstäben ihrer Herkunftsländer richtet, und wären es die Wertmaßstäbe einer gewalttätigen Machokultur; wir *haben* zu dulden, daß religiöse und kulturelle Vorstellungen, auf deren Boden noch nie eine freiheitliche Demokratie gewachsen ist, weil diese Vorstellungen mit einer solchen unvereinbar sind, den Anspruch auf Gleichberechtigung erheben; wir *haben* diesen Werten diese Gleichberechtigung zuzugestehen; wir *haben* eine Masseneinwanderung zu dulden, die erkennbar keine ->Bereicherung darstellt, es sei denn eine der Einwan-

ÜBERFALL AUF POLEN

derer, sondern der erwähnten Selbstbedienung an unseren Konten entspricht; und folglich *haben* wir auch die Existenz einer ganzen Industrie von - diesmal einheimischen - Mitessern zu dulden, die ausschließlich davon leben, diese Zustände herbeizuführen, zu verwalten, zu beschönigen, zu verteidigen und zu rechtfertigen und deren Kritiker der -»Intoleranz zu bezichtigen und überhaupt auf jede nur erdenkliche Weise zu verleumdern, zu drangsalieren, zu kriminalisieren und mundtot zu machen. Selbstredend nur im Namen einer »Toleranz«, bei der unglücklicherweise und sozusagen als Kollateralschaden die *einzig*e Form von Toleranz auf der Strecke bleibt, die zu praktizieren überhaupt eine Tugend ist, nämlich die Toleranz gegenüber der Meinung des Andersdenkenden.

• ÜBERFALL AUF POLEN

Kaum ein Geschichtsbuch, keine Fernsehsendung, erst recht kein Zeitungsartikel, der in unserem Land den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs behandelt, kommt dabei ohne die Worthülse »Überfall auf Polen« aus.

Eine Worthülse ist dies deshalb, weil man unter einem *Überfall* einen überraschenden Angriff aus heiterem Himmel versteht, mit dem nicht gerechnet werden kann. Der deutschen Militäroffensive gegen Polen 1939 aber gingen eine monatelange diplomatische Krise, Propagandaoffensiven beider Seiten, Dutzende von Grenzwischenfällen, Pogrome gegen die deutsche Minderheit in Polen mit mehreren tausend Opfern (zu denen es keine Entsprechung in Deutschland gab) und nicht

zuletzt der britisch-polnische Beistands- (und Blankoscheck-)Pakt und der deutsch-sowjetische Nichtangriffs- (und Teilungs-)Pakt voraus. Was am 1. September 1939 begann, war wohl eine Militäroffensive, aber es war - selbst wenn wir die Prämissen des faktenwidrigen, aber etablierten Geschichtsbildes als wahr akzeptieren!⁵⁸ - *eines* ganz gewiß *nicht*-, ein Überfall.

Es geht hier nicht um kleinkarierte Wortklauberei:

Wenn ein so auffallend unpassendes Wort wie das vom »Überfall auf Polen« nicht nur irgendwann und von irgendwem versehentlich eingeflochten wird, sondern offenkundig Teil einer Sprachregelung ist, die ungeachtet ihrer Dummheit von niemandem in Frage gestellt wird, dann ist dies bezeichnend für den Geisteszustand, in dem die meinungsbildenden Eliten ihre für uns alle bestimmten Texte verfassen: Die Angst vor der abweichenden Meinung, ja die Angst sogar vor einer - womöglich bloß versehentlich - abweichenden Formulierung, verdrängt jede andere wissenschaftliche und journalistische Erwägung, sogar die Angst vor dem Verdacht der Inkompetenz und der daraus resultierenden Blamage.

In einer solch gestanzten Floskelsprache teilt man nicht die Ergebnisse von Überlegungen, sondern eingepackte Glaubensartikel mit. An ihr ist abzulesen, daß der Diskurs der deutschen Öffentlichkeit über alles, was mit Hitler zusammenhängt, überhaupt nichts mit dem Selbstbild der Nation zu tun hat, die von sich so gerne behauptet, »aus der Geschichte gelernt« zu haben. Ein Volk, das in stalinistischer Manier die Kategorien Wahr und Unwahr mit denen von Gut und Böse vermischt und

sich an ein bis in die Formulierungen hinein vorgegebenes Geschichtsbild klammert, zeigt, daß es selbst nach zwei totalitären Diktaturen mit dem Begriff des Totalitären noch nichts anzufangen weiß.

Es muß als wahrscheinlich gelten, daß ein solches Volk auch noch einem dritten Totalitarismus anheimfällt.

• VERANTWORTUNG, BESONDERE

Wer von der »besonderen Verantwortung« Deutschlands gegenüber Israel spricht, um damit eine proisraelische Politik zu begründen, schießt ein Eigentor und leistet der Akzeptanz einer solchen Politik einen Bären-dienst:

Bei Licht besehen handelt es sich um eine mit der Kollektivschuldthese (-»**historische Verantwortung**«) begründete vermeintliche Verpflichtung zu israelfreundlicher Politik. Wer so argumentiert, erweckt den Eindruck, er würde eine *andere* Politik betreiben, wenn er diese »besondere Verantwortung« nicht bejahte. Er suggeriert also, eine israelfreundliche Politik liege nicht im deutschen Eigeninteresse, vielmehr gebe es eine Verpflichtung, diesem Eigeninteresse zuwiderzuhandeln. Aus dem Mund von Politikern, die einen Amtseid geleistet haben, ihre »Kraft dem Wohle des deutschen Volkes [zu] widmen, seinen Nutzen [zu] mehren, Schaden von ihm [zu] wenden« (Art. 56 GG) kommt die Bejahung der »besonderen Verantwortung« folglich dem Eingeständnis gleich, ihren Amtseid zu verletzen.

• **VERANTWORTUNG, HISTORISCHE**

Aus der »historischen Verantwortung« Deutschlands leiten Politiker das Recht und sogar die Pflicht ab, gegen die Interessen des eigenen Landes zu handeln. Im Gegensatz zur -»besonderen Verantwortung, die mit dem Holocaust begründet wird und lediglich im Verhältnis zum Staat Israel gilt, bezieht sich die »historische Verantwortung« auf weitaus größere Teile des etablierten Geschichtsbildes und läßt für die fragwürdigen Lehren aus diesem fragwürdigen Geschichtsbild⁵⁹ einen weitaus größeren Anwendungsbereich.

Dies führt zum einen dazu, daß deutsche Politiker, die fortwährend die »historische Verantwortung« Deutschlands (im Sinne von Schuld) betonen und sich damit gegenüber den gänzlich illegitimen Forderungen anderer Staaten erpreßbar zeigen, auch fortwährend von diesen erpreßt werden.

Zum anderen liefert das Mantra von der »historischen Verantwortung« Deutschlands den idealen pseudomoralischen Vorwand für eine Politik der Selbstentmachtung zugunsten supranationaler Organisationen, der Selbstaufgabe zugunsten von massenhaft einwandernden Minderheiten, letztlich zur Abschaffung Deutschlands als eines souveränen Staates und Volkes.

Politiker, die »Schuld« oder »Verantwortung« für Dinge empfinden, die sie nicht getan haben, tun gut daran, einen Psychotherapeuten aufzusuchen. Sie sind aber auf keinen Fall berechtigt, das Volk, dessen Nutzen zu mehren sie geschworen haben, für ihre Neurosen bluten zu lassen.

• **VERANTWORTUNG, IMMERWÄHRENDE**

Die »immerwährende Verantwortung« Deutschlands, eine der Standardfloskeln von Angela Merkel, geht über die ->**besondere** und die ->**historische Verantwortung** sogar noch hinaus. Bei letzteren könnte man noch annehmen, daß die selbstproklamierte Pflicht, Buße zu tun, genauer: die von Politikern proklamierte Pflicht, das Volk Buße tun zu *lassen*, sich mit zeitlichem Abstand zum Kriegsende abschwächt, um irgendwann zu erlöschen. Wenn die Kanzlerin aber eine »immerwährende«, das heißt buchstäblich *ewige* Bußpflicht proklamiert, dann ernennt sie sich damit zur Hohepriesterin einer Wahnreligion.

• **VERFASSUNGSSCHUTZ**

Wäre der Verfassungsschutz das, was sein Name besagt, nämlich eine Behörde, die die Verfassung schützt, dann müßte er die politische Klasse, letztlich also seine eigenen politischen Vorgesetzten, und nicht etwa deren Kritiker bespitzeln und in seinen sogenannten Berichten an den Pranger stellen. Selbstverständlich tut er nichts dergleichen. Er ist ein Instrument der Regierung und daher nicht befugt, sich um deren fortlaufenden Hochverrat zu kümmern. Insofern unterscheidet er sich nicht von den Inlandsgeheimdiensten anderer Länder, es sei denn dadurch, daß deren amtliche Titel weniger Heuchelei beinhalten.

- **VERHÖHNUNG DER OPFER**
-»Opfer

- **VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG**
-»Aufarbeitung

- **VERSCHWÖRUNGSTHEORETIKER**

In der veröffentlichten Meinung der BRD ist der »Verschwörungstheoretiker« fast schon so verrufen wie der »Rechtsextremist«, der »Rassist«, der »Antisemit« oder der »Fundamentalist«, nur mit dem Unterschied, daß er eher als Narr denn als Verbrecher dargestellt wird.

Nun gibt es zweifellos Verschwörungstheorien, die man bereits aus erkenntnistheoretischen Gründen ablehnen muß; insbesondere solche, die auf dem *Zirkelschluß* basieren, wonach die jeweils unterstellte Verschwörung nur *deshalb* nicht beweisbar sei, weil sie so perfekt gewesen sei, daß es den Verschwörern gelungen sei, alle Beweise zu vernichten. Eine solche Logik, mit deren Hilfe man in der Tat unabhängig vom objektiven Wahrheitsgehalt alles und jedes beweisen könnte, ist offenkundig defekt, und wer sie vertritt, darf sich nicht beschweren, wenn man ihn für verrückt hält.

In der Sprache der BRD ist ein »Verschwörungstheoretiker« allerdings nicht etwa jemand, der solche Theorien vertritt, sondern vielmehr einer, der behauptet, die westlichen Eliten strebten die Entmachtung der Nationalstaaten, die Konzentration von Macht in den Händen supranationaler Organisationen, die Ermöglichung von

VERSÖHNUNG

Massenmigration in noch größerem Umfang als bisher, die Majorisierung der Völker Europas in ihren eigenen Ländern durch Einwanderer, eine umfassende Meinungs- und Gesinnungszensur, die Absicherung dieser Vorgänge durch supranationale Polizei- und Militärverbände, oder auch schlicht und einfach eine Neue Weltordnung an.

Ein Verschwörungstheoretiker ist aus dieser Sicht also jemand, der besagten Eliten just jene Ziele unterstellt, zu denen auch *sie selbst* sich bekennen. Sie tun dies bei jeder sich bietenden Gelegenheit, wenn auch in jener süßlich-euphemistischen PR-Lyrik, die Gegenstand des vorliegenden Buches ist, die aber, reduziert man sie auf ihren sachlichen Kern, genau jene oben referierte Botschaft beinhaltet. Wer diese Botschaft aber mit kritischem Tenor und in klarer deutscher Prosa wiedergibt, sieht sich als *Verschwörungstheoretiker* abgestempelt. Daraus folgt denn auch, was als »Verschwörung« zu gelten hat: Eine Verschwörung ist nach offiziöser BRD-Definition ein Vorgang, bei dem die Verschwörer sich zu ihren Zielen und Absichten täglich im Fernsehen bekennen.

• VERSÖHNUNG

Gehört 70 Jahre nach Kriegsende immer noch, und anscheinend sogar in zunehmendem Maße, zum Standardvokabular von BRD-Politikern. Jedoch:

Dort, wo die Versöhnung stattgefunden hat, wirkt ihre fortwährende Beschwörung abgedroschen und peinlich. Wo sie - auch nach 70 Jahren - immer noch nicht stattgefunden hat, wird sie niemals stattfinden.

- **VOLKSVERHETZUNG**

Der Tatbestand der Volksverhetzung (§ 130 StGB) erfaßt bestimmte Äußerungen mit politischem Bezug. Für einen demokratischen Rechtsstaat sollte es sich von selbst verstehen, sich bei der Bestrafung politischer Äußerungen Zurückhaltung aufzuerlegen, zum einen wegen der erheblichen Abgrenzungsprobleme - wo hört die Kritik auf, wo beginnt die »Verhetzung«? -, zum anderen, weil jeder Meinungsparagraph potentielle Handhaben liefert, völlig legitime, der Regierung aber mißliebige Opposition mundtot zu machen. Man sollte meinen, die BRD, die wir bekanntlich für den freiesten Staat zu halten haben, der je auf deutschem Boden existierte, sei hier *besonders* zurückhaltend, habe also auch die liberalsten Meinungsgesetze.

Das deutsche Kaiserreich, das wir uns als den Inbegriff eines undemokratischen Obrigkeitsstaates vorstellen sollen, führte den § 130 1872 ein. Bestraft wurde die Aufreizung zu Gewalttätigkeiten (und nur dies!) gegen eine Klasse. Die Regelung bestand damals aus 33 Worten.⁶⁰ Dabei blieb es 88 Jahre lang.

Die Adenauer-Republik, die uns als miefiges, reaktionäres Restaurationsregime verkauft wird, unter dem man kaum atmen konnte, änderte den Paragraphen 1960, kam aber immer noch mit 60 Worten aus.

Bestraft wurde nunmehr allerdings auch, wer »zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt, zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder sie beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet«. Diese Regelung hielt nur noch 34 Jahre.

Unberücksichtigt ist dabei jene winzige Änderung, die die sozialliberale Koalition, jene legendäre Ban-

nerträgerin einer liberalen, nicht-obrigkeitsstaatlichen Strafrechtsreform, 1975 einführte: Damals wurde die Möglichkeit abgeschafft, auf Geldstrafe zu erkennen, Freiheitsstrafe mithin zwingend vorgeschrieben.

Die wiedervereinigte BRD, in die sich 17 Millionen Deutsche mitsamt ihrer DDR geflüchtet hatten in der Hoffnung, von staatlicher Meinungsgängelei frei zu werden, verschärfte den Volksverhetzungsparagrafen erneut, und zwar 1994. Mit der Neuregelung wurde das Verbot der sogenannten Holocaustleugnung eingeführt (->Holocaustleugner) und zum ersten Mal in der Geschichte der modernen Demokratie ein bestimmtes Geschichtsbild unter Strafe gestellt. Außerdem wurde der Straftatbestand insofern ausgeweitet, als jeder, der nur irgendwie an der Verbreitung entsprechender Schriften beteiligt war, nunmehr ebenfalls belangt werden konnte. Folglich umfaßte die neue Regelung 290 Worte und war damit fast fünfmal länger als die von 1960.

Nach nur elf Jahren⁶¹ fand man auch diese Regelung nicht mehr scharf genug: Ab 2005 wurde »bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, daß er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt« (§ 130 Abs. 4 StGB), und bereits auf den ersten Blick ist erkennbar, daß die mit jeder Neuregelung zunehmende Tendenz zum Gummiparagrafen auch hier fortgesetzt wurde:

Was genau verletzt zum Beispiel »die Würde der Opfer«? Welche Aspekte des nationalsozialistischen Regimes unterliegen einer Verurteilungspflicht? Nur die

mehr oder minder diktatorischen oder auch die Autobahn? Nur die Autobahn oder auch die Müllabfuhr? Wo verläuft die Grenze zwischen historischer »Erklärung«, die notwendigerweise auch die Handlungsmotive der Akteure beleuchten muß, und »Rechtfertigung«?

Die BRD war in der Zwischenzeit unbestritten zum toleranzphrasenreichsten Staat avanciert, der jemals auf deutschem Boden existiert hat, dafür war sein Oppositionstotschlaggummiparagraph 130 mittlerweile bei einem Umfang von 342 Worten angekommen.

Diesmal ließ die nächste Verschärfung nur noch sechs Jahre auf sich warten. 2011 trat, und zwar zum Zwecke der »strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit« bzw. zur »Kriminalisierung mittels Computersystemen begangener Handlungen rassistischer und fremdenfeindlicher Art« eine Neuregelung in Kraft, die bereits keine nationale Regelung mehr war, sondern auf der Basis von EU-Beschlüssen und Europaratsabkommen erfolgte.⁶² Von nun an war der Tatbestand der Volksverhetzung nicht mehr, wie bisher, erst dann erfüllt, wenn eine ganze Gruppe »beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet« oder zum Gegenstand von Haß- und Gewaltaufrufen wurde; es genügte bereits, wenn ein *Einzelner* wegen seiner Zugehörigkeit zu einer solchen Gruppe davon betroffen war.

Der Rechtsschutz für den Betroffenen wurde dadurch *nicht* verbessert, denn selbstredend war es schon zuvor als Beleidigung strafbar, jemanden zum Beispiel »Scheißtürke« zu nennen.

Volksverhetzung ist aber im Unterschied zu Beleidigung ein *Offizialdelikt*, d.h. der konkret Betroffene muß sich selbst gar nicht beleidigt fühlen, und er muß auch kein eigenes Interesse an der Strafverfolgung haben. Es genügt, daß *irgendwer* die Beleidigung hört und daraufhin Anzeige erstattet. Die Staatsanwaltschaft muß dann ermitteln und gegebenenfalls anklagen. Beleidigung wird mit bis zu einem Jahr Haft geahndet, Volksverhetzung dagegen mit bis zu fünf Jahren. Es geht schlicht um Meinungszensur, verbunden mit einer Aufforderung an Denunzianten. Man wundert sich geradezu, daß nicht noch Belohnungen für »sachdienliche Hinweise« ausgesetzt werden.

Es erübrigt sich beinahe schon, darauf hinzuweisen, daß »Scheißtürke« als Volksverhetzung strafbar ist, »Scheißdeutscher« aber nur als Beleidigung.

Ganz nebenbei sei noch erwähnt, daß das Bundesjustizministerium (damals unter Führung einer Ministerin aus der liberalsten Partei, die je auf deutschem Boden existierte) dem Verfasser gegenüber noch wenige Monate vor der Gesetzesänderung *leugnete*, eine solche Änderung zu planen (obwohl die Bundesregierung sich längst dazu verpflichtet hatte) und die Vorlage ohne große öffentliche Aufmerksamkeit durch das Parlament peitschte.

In seiner aktuellen Fassung ist der § 130 StGB nunmehr bei der stolzen Anzahl von 388 Worten angekommen. Die Textlänge des Volksverhetzungsparagraphen korreliert direkt mit dem mutwillig politisch herbeigeführten Wachstum nichtdeutscher Bevölkerungsgruppen.

Angesichts dieses Sachverhalts und der folglich immer schneller aufeinander folgenden Verschärfungen fragt man sich nur noch, wann die nächste fällig ist.

- **VIELFALT**

Mit dem Wort »Vielfalt« - das mit ähnlich naiver Selbstverständlichkeit positiv verwendet wird wie das Wort -»**bunt**« - ist in aller Regel die ethnische Vielfalt gemeint, das heißt die Umwandlung aller westlichen Länder in multiethnische Gesellschaften. Es geht also nicht darum, in einer weitgehend homogenen Kultur ein paar andersfarbige Akzente zu setzen und sie dadurch interessanter zu machen; es geht nicht darum, Restaurants mit exotischer Küche vor Ort zu haben, sondern ethnische Gemengelage herbeizuführen, wie sie etwa für den Libanon, den Kongo oder das ehemalige Jugoslawien typisch sind oder waren.

Unter dem Stichwort »Vielfalt« wird die tatsächliche und schon immer vorhandene Vielfalt von Völkern und Kulturen bekämpft. Was entstehen soll, sind ethnische Gemengelage, die im gesamten Westen (denn die übrige Welt hält wenig von dieser »Vielfalt«) ungefähr gleich sein sollen, gemäß aller historischen Erfahrung nur zu ethnischen Spannungen bis hin zum Bürgerkrieg führen können und nach einem Konfliktmanagement schreien, das anders als durch eine Diktatur kaum zu bewerkstelligen ist.

Und so ist es nur folgerichtig, daß die erste Form von Vielfalt, die den selbstproduzierten Sachzwängen einer multiethnischen Gesellschaft zum Opfer fällt, die Vielfalt der Meinungen ist. Was von früherer Liberalität geblieben ist, ist ein enger Meinungskorridor, gesäumt von einfältigen, stereotypen Phrasen und bewacht von einer ganzen Armee offizieller und inoffizieller Meinungszensoren, die mit leidenschaftlichem Denunziantenehrgeiz

VORURTEIL

darüber wachen, daß Vielfalt und ->**Toleranz** hinreichend gepriesen werden.

• VORURTEIL

Unter einem Vorurteil versteht man traditionell den vor-eiligen Rückschluß von einer generalisierenden Aussage auf den Einzelfall.

In der Sprache der BRD dagegen ist die generalisierende Aussage bereits als solche ein Vorurteil. Unter der Herrschaft der BRD-Ideologie formuliert ein »Vorurteil« nicht erst der, der zum Beispiel behauptet, alle Moslems seien radikale Islamisten (was in der Tat ein Vorurteil im traditionellen Sinne des Wortes wäre), sondern bereits der, der zutreffend darauf hinweist, daß es in sämtlichen islamischen Gesellschaften und eben auch in allen moslemischen Einwandergruppen im Westen radikale Islamisten gibt, und daß dies nicht *zufällig* der Fall ist, sondern etwas mit den Eigenheiten der islamischen Religion und der Soziologie moslemischer Gesellschaften zu tun hat.

Diesen Sachverhalt zur Kenntnis zu nehmen müßte freilich in der Tat dazu führen, die Masseneinwanderung von Moslems nach Europa zu stoppen, und zwar unabhängig von einem individuellen Verdacht, einfach aufgrund einer zutreffenden statistischen Aussage, deren Mißachtung die innere Sicherheit des eigenen Landes gefährdet. Man kann und darf diese Konsequenzen, die man ziehen muß, auch tatsächlich ziehen. Entgegen einer weitverbreiteten Fehlannahme gibt es nämlich kein ->**Menschenrecht** auf Migration in anderer Völker Länder. Es hat ein solches auch nie gegeben, weil seine Ver-

wirklich zur Zerstörung jener staatlichen Ordnungen führen müßte, die die Menschenrechte überhaupt erst gewährleisten können. Wo es keinen Rechtsanspruch gibt, ist es auch keine -»**Diskriminierung**, Einwanderung zu unterbinden oder einzuschränken, ganz egal, ob dies aufgrund allgemeiner Richtlinien oder aufgrund von Einzelentscheidungen geschieht, übrigens auch dann nicht, wenn es sich bei den Überlegungen, die solchen Restriktionen zugrundeliegen, *tatsächlich* um »Vorurteile« im pejorativen Sinne des Wortes handeln würde. Zur Souveränität gehört auch das Recht auf Irrtum.

Auf der Alltagsebene sind Vorurteile so etwas wie die Statistik des kleinen Mannes: Sie halten sich höchstens so lange, wie die Erfahrung ihnen nicht widerspricht. Sofern sie falsch sind, halten sie sich am ehesten, wenn es keine Gelegenheit gibt, sie zu überprüfen. Halten sie sich aber hartnäckig in sozialen Kontexten, in denen man ständig Kontakt mit Angehörigen der betroffenen Gruppen hat, die Überprüfung also möglich ist, so muß man davon ausgehen, daß sie eine zumindest grob zutreffende Generalisierung darstellen, und der Sozialwissenschaftler, der selbst dann noch von »Vorurteilen« (im Sinne von Hirngespinnsten und Zwangsvorstellungen) spricht, dürfte der Einzige sein, der solche tatsächlich hat.

- **WANDEL, DEMOGRAPHISCHER**

Die Geburtenraten der Völker Europas liegen seit langem unter dem zur Bestandserhaltung nötigen Wert, und da die Politik die keineswegs -»**alternativlose** Entscheidung getroffen hat, diese Tendenz nicht durch ge-

eignete familien- oder sozialpolitische Maßnahmen umzukehren, sondern sie als Passepartout-Argument für eine Politik der offenen Grenzen zu benutzen, werden sie auch die Kontrolle über ihre eigenen Länder verlieren. Sie werden, sofern nicht doch noch eine Umkehr stattfindet, zahlenmäßig weiterhin abnehmen, in den eigenen Ländern in die Minderheit gedrängt werden und schließlich verschwinden.

Wer es fertigbringt, einen solchen Vorgang als »demographischen Wandel« zu bagatellisieren, dürfte auch zynisch genug sein, den Tod eines Menschen »Gesundheitswandel« zu nennen.

• **WELT, BESSERE**

Kann man etwas gegen eine »bessere Welt« haben? Schwerlich. Man sollte nur aufmerksam hinsehen, was einer im Schilde führt, der von der »besseren Welt« träumt. Da die Welt, zumindest die soziale Welt, aus Menschen besteht, laufen allzu viele Versuche, die Welt zu »verbessern«, darauf hinaus, den Menschen umzuziehen. Stellt man dann fest, daß der alte Adam sich dagegen sträubt, in einen »Neuen Menschen« verwandelt zu werden, so wird mit Druck nachgeholfen, und jeder Mißerfolg, den man sich dabei einhandelt, hält als Argument her, nicht etwa die eigenen Prämissen zu überprüfen, sondern den Druck zu erhöhen, im Extremfall so lange, bis man den totalitären Staat etabliert hat, der seine Untertanen zwingt, sich so zu verhalten, wie es von ihnen verlangt wird. Die Menschen werden dadurch selbstredend nicht besser, die Welt schon gar nicht, nur

die Leichenberge werden höher. Das Schicksal der Chinesischen, der Russischen und der Französischen Revolution, unter deren Initiatoren sich durchaus hochherzige Idealisten befanden, die wirklich von einer besseren Welt träumten, liefert reiches Anschauungsmaterial für die unmenschliche Kehrseite dieses Traums.

- **WELT, ZUSAMMENWACHSENDE**
Globalisierung

- **WELTETHOS**

Das »Projekt Weltethos« des katholischen Häretikers Hans Küng basiert auf der apodiktisch vorgetragenen Behauptung, es könne »keinen Weltfrieden ohne Religionsfrieden«⁶³ geben. Das klingt griffig, ist aber Unsinn, weil die einzige Religion, die eine Tendenz zu gewalttätiger Selbstdurchsetzung hat und dadurch zu politischen Konflikten führt, der Islam ist,⁶⁴ Gefahren für den Weltfrieden mithin nicht von der Religion schlechthin ausgehen.

Ein »Weltethos« läuft darauf hinaus, den kleinsten gemeinsamen Nenner zu suchen, der für alle Religionen noch irgendwie akzeptabel sein könnte und alle Glaubensartikel zu kassieren, in denen die einzelnen Religionen einander widersprechen. Der Wahrheitsanspruch aller Religionen wird von vornherein preisgegeben, wenn ihre Inhalte sich nach noch so gutgemeinten politischen Erfordernissen (»Weltfrieden«) richten. Eine solche Religion, die nicht auf dem Anspruch basiert, transzendente

letzte Wahrheiten zu vertreten, ist überflüssig. Sie taugt bestenfalls dazu, die Anliegen von -»**Gutmenschen**, einschließlich der dahinterstehenden politischen Interessen, mit pseudotheologischen Phrasen zu garnieren.

Die Bereitschaft, die eigenen Glaubensgrundlagen zu relativieren und den eigenen Wahrheitsanspruch aufzugeben, existiert freilich nur bei Christen in dem Maße, daß dadurch die Existenz der eigenen Religion gefährdet wird. Auf jüdischer oder moslemischer Seite sind es allenfalls Außenseiter ohne Einfluß auf den Mainstream der eigenen Glaubensgemeinschaft, die sich auf Künigs Vorstellungen anders als zu taktischen Zwecken einlassen. Das »Weltethos« ist ein Projekt zur Abschaffung des Christentums (->**Dialog, interreligiöser; ->Dialog mit dem Islam**).

- **WELTOFFEN**

->**Offenheit**

- **WERTE DES GRUNDGESETZES**

Das Grundgesetz, der Name sagt es schon, ist ein Gesetz und enthält daher Normen, keine Werte. Gewiß liegen ihm bestimmte Werte zugrunde, aber wenn politische Beteiligungsrechte nur solchen Bürgern zugestanden werden, die die »Werte des Grundgesetzes« bejahen,⁶⁵ was im Umkehrschluß bedeutet, daß die Meinungsfreiheit für Anhänger systemtranszendierender Ideologien nicht gelten soll, so wird damit nicht nur ein eklatanter Verstoß gegen die *Normen* des Grundgesetzes gefordert, zu denen

sehr wohl die Meinungsfreiheit auch von -»**Extremisten** gehört, sondern auch eine sich selbst negierende, unlogische und daher falsche Position vertreten: Zu den zentralen Werten, die dem Grundgesetz zugrunde liegen, gehört die persönliche Autonomie in weltanschaulichen Fragen, insbesondere die Glaubens-, Gewissens- und Meinungsfreiheit. Der Staat ist nicht berechtigt, seine Bürger zu irgendwelchen *Werten* zu erziehen, und Rechtsfolgen darf er nur an *Handlungen* knüpfen, nicht an die Bejahung oder Verneinung solcher Werte, sprich an die Gesinnung. Tut er letzteres, so handelt er selbst jener Werteordnung zuwider, auf die er sich beruft.

An die Rede von den »Werten des Grundgesetzes« sollte man sich auf keinen Fall gewöhnen. Sie muß es nicht in jedem Einzelfall sein, taugt aber in besonderer Weise als Tarnfloskel, mit deren Hilfe politische Machthaber die Tatsache verschleiern können, daß sie mit den *Normen* des Grundgesetzes auf Kriegsfuß stehen, und öffnet einem totalitären Staatsverständnis Tür und Tor. Es handelt sich um eine jener wohlklingenden Phrasen, mit denen der Weg in den Umerziehungs-, Bevormundungs-, Zensur- und Gesinnungsstaat gepflastert ist.

• **WERTEGEMEINSCHAFT, WESTLICHE**

Die »westliche«, gelegentlich auch »transatlantische Wertegemeinschaft« gehört zu den Standardfloskeln deutscher Politiker. Diese Formulierung impliziert:

1. Wer den »Westen« (Europa, Nordamerika und Australien) als »Wertegemeinschaft« definiert und zu

diesen Werten nicht einmal das Christentum rechnet, sagt damit zugleich, was dieser Westen *nicht* ist: Er ist insbesondere weder eine Kultur- noch eine Abstammungsgemeinschaft.

2. Deshalb kann und darf jeder dieser »Gemeinschaft« beitreten (entweder individuell durch Migration oder als ganzes Land durch Beitritt zu einer der einschlägigen supranationalen Organisationen und Ausrichtung der eigenen Politik auf die Marschrichtung der USA). Da es - zumindest im Prinzip - lediglich eines unilateralen Bekenntnisses zu »Werten« bedarf, um dazuzugehören, haben die bisherigen Mitglieder der »Gemeinschaft« kein Recht, die eintretenden Personen und Länder abzuweisen.
3. Eine Wertegemeinschaft kann unbegrenzt ausgedehnt werden, und da es sich um Werte handelt, die universelle Geltung beanspruchen, muß sie es sogar. Das bedeutet, daß nicht nur niemand aus dieser Gemeinschaft ausgeschlossen werden darf, sondern daß auch kein Land das Recht hat, sich gegen die zwangsweise Vereinnahmung zur Wehr zu setzen.
4. Es handelt sich um eine »Gemeinschaft« im deutschen Sinne des Wortes (-»internationale Gemeinschaft«); das - ohnehin schwächere - englische Äquivalent »western Community of values/value **Community**« findet sich im Netz wesentlich seltener als der deutsche Ausdruck, und stammt, wo er vorkommt, meist von deutschen Autoren. Damit sind aber die dem deutschen Wort »Gemeinschaft« innewohnenden besonderen Solidaritätspflichten mitgedacht, die angesichts der offenkundigen Führungsrolle der USA

auf eine Unterwerfung unter deren Interessen und Strategien hinauslaufen.

5. Da zu diesen Werten ausschließlich die säkularen und liberalen Werte gerechnet werden, die allesamt von den ->Menschenrechten ausgehen und etwaige *Pflichten* lediglich als Begrenzung dieser *Rechte*, also rein negativ, auffassen können, erscheinen sittliche Grundsätze, wie sie etwa im Christentum niedergelegt sind, bestenfalls als notwendige Übel, derer man sich, wo immer es irgend möglich ist, tunlichst entledigen sollte. Dasselbe gilt für jedes andere Ordnungsprinzip, das nicht von vornherein von den Rechten der einzelnen Person ausgeht, insbesondere für die Ordnungstraditionen einzelner Länder, die unter jeweils unübertragbaren und unwiederholbaren Voraussetzungen historisch gewachsen sind und sich entsprechend bewährt haben, dem jeweils neuesten (und von vergleichsweise winzigen Eliten definierten) Stand der »westlichen Werte« aber möglicherweise widersprechen.
6. Unter der Führung einer Supermacht, die zwar schon unzählige Kriege, aber *noch nie* einen Verteidigungskrieg und nur selten einen Krieg mit halbwegs sauberer Begründung geführt, dafür aber das Kriegsvölkerrecht (die Regeln des *Ius ad bello* wie in bello) oft genug mit Füßen getreten hat, gehören zu den »westlichen Werten« jedenfalls nicht die Regeln, die dem Völkerrecht zugrunde liegen, weder dem klassischen noch dem neueren (->humanitäre Intervention). Insbesondere gehört die Prinzipien der Staatensouveränität und des Gewaltverbots nicht dazu.

7. Da es sich weder um eine Kultur- noch um eine Abstammungsgemeinschaft handelt, wird niemand *hineingeboren* und kann deshalb zumindest im Prinzip jeder nach dem Kriterium der politischen Botmäßigkeit auch wieder *ausgeschlossen* werden. Zwar verpflichtet das Rechtsstaatsprinzip die westlichen Staaten (lästigerweise) immer noch, auch Dissidenten Bürgerrechte zu gewähren (oder sich bei ihrer Beschneidung doch um gewisse Feigenblätter zu bemühen), aber mit dem Prinzip der »Wertegemeinschaft«, dessen immer stärkere Betonung sinnigerweise mit der Verstärkung des -»**Kampfes gegen Rechts**, der Verschärfung des Gesinnungsstrafrechts (-»**Volksverhetzung**) und der Betonung der -»**Werte des Grundgesetzes** (statt seiner Normen) korrespondiert, hat man die ideologischen Voraussetzungen dafür gefestigt, das Prinzip der Wertegemeinschaft *nach innen* zu kehren und die Bürgerrechte von -»**Extremisten**, denen man nicht nur -»**kein Forum bieten**, sondern für die es überhaupt -»**keinen Platz** geben darf, zur Disposition zu stellen, weil sie besagter »Wertegemeinschaft« (unter anderem mit Imperialisten und Kriegstreibern) *nicht* angehören.

WILLKOMMENSKULTUR

Es ist nicht ganz korrekt zu behaupten, daß unsere Politiker vor allem lügen würden. Richtiger wäre es, von Täuschung zu sprechen: Sie benutzen Wörter, die einen bestimmten Inhalt haben, spekulieren aber darauf, daß dieser Inhalt nicht oder falsch verstanden wird. Wer den

ideologischen Nebel lichtet, der den tatsächlichen Inhalt ihrer Phrasen freundlich verhüllt, muß ihnen sogar zugestehen, daß sie bisweilen erstaunlich ehrlich sind, wenn auch nur auf ihre eigene verquere Weise.

Nehmen wir das Wort von der Willkommenskultur, die Einwanderer in unserem Land vorfinden sollen und für deren Vorhandensein selbstredend die Deutschen verantwortlich sind. Das klingt menschenfreundlich (»Willkommen«) und kultiviert (»Kultur«) und suggeriert, daß ein Volk, das eine solche Kultur entwickelt, einer besonders hohen Moral anhängt. Was aber sagt uns dieses Wort, wenn wir diese emotionalen Konnotationen beiseite lassen?

- i. Es sollen möglichst viele Menschen einwandern, sonst bedürfte es schwerlich einer ganzen »Kultur«, sie »willkommen« zu heißen; dieser Aufwand wäre dann überflüssig.
- z. Diese Menschen brauchen nicht zu beweisen, daß sie für das deutsche Volk nützlich sind, vielmehr hat dieses Volk zu beweisen, daß es für die Einwanderer nützlich ist.
3. Diese brauchen sich demgemäß nicht zu assimilieren.
4. Sondern wir müssen uns an sie anpassen.

»Willkommenskultur« heißt also auf Deutsch, daß die Deutschen sich damit abfinden sollen, im eigenen Land zur Minderheit zu werden (1.), diesen Prozeß der ethnischen Verdrängung selbst zu bezahlen (2.), sich ihre Lebenswelt umkrepeln zu lassen (3.) und anders zu leben, als sie es von sich aus tun würden und sich selbst ausgesucht hätten (4.).

• ZEICHEN SETZEN

Der Ausdruck »Zeichen setzen« wird meist in Verbindung mit einer ganzen Batterie von polemischen Wort-hülsen aus der BRD-Sprache verwendet, die in diesem Buch untersucht wird. Etwa in einem Aufruf unter dem Titel »Vereint Zeichen setzen! Gegen ->**Rassismus** und ->**Intoleranz**«,⁶⁶ in dem es unter anderem heißt:

»Im Herbst 2012 entstand die Idee zum >menschlichen Schriftzug Es erschien ein Bericht in der Wetterauer Zeitung, in dem die Rede davon war, die Wetterau sei eine Hochburg rechtsradikaler Umtriebe und daß diese ->**rassistischen** Einstellungen bis in der ->**Mitte der Gesellschaft** anzutreffen seien. Und wie kann man besonders viele Menschen erreichen? Durch Vereine, Organisationen und Firmen, die, durch eine in der Öffentlichkeit wirksame Aktion zeigen, daß in der Wetterau ->**kein Platz für ->Rassismus** ist. (...)

Am 15. Juni 2013 soll der Schriftzug ->>**Respekt!**< aus mindestens 1000-1500 Menschen nachgebildet werden. Die Fotoaktion findet im Rahmen einer Veranstaltung auf dem Messegelände in Nieder-Florstadt statt. Vereine, Firmen und Organisationen können sich zu dieser Aktion anmelden um so, gemeinsam mit vielen anderen Menschen zu zeigen, daß in der Wetterau ->>**kein Platz für ->Rassismus** ist.

Die Aktion wird begleitet von einem attraktiven Rahmenprogramm mit zahlreichen Events. So können Sie beispielweise an der >->**Respekt!** - ->**Kein Platz für ->Rassismus**<-Schilderaktion teilnehmen, sich an zahlreichen Infoständen zum Thema ->**Rassismus**, ->**Toleranz** und ->**Fremdenfeindlichkeit** informieren

oder einfach einen schönen Tag auf dem Festplatz verbringen.«

Die Formulierung »Zeichen setzen« ist insofern typisch für die BRD-Sprache, als sie die tantenhafte Betulichkeit des ->**Gutmenschen**-Stils mit unterschwelliger, aber desto giftigerer Aggressivität verbindet:

Ein »Zeichen setzt« normalerweise der Hund, der sein Revier markiert, um andere Hunde fernzuhalten. Daß genau diese atavistische Grundbedeutung nicht etwa von mir hineininterpretiert wird, sondern genau den Intentionen der Zeichensetzer entspricht, erschließt sich aus der Formulierung ->>**kein Platz für**«. Wenn außerdem noch eingeräumt wird, daß man Einstellungen bekämpfen will, die in der ->**Mitte der Gesellschaft** verankert sind, also keineswegs nur von ->**Extremisten** vertreten werden, dann geht es erkennbar nicht darum, eine kleine rechtsextreme Minderheit, sondern den *Normalbürger* einzuschüchtern: Halt die Klappe, sonst wirst du aus der Gesellschaft verbannt!

Es geht *nicht* um die Selbstverteidigung der liberalen Demokratie: Dieser Aspekt kommt in dem ganzen kurzen Text (in dem aber sechsmal von Rassismus die Rede ist) *kein einziges Mal* vor. Ein solcher enthielte ja den Appell an die *Eigeninteressen* des Normalbürgers in der »Mitte der Gesellschaft« und liefe damit der Textabsicht zuwider, ihm die Vorstellung auszutreiben, er habe das Recht, solche eigenen Interessen zu artikulieren. Der Kampf gegen ->**Fremdenfeindlichkeit** verträgt sich derart hervorragend mit der Feindseligkeit gegen das eigene Volk, der Kampf für ->**Toleranz** so gut mit der Intoleranz gegen Andersdenkende, der ->**Respekt** für

ZIVILCOURAGE

Fremde so nahtlos mit der völligen Verachtung der eigenen Landsleute, daß die Vermutung unabweisbar ist, das jeweils Erstgenannte sei nur die gesichtswahrende Tarnung für das jeweils letztere.

• ZIVILCOURAGE

Unter »Zivilcourage« versteht man traditionell die Bereitschaft, für eine gerechte Sache auch dann einzustehen, wenn man damit bei der Obrigkeit aneckt und in der Gesellschaft wenig Verständnis und noch weniger Verbündete findet.

In der real existierenden BRD mit ihrer Orwell-Sprache versteht man darunter das *Gegenteil*, nämlich öffentliche Bekenntnisse »gegen Intoleranz, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit« und so weiter abzulegen, also genau *die* Bekenntnisse, die von der Obrigkeit gefordert, belobigt und belohnt werden, und mit denen man bis in die vorgestanzten Formulierungen hinein die eigene Konformität unter anderem mit sämtlichen Bundes- und Landesregierungen, allen etablierten Parteien, den Gewerkschaften, Kirchen, Arbeitgeberverbänden und überhaupt mit allen gesellschaftlichen Großorganisationen bis hin zu Sportverbänden, sämtlichen etablierten Medien, den multinationalen Konzernen, der EU, der NATO und der UNO bekundet und sich wohldotierte Preise für »Zivilcourage« nebst finanzieller Förderung für Projekte abholen kann, deren Zweck darin besteht, Andersdenkende, die keine mächtigen Förderer und reichen Sponsoren haben, zum Schweigen zu bringen.

Hat man damit Erfolg, hat man es also geschafft, daß mächtige Großbanken konservativen christlichen Organisationen die Konten kündigen, ein NPD-Mann nicht Schornsteinfeger wird, ein kleiner Verlag, der ohnehin nur durch die Selbstausbeutung von Idealisten existieren konnte, endgültig ruiniert wird oder eine genehmigte und völlig legale Demonstration von 100 Leuten durch den -»**Aufmarsch** (hier paßt der Ausdruck) von 10000 teils gewaltbereiten Gegendemonstranten nicht stattfinden kann, dann hat man beste Aussichten, vom Bundespräsidenten mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet zu werden. Für *Zivilcourage*.

- ZUWANDERUNG

Wer von »Zuwanderung« statt von »Einwanderung« spricht, kann ebensogut von »Admigration« statt von »Immigration« sprechen. Bei einem ungewohnten Fremdwort würden die Adressaten allerdings womöglich nachschlagen, was es bedeutet, während umgekehrt ein Fremdwort, das vertraut ist, keine spontanen Assoziationen auslöst. Da ist es hilfreich, es bei der vertrauten Wendung zu verlassen, sofern man vermeiden möchte, daß das Publikum nachdenkt.

Anders bei deutschen Wörtern: Neologismen werden hier nach unbewußten Regeln verarbeitet und daher unter Umständen als solche gar nicht erkannt, lösen aber gleichwohl Assoziationsketten aus. Es ist ein Unterschied, ob jemand »herein-« oder »hinzukommt«, und daß der »Einwanderer« rein sprachlich mit dem »Eindringling« und dem »Einbrecher« verwandt ist - die

ZUWANDERUNG

ebenfalls »hereinkommen«, und zwar ungebetenerweise -, liegt insofern in der Natur der Sache.

Um solche Assoziationen - und wären sie noch so angemessen - gar nicht erst aufkommen zu lassen, hat man den Neologismus »Zuwanderung« erfunden, der an den »Zusatz«, das »Zubrot« und die »Zulage« denken läßt, in jedem Fall aber die Assoziation erweckt, man bekäme hier etwas hinzu: inhaltlich also dieselbe Aussage wie die Phrase von der -»**Bereicherung**«, aber subtiler verborgen und daher weniger plump.

ANMERKUNGEN

1. Angela Merkel: Rede zum Integrationsgipfel 2013, bundeskanzlerin.de, zuletzt abgerufen am 7.10.2014.
2. Wolfgang Benz: *Was ist Antisemitismus?*, München 2004.
3. ebd., S. 37-46.
4. Vgl. unter vielen ähnlichen Berichten Matthias Monroy: »Bald EU-Aufstandsbekämpfung bei Generalstreiks und Schweinegrippe?«, heise.de vom 4.2.2013, zuletzt abgerufen am 23.9.2014.
5. schwaebische.de, zuletzt abgerufen am 23.9.2014; bemerkenswert übrigens, daß der UN-Generalsekretär, der von niemandem dazu ermächtigt ist, sich berechtigt fühlt, die Legitimität des Staatsoberhauptes eines UN-Mitglieds anzuzweifeln.
6. rp-online.de, zuletzt abgerufen am 23.9.2014.
7. rp-online.de, zuletzt abgerufen am 23.9.2014.
8. *Brockhaus-Enzyklopädie*, 19. Aufl., Bd. 2, Mannheim 1987, S. 299.
9. de.wikipedia.org/wiki/Aufarbeitung, Zugriff 15.3.2014, Hervorhebungen und Spiegelstriche im Original.
10. de.wikipedia.org/wiki/Vergangenheitsbewältigung.
11. duden.de/rechtschreibung/Aufarbeitung, letzter Zugriff 15.3.2014.
12. Ich verzichte an diesem Punkt auf einen Nachweis der Dutzenden einzelnen Fundstellen und bitte den interessierten Leser, sich selbst zu vergewissern, daß alle im Folgenden angeführten Beispiele typisch sind.
13. Ausführlich analysiert habe ich die Gefahren, die von solchen Entdifferenzierungsprozessen ausgehen, in Manfred

ANMERKUNGEN

- Kleine-Hartlage: *Die liberale Gesellschaft und ihr Ende. Über den Selbstmord eines Systems*, Schnellroda 2013, Kap. III, S. 142-207.
14. nuernberg.de/imperia/md/buendnis_fuer_familie/dokumente/achtsachen.pdf.
 15. Vgl. Kleine-Hartlage: *Die liberale Gesellschaft*, Kap. III. 2.2. »Die Umgehung des Zensurverbots«, S. 170-175.
 16. dihk.de/presse/meldungen/2014-01-06-wansleben-n0z.
 17. Zum Hintergrund des Wortes »sogenannt« in diesem Zusammenhang vgl. Kleine-Hartlage: *Die liberale Gesellschaft und ihr Ende*, Kap. I, Abschnitt 16: »Die Dummheit der Intelligenz«, S. 66-72.
 18. Kleine-Hartlage: *Die liberale Gesellschaft und ihr Ende*, S. 69.
 19. Das Wort »Konzentrationslager« ist in diesem Zusammenhang keineswegs eine polemische Übertreibung: Konzentrationslager wurden (und werden!) errichtet, wenn es Machthabern darum geht, politisch mißliebige Personengruppen, denen man aber keine Gesetzesverstöße nachweisen und die man deswegen nicht der Justiz überantworten kann und will, im Schwarzen Loch eines rechtsfreien Raumes verschwinden zu lassen und sie dort willkürlicher, brutaler und entwürdigender Behandlung auszusetzen. Erfunden wurde die Einrichtung wie der Begriff des Konzentrationslagers - im oben genannten Sinne - bekanntlich von den Briten im Burenkrieg. Totalitäre Diktaturen jedweder Couleur haben sich dieses Mittels im innerstaatlichen Machtkampf bedient, aber die westlichen Demokratien haben geradezu eine Tradition daraus gemacht, solche Lager in den von ihnen besetzten Ländern zu errichten. Von den britischen Burenlagern zieht sich eine gerade

Linie bis nach Bagram und Guantánamo, und die Lager, die die Alliierten in Deutschland errichteten, sind nicht etwa Ausnahmen von der Regel, sondern Glieder einer Kette. Es scheint zu den immanenten Tendenzen westlicher Demokratien zu gehören, unter Mißachtung des Völkerrechts (dessen Grundlagen gelegt wurden, als die Souveränität von Staaten noch etwas galt) den Feind für vogelfrei zu erklären. Der universelle Geltungsanspruch der liberalen Ideologie schlägt um in einen Totalitarismus, der dem militärischen wie ideologischen Feind nicht einmal die Rechte zugestehen will, die selbst ein verurteilter Verbrecher hat.

20. Martin Lichtmesz: *Die Verteidigung des Eigenen. Fünf Traktate*, Schnellroda 2011, S. 43.
- ai. Ebd.
22. Zur Zeit der Niederschrift dieses Buches war die Resolution noch nicht umgesetzt. Auch in NRW schwören Regierungsmitglieder gemäß Artikel 53 der Landesverfassung nach wie vor einen Eid, ihre »ganze Kraft dem Wohle des deutschen Volkes [zu] widmen«. Angesichts der tatsächlich betriebenen Politik gibt es freilich gute Gründe, ein solches Versprechen als Meineid zu betrachten.
23. Dieser Abschnitt ist ein Auszug aus: Kleine-Hartlage: *Warum ich kein Linker mehr bin*, S. 48-52.
- 24- So z.B. Christian Wulff am 27.1.2011 in Auschwitz, bild.de, zuletzt abgerufen am 13.9.2014.
25. So z.B. Angela Merkel, zitiert nach Bundesregierung, Kundgebung in Berlin: Zeichen gegen Antisemitismus bundeskanzlerin.de, zuletzt abgerufen am 13.9.2014.
26. ebd.
27. ebd., kommentierender Text der Bundesregierung zu den Äußerungen der Kanzlerin.

ANMERKUNGEN

28. Richard von Weizsäcker, Rede bei der Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa, im Netz verfügbar unter anderem unter bundespraesident.de.
29. Handelsblatt: Armin Laschet: CDU-Vize nennt Verfassungsrichter »anti-europäisch«, zitiert nach der Netzausgabe handelsblatt.com, 7.4.2014, zuletzt abgerufen am 14.9.2014.
30. ebd.
31. Nur ein Beispiel unter vielen: Die Netzseite von Lobby Control meldete am 6.8.2010: »Günter Verheugen: Der SPD-Mann und EU-Kommissar von 1999-2009, zuletzt mit dem wichtigen Industrie-Ressort betraut, ist nun auch Mitglied des international Advisory Board< von Fleishman-Hillard - eine der großen international tätigen Lobbyagenturen, natürlich auch mit Sitzen in Berlin und Brüssel. Dies ist die vierte Tätigkeit in der Privatwirtschaft, die Verheugen seit Ende seiner Amtszeit übernommen hat: Er arbeitet bereits als Chefberater für die Royal Bank of Scotland, berät den Bundesverband der deutschen Raiffeisenbanken und Volksbanken in Europafragen sowie die Vereinigung der türkischen Handelskammern.« (lobbycontrol.de, zuletzt abgerufen 15.9.2014) Ein Schuft, wer da glauben sollte, die türkischen Handelskammern revanchierten sich damit womöglich für Verheugens energischen Einsatz für den EU-Beitritt der Türkei.
32. Google-Suche vom 15.9.2014.
33. Beschlußvorlage 12267 des Europarates vom 26.5.2010, eingebracht von der Schweizer Sozialistin Doris Stump, im Netz verfügbar unter medrum.de, zuletzt abgerufen am 2.10.2014. Die englische Formulierung lautet: »... the per-

sistence of sexist stereotypes in the media - confining women and men to the roles traditionally assigned by society, often portraying women as passive and *lesser beings, mothers or sexual objects* - is a barrier to gender equality.«
Hervorhebung durch den Verfasser.

34. Suche bei google.de vom 2.10.2014.
35. vgl. zu diesem Themenkomplex Kleine-Hartlage: *Neue Weltordnung*, und ders.: *Die liberale Gesellschaft*, S. 151-161,195-207.
36. *Spiegel* 26/2012.
37. Auch wenn es nicht unmittelbar zum Thema »Globalisierung« gehört, sei die Anmerkung gestattet: Das sind so die Bemerkungen, an denen man ablesen kann, daß wir von Politikern regiert werden, in deren Köpfen Neurosen sich mit ideologischer Verblendung zu Deformationen vereinen. Sie disqualifizieren den Betreffenden von vornherein, irgend etwas zu leiten, geschweige denn einen Staat. Zur Erinnerung: Deutschland war sogar in dem Zustand, in dem es 1945 war, noch die stärkste Wirtschaftsmacht Europas und hat den Wiederaufstieg nach dem verlorenen Krieg aus eigener Kraft geschafft; der Marshallplan war, entgegen einer verbreiteten Legende, für ein Land dieser Größe kaum mehr als ein Trinkgeld, das obendrein nicht aus Europa, sondern aus Amerika kam. Wenn Schäuble von einer »Chance« spricht, die wir nur durch »Europa« (wer immer das sein mag) bekommen hätten, so kann er damit nur die Chance meinen, die darin bestand, daß man das deutsche Volk 1945 nicht komplett ausgelöscht hat. Für diese Chance nun haben wir so dankbar zu sein, daß wir diesem »Europa« noch nach einem halben Jahrhundert unsere Souveränität in den Rachen zu werfen haben.

ANMERKUNGEN

38. *Frankfurter Rundschau* (Online-Ausgabe), Margot Käßmann beim Kirchentag: »Muslime gehören zu uns«, 3.6.2011, fr-online.de, zuletzt abgerufen 20.9.2014.
39. Zitat und Sachverhalt nach Irmin Vinson: »Amy Biehl: A White Liberal on the Dark Continent«, counter-currents.com, zuletzt abgerufen 20.9.2014.
40. Rede von Bundeskanzlerin Merkel beim 11. Deutschen Weltbankforum am 20. Juni 2013, bundesregierung.de, zuletzt abgerufen 22.9.2014.
41. Angela Merkel: »Der Glaube gibt Kraft und Zuversicht«, Interview mit dem *Hamburger Abendblatt*, bundeskanzlerin.de, zuletzt abgerufen 22.9.2014.
42. Rede von Bundeskanzlerin Merkel bei der Hauptversammlung des Deutschen Städtetags, 24. April 2013, bundeskanzlerin.de, zuletzt abgerufen 22.9.2014.
43. Im Englischen, wo das Wort schon anderweitig in Gebrauch gewesen war, wurde diese Sonderstellung dadurch hervorgehoben, daß man die Bezeichnung »The Holocaust« mit bestimmtem Artikel und der im Englischen sonst nur bei Eigennamen üblichen Großschreibung durchsetzte.
44. Vgl. Christa Meves: *Verführt. Manipuliert. Pervertiert. Die Gesellschaft in der Falle modischer Irrlehren. Ursachen - Folgen - Auswege*, Gräfelfing 2003, S. 125-142.
45. Kleine-Hartlage: *Die liberale Gesellschaft und ihr Ende*, S. 30.
46. ebd., S. 32.
47. de.wikipedia.org/wiki/Klischee#Umgaenzung_des_Begriffs, zuletzt abgerufen am 30.9.2014.
48. taz.de, zuletzt abgerufen am 13.9.2014.
49. Vgl. z.B. Wilhelm Heitmeyer: *Deutsche Zustände*, Folge 6, Frankfurt/M. 2007.

- so. Vgl. als zwei Beispiele unter vielen die Rede »Europa und die Türkei« des grünen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann am 15.10.2012 in der Universität von Ankara, baden-wuerttemberg.de, zuletzt abgerufen 30.9.2014; und Sigmar Gabriel, Rede anlässlich der Festveranstaltung »Zusammen in Deutschland. 50 Jahre deutsch-türkisches Miteinander« im Ballhaus Rixdorf in Berlin, ohne Datum, sigmar-gabriel.de, zuletzt abgerufen 30.9.2014.
51. Vgl. Oliver Decker, Marliese Weißmann, Johannes Kiess, Elmar Brähler: *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*, Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2010.
52. Dieser Abschnitt ist ein gekürzter Auszug aus: Kleine-Hartlage: *Warum ich kein Linker mehr bin*, S. 47f., S. 52t.
53. vgl. Kubitschek, Paulwitz: *Deutsche Opfer, fremde Täter*.
54. »Einst galt es als Rassismus, wenn jemand sagte, schwarz sei schlecht. Heute handelt es sich bereits um Rassismus, wenn einem auffällt, daß schwarz schwarz ist.« (Michael Klonovsky), michael-klonovsky.de, zuletzt abgerufen 4.10.2014.
55. Alexander Häusler, Arbeitsstelle Neonazismus/Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus und Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf: »Rechtspopulismus in Gestalt einer >Bürgerbewegung<. Struktur und politische Methodik von PRO NRW und PRO DEUTSCHLAND«, Neufassung Düsseldorf 2010, forena.de, zuletzt abgerufen 26.9.2014. Als Herausgeber wird übrigens genannt: Jugendamt Essen für den Ak Ruhr - Arbeitskreis gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen. Ein schönes Beispiel dafür, wie man für den Kampf gegen gegnerische Parteien den Steuerzahler zur Kasse bittet.

ANMERKUNGEN

56. Botho Strauß: »Anschwellender Bocksgesang«, in: *Der Spiegel* 6/1993, S. 202-207.
57. Dieses und alle folgenden Zitate aus: »Ist Einwanderung nützlich? Streitgespräch zwischen Wolfgang Schäuble und dem niederländischen Migrationsforscher Paul Scheffer«, Welt am Sonntag online, 27.9.2009, welt.de, zuletzt abgerufen 9.10.2014.
58. Zur Vorgeschichte des deutsch-polnischen Krieges 1939 vgl. z.B. Scheil: *Polen 1939*.
59. Zu dem, um nur ein Beispiel aus einer unüberschaubaren Anzahl von haarsträubenden Geschichtslegenden herauszugreifen, die von Bundespräsident Gauck erhobene Behauptung gehört, Deutschland habe »im Ersten und im Zweiten Weltkrieg Frankreich überfallen«, zitiert nach Deutsche Welle: »Gauck und Hollande sehen gemeinsames Europa als Lehre der Geschichte«, dw.de, zuletzt abgerufen am 25.9.2014.
60. Die Wortzählung erfolgte hier wie auch in den folgenden Absätzen mit Hilfe des Programms Microsoft Word 2013. Absatzziffern und dergleichen wurden dabei mitgerechnet.
61. Die geringfügigen Änderungen von 2002 und 2004 bleiben hier unbeachtet.
62. Genauer gesagt durch das Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2008/913/JI des Rates vom 28. November 2008 zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und zur Umsetzung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 2003 zum Übereinkommen des Europarats vom 23. November 2001 über Computerkriminalität betreffend die Kriminalisierung mittels Computersystemen

- begangener Handlungen rassistischer und fremdenfeindlicher Art vom 16.03.2011 (BGBl. I S. 418) m.W.v. 22.03.2011.
63. Hans Küng: *Projekt Weltethos*, München 1990, S.13.
 64. Vgl. hierzu Kleine-Hartlage: *Das Dschihadssystem*, S. 261-265.
 65. So etwa das Programm der Alternative für Deutschland für die Bundestagswahl 2013: »Wir setzen uns dafür ein, daß auch unkonventionelle Meinungen im öffentlichen Diskurs ergebnisoffen diskutiert werden, solange die Meinungen nicht gegen die Werte des Grundgesetzes verstoßen.«
 66. Siehe vereint-zeichen-setzen.de, zuletzt abgerufen am 7.10.2014; Hervorhebungen und Verweise vom Verfasser.

ernativlos | Antidiskriminierungsgese
unt | Diskriminierung | Erinnerung | I
r Mainstreaming | Gesicht zeigen | He
he | kein Platz für | krude | Menschen
Opfer | -phobie | Rassismus, kulturalis
ereotyp | Toleranz | Verantwortung, hi
mographischer | Welt, zusammenwac

Die öffentliche Sprache der BRD zeigt eine deutliche Tendenz zur stereotypen Floskel, zur Phrase und zur – meist inoffiziellen – Sprachregelung. Es läßt sich daraus eine immer stärkere Verengung des ideologischen Spektrums ablesen. Was ist für die meinungsbildende Elite noch akzeptabel, was wird bereits sprachlich ausgegrenzt?

Manfred Kleine-Hartlage definiert 131 Unwörter und analysiert ihren denunziatorischen Charakter.

ISBN-978-3-944422-27-5